

Peter von Ins	Editorial	■ 183
	Thema/Question du jour	
Marc Amstutz und Mani Reinert	Rabatte und Kartellrecht	■ 187
Markus Raess und Nadine Kieser Blöchlinger	Anspruch auf Verteidigung durch mehrere Rechtsanwälte im Untersuchungsverfahren vor den Bundesstrafbehörden?	■ 191
	Anwaltspraxis/Pratique du barreau	
Eric W. Fiechter	Médiation – Pourquoi faire intervenir un tiers neutre . . .	■ 195
Andreas Krämer und Reinhold Mauer	Anwaltliche Low-Cost-Beratung – Gefahr und/oder Chance für den Berufsstand?	■ 197
	Rechtsprechung/Jurisprudence	■ 203
	Rechtsetzung/Législation	■ 210
	Forum	
Mirko Roš	Fédération des Barreaux d'Europe (FBE) – Partage d'informations et d'expériences entre les ordres et associations d'avocats européens	■ 215
Jacques Bercher	De Kafka à Orwell . . . ou à Courteline	■ 216
	SAV – Kantonale Verbände/FSA – Ordres cantonaux	
Alain Bruno Lévy	Jahresbericht 2005/2006 (Juni 2005–Mai 2006) Rapport annuel 2005/2006 (juin 2005–mai 2006)	■ 218
	Agenda	■ 226

Impressum

Anwaltsrevue/Revue de l'avocat
9. Jahrgang 2006/9^e année 2006
ISSN 1422-5778

Erscheinungsweise/Parution
10-mal jährlich
10 fois l'an

Zitiervorschlag/Suggestion de citation
Anwaltsrevue 5/2006, S. 181 ff.
Revue de l'avocat 5/2006, p. 181 ss

Herausgeber/Édité par
Helbing & Lichtenhahn Verlag
Schweizerischer Anwaltsverband/
Fédération Suisse des Avocats

Chefredaktion/Rédacteur en chef
Peter von Ins, Fürsprecher (vl)
Bollwerk 21, CH-3001 Bern
Tel. 031 328 35 35
Fax 031 328 35 40
vonins@bollwerk21.ch

**Verlag und Redaktion/
Edition et rédaction**
Helbing & Lichtenhahn Verlag
Lektorat Zeitschriften
Lic. phil. Roland Strub
Lic. phil. Anne-Marie Prévost
Elisabethenstrasse 8, CH-4051 Basel
Tel. 061 228 90 70
Fax 061 228 90 72
www.helbing.ch
zeitschriften@helbing.ch

Mitarbeiter/Collaborateurs
Lic. iur. Max Beetschen (Be)
Thomas Büchli, Rechtsanwalt (Bü)

Sekretariat SAV/Secrétariat FSA
Marktgasse 4, Postfach 8321
CH-3001 Bern
Tel. 031 313 06 06
Fax 031 313 06 16
info@swisslawyers.com
www.swisslawyers.com

Inserate/Annonces
Kretz AG
General Wille-Str. 147, Postfach
CH-8706 Feldmeilen
Tel. 01 925 50 60
Fax 01 925 50 77
info@kretzag.ch

Vertrieb/Distribution
Abo-Service
Postfach 382, CH-6048 Horw
Tel. 041 349 17 70
Fax 041 349 17 18
helbing@edp.ch

Preise/Prix
Jährlich/Annual: Fr. 153.–, € 97.–
Studenten/Etudiants: Fr. 101.–, € 64.–
Einzelheft/Numéro séparé: Fr. 21.–, € 13.–
Mitglieder des SAV gratis/Membres FSA gratuit
Alle Preise inkl. 2.4% MwSt.
Kündigungen für die neue Abonnementperiode sind
schriftlich und bis spätestens 31. Oktober des voran-
gehenden Jahres mitzuteilen. / La résiliation de l'abonne-

ment pour une nouvelle période doit être communiquée
par écrit au plus tard jusqu'au 31 octobre de l'année
précédant la nouvelle période.

Copyright
© Titel «Anwaltsrevue/Revue de l'avocat»
by Schweizerischer Anwaltsverband, Bern
© Inhalt by Schweizerischer Anwaltsverband Bern und
Helbing & Lichtenhahn Verlag, Basel/Genf/München
© Gestaltung, Umsetzung und Grafik
by Helbing & Lichtenhahn Verlag, Basel/Genf/München

Alle Rechte vorbehalten. Die Zeitschrift und ihre Teile
sind urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung in an-
deren als den gesetzlich zugelassenen Fällen bedarf der
vorherigen schriftlichen Einwilligung des Verlages./Tous
droits réservés. La revue est protégée par la législation
sur les droits d'auteur. Toute exploitation non autorisée
par la loi nécessite l'accord écrit de l'éditeur.

Die in dieser Zeitschrift von Autorinnen und Autoren ge-
äusserten Meinungen und Ansichten müssen sich nicht
mit denjenigen der Redaktion oder des SAV decken./Les
opinions exprimées dans cette revue par les auteurs sont
personnelles et n'engagent ni la rédaction ni la FSA.

Editorial

Anwaltstypologie III

(Forts. aus Anwaltsrevue 3 und 4/2006)

Der organisierte Fleissige

Wenn andere ihrer Ehefrau zum dritten Mal im Morgengrauen die Decke sanft unter der Hand wegziehen, auf dass sie selber wenigstens zur Hälfte davon bedeckt werden, sitzt der organisierte Fleissige nach einer kalten Dusche, den 5 Tibetern und einer auf der Briefwaage abgewogenen Mischung Vollkornschrot, Joghurt und Bio-Honig aus heimischer Produktion vor dem Laptop und starrt hypnotisiert seinen Titel an: «Die lex rhodia de jactu im Lichte der Haftung des modernen internationalen Luftfrachtführers». Verschiedenste Dateien im Computer enthalten bereits zu zitierende Literatur, welche er von seinem Assistenten hat zusammentragen lassen. Zwei Stunden schreibt er äusserst konzentriert, ergänzt, streicht, korrigiert. Wenn die anderen später schlaftrunken zum Briefkasten schlurfen, sitzt er vergnügt im Auto, hat eine Hörkassette des neuesten Kommentars zum Montrealer-Luftfahrtabkommen eingeschoben, welche er nur unterbricht, um durchs Hand-free-Set eigene Notizen in seinen Organizer zu diktieren. Im Büro schliesst er PDA und EDV-Anlage zusammen, sieht während des Abgleichs die Morgenpost und wird durch die klirrende Stimme seines Organizers darauf aufmerksam gemacht, dass er in 5 Minuten da sein muss, wo er schon ist, nämlich im Büro. Ausserdem wird um 08:15 Dr. Spalinger kommen, Lunch dann mit dem Herausgeber der Anwaltsrevue und ab 14:00 Instruktionsverhandlung am Obergericht. 18:15 (eventuell später, je nach Verhandlung) 1 Stunde beim Golf-Pro (Platzreife vorgesehen in einem Monat) 20:00–21:00 zuhause, 21:05–21:30 Aufgaben mit Zweitältestem, 21:35 Verveinetee, 21:40 mit Frau Sommerferien diskutieren 21:50 zehn vor zehn SF1 und dann ins Bett, da morgen früh am Artikel weiterschreiben. Selbstverständlich hat dieser Typ beim Praxiseinstieg Offerten für eine 2. Säule machen lassen und zahlt nun Jahr für Jahr steueroptimierte Beiträge, so dass er mit 65 – so sein persönlicher Plan – dannzumaliges Handicap 10 und PD-Tätigkeit an der Privatuniversität in vollen Zügen geniessen kann. Mit der Frau kann er dann jedes Jahr Golfferien machen. Dafür hat er nun viel Zeit, da persönliche Freunde der früheren Jahre zusehends weniger wurden, weil sein Organizer stets wie weniger Zeit für nicht geschäftsorientierte Freizeitgestaltung freigegeben hatte.

Der Star

Ihn gibt es in verschiedenen Ausprägungen. Star war er schon, bevor er Anwalt wurde. Anwalt war denn das geeignete Vehikel, um mit einem Glas in der Hand und dem Visitenkärtchen in der anderen in kurzer Zeit an unzähligen Networkkapéros die flüchtigen Gesprächspartner in den Glauben zu reden, seine bevorzugten Rechtsgebiete seien auch seine fachlich beherrschten. Sein Revier erstreckt sich weit, nationale Grenzen hindern ihn nicht mehr an seiner Entfaltung. Staranwalt, momentan noch nicht er-

hältlich als eigener Zweig für eine Fachanwaltschaft, gibt es trotzdem als eigenen Typus des Anwaltsberufes. Staranwälte sind alleine kaum überlebensfähig. Sie brauchen die breite Öffentlichkeit als Lebensraum und gehen eine symbiotische Beziehung mit den Medien ein. Kein Verbrechen zu abscheulich, kein Anlass zu nichtig, um nicht gleichentags in kurzen Beiträgen im Fernsehen und Radio von diesen eindrücklichen Exemplaren kommentiert zu sein. Überflüssig zu erwähnen, dass deren Kommentare der breiten Öffentlichkeit letztendlich zeigen, was Sache ist. People-Seiten beruhigen zwischendurch den regelmässigen normalsterblichen Leser, dass Staranwälte durchaus auch Menschen sind. Staranwälte können dann ganz lustig sein, zum Beispiel wenn sie an einem lokalen Oktoberfest in den Krachledernen auftreten und zusammen mit der Miss Everyoung für wohltätige Zwecke saufen, dass die Bänke krachen. Sie sind auch an Spitaleröffnungen und Kulturpreisvergaben anwesend, gesetzt der Fall, dass sie nicht gerade dem lokalen Fussballverein beim Ankick fürs Meisterschaftsspiel behilflich sein müssen. Staranwälte haben's oft schwer. Obwohl in der Öffentlichkeit viel beachtet oder gerade deswegen, kommen sie oft kaum in den Genuss einer für eine anständige Vorsorge notwendigen Anzahl billable hours. Man kennt sie zwar überall, aber für eigene komplexe Fälle möchte man dann doch lieber einen Fachspezialisten beiziehen. So sind Staranwälte oft dazu verdammt, ihren Lebensabend entweder beim Schreiben von Memoiren oder aber weiterhin mit Bestreiten medienträchtiger, wenn auch aussichtsloser Prozesse zu halten. Oft lassen sie sich vom Klienten an Zahlungs-Statt die Filmrechte seines elenden Schicksals abtreten. Die aufwändigen Verpflichtungen der Zugehörigkeit zur jeweilig lokalen High-Society lassen den Aufbau einer vernünftigen Vorsorge während der Aktivzeit einfach nicht zu. Wenn dann nicht eine von Haus aus begüterte Frau im Schlagschatten des Staranwaltes mit Eigengut aushilft, hilft oft ein anwaltlich klug redigierter letzter Wille bei der verwitweten Industriellen-Gattin, auf dass nach deren Ableben sich der Staranwalt bestimmungsgemäss oft wiederum im Zentrum der Medienaufmerksamkeit wiederfindet, nun jedoch als Verteidiger in eigener Sache, da die Kinder aus erster Ehe ihren eigenen Rechtsvertreter die Klaviatur der Anfechtung spielen lassen. So pendelt der Staranwalt zwischen gesicherter Vorsorge und vorsorglicher Versicherung gegen prozessuales Unheil wie zum Beispiel einen verlorenen Erbschaftsprozess.

Fortsetzung und Schluss im nächsten Heft



Peter von Ins, Fürsprecher

Marc Amstutz* und Mani Reinert**

Rabatte und Kartellrecht

Stichworte: Kartellgesetz, direkte Sanktionen, Marktbeherrschung, Rabatte, wirtschaftliche Abhängigkeit

1. Einleitung

Der Begriff der Marktbeherrschung von Art. 4 Abs. 2 KG ist anlässlich der jüngsten Kartellgesetzrevision geändert worden.¹ In der Lehre ist umstritten, ob dieser Begriff damit eine Ausdehnung erfahren hat. Die Wettbewerbskommission («Weko») hat signalisiert, dass sie darunter neuerdings nicht nur die «klassische Marktbeherrschung», sondern auch Fälle der «wirtschaftlichen Abhängigkeit» subsumiert.² Sollten die Rechtsmittelinstanzen diese Auslegung schützen, werden erheblich mehr Unternehmen dem umfangreichen Verhaltenskodex von Art. 7 KG und dem damit verbundenen Risiko direkter Sanktionen von bis zu 30 % des schweizerischen Umsatzes ausgesetzt sein (bzw. sind dies bereits heute).

Eines der Gebiete, in denen die von der Weko anvisierte Ausweitung des Marktbeherrschungsbegriffes praktisch erhebliche Unsicherheiten zur Folge hat, ist dasjenige der *Rabatte*. Diese Unsicherheiten werden durch einen jüngeren Beschwerdeentscheid der Rekurskommission für Wettbewerbsfragen («REKO/WEF») verstärkt, da dieser relativ allgemein gehaltene Ausführungen enthält, die – aus dem Kontext gerissen – eine erhebliche Verschärfung der kartellrechtlichen Praxis mit sich bringen würden.³ Die kartellrechtliche Problematik von Rabatten rührt u. a. daher, dass ein marktbeherrschendes Unternehmen mit seiner Rabattgestaltung seine Abnehmer auf ähnliche Weise von Käufen bei der Konkurrenz abhalten kann wie durch *Alleinbezugs Klauseln*.⁴ Alleinbezugs Klauseln verpflichten den Abnehmer, nur beim Marktbeherrscher zu beziehen. Rabatte, die eine ähnliche Wirkung wie Alleinbezugs Klauseln haben, werden als Treuerabatte bezeichnet und sind in der Regel missbräuchlich.

2. Die Praxis in der EG

Weil sich der soeben angesprochene REKO/WEF-Entscheid teilweise auf das EG-Wettbewerbsrecht stützt,⁵ soll vorab kurz auf die einschlägige Rechtsprechung der europäischen Gerichte eingegangen werden. Diese haben eine relativ umfangreiche Praxis zur Frage entwickelt, wann Rabatte missbräuchliche Treuerabatte darstellen. Die wichtigsten Etappen dieser Rechtsprechung lassen sich wie folgt darstellen:⁶

2.1 Hoffmann-La Roche/Kommission

Im Fall *Hoffmann-La Roche/Kommission* erklärte der EuGH Rabatte für missbräuchlich, die nicht an die absolut bezogene Menge je Abnehmer, sondern an die bezogene Menge im Verhältnis zum Gesamtbedarf anknüpften. Hoffmann-La Roche knüpfte die Gewährung der Rabatte meist ausdrücklich an die Bedingung, dass der jeweilige Vertragspartner während eines Referenzzeitraums – in der Regel ein Jahr oder ein halbes Jahr – seinen gesamten Bedarf an bestimmten Vitaminen oder jedenfalls den überwiegenden Teil dieses Bedarfs bei Hoffmann-La Roche deckte.⁷ Der EuGH erklärte, dass diese Rabatte die Abnehmer ihrer Wahlmöglichkeit beraubten und konkurrierenden Anbietern den Zugang zum Markt versperrten.⁸ Nach dem Wortlaut des *Hoffmann-La Roche*-Urteils zulässig sind demgegenüber lineare Volumenrabatte.⁹

2.2 Michelin I

Im Fall *Michelin I* wurden Zielrabatte für missbräuchlich erklärt, welche nicht am Bezug des Gesamtbedarfs anknüpften, sondern daran, ob der Abnehmer ein im Voraus festgesetztes Jahresabnahmeziel erreichte. Weder die einzelnen Rabattsätze noch die Rabattskala wurden von Michelin transparent kommuniziert. Der EuGH wies auf die Länge des für den Rabatt massgebenden Referenzzeitraums (1 Jahr), den durch das Zielrabattsystem v. a. gegen Ende der Referenzperiode erzeugten Druck der Abnehmer, von Michelin zu beziehen, die Schwierigkeiten der Wettbewerber

* Rechtsanwalt Prof. Dr. Marc Amstutz LL. M., Konsulent bei Bär & Karrer, Zürich.

** Rechtsanwalt Dr. Mani Reinert LL. M., Associate bei Bär & Karrer, Zürich.

1 Die Bestimmung lautet: «Als marktbeherrschende Unternehmen gelten einzelne oder mehrere Unternehmen, die auf einem Markt als Anbieter oder Nachfrager in der Lage sind, sich von andern Marktteilnehmern (Mitbewerbern, Anbietern oder Nachfragern) in wesentlichem Umfang unabhängig zu verhalten». Neu ist der Klammerzusatz «... (Mitbewerbern, Anbietern oder Nachfragern) ...».

2 RPW 2005/1, 160 f. Rz. 92–94, CoopForte; RPW 2005/4, 610 Rz. 56, *Clauses d'architecte ou d'entrepreneur – Caisses de pension – Canton de Genève*; kritisch: M. AMSTUTZ/M. REINERT, *Erfasst Art. 4 Abs. 2 KG auch die überragende Marktstellung und die relative Marktmacht?*, sic! 2005, 537–551 und 631–640.

3 RPW 2005/3, 505, *Swisscom Fixnet AG/Weko*; vgl. dazu eingehend hinten 189 f.

4 Wir gehen in diesem Aufsatz nicht auf die Probleme ein, die sich z. B. im Rahmen von Sortimentsrabatten stellen, die ähnlich wie Tying-Verpflichtungen wirken. Diesbezüglich aufschlussreich ist der Entscheid *Coca-Cola* der Europäischen Kommission (http://europa.eu.int/comm/competition/antitrust/cases/decisions/39116/commitments_de.pdf).

5 RPW 2005/3, 526 E. 5.4.2, *Swisscom Fixnet AG/Weko*.

6 Nicht eingegangen wird vorliegend auf das Diskussionspapier der Europäischen Kommission zu Art. 82 EG (<http://europa.eu.int/comm/competition/antitrust/others/discpaper2005.pdf>). Es ist allerdings anzumerken, dass sehr fraglich ist, ob die in Rz. 142–176 des Diskussionspapiers vorgestellten Konzepte zu mehr Rechtssicherheit führen werden bzw. in der Praxis überhaupt handhabbar sind.

7 EuGH, 13.2.1979, Rs. 85/76, Slg. 1979, 461 Rz. 82–87, *Hoffmann La Roche/Kommission*.

8 EuGH, 13.2.1979, Rs. 85/76, Slg. 1979, 461 Rz. 89–90, *Hoffmann La Roche/Kommission*.

9 EuGH, 13.2.1979, Rs. 85/76, Slg. 1979, 461 Rz. 90, 100, *Hoffmann La Roche/Kommission*.

von Michelin, konkurrenzfähige Rabatte zu offerieren und die Intransparenz des gesamten Rabattsystems hin. Aus diesen Gründen kam das Gericht zum Schluss, dass die konkret verwendeten Zielrabatte die Möglichkeiten der Händler einschränkten, zwischen mehreren Bezugsquellen zu wählen, und den Wettbewerbern den Zutritt auf den Markt erschwerten.¹⁰

In den Fällen *Michelin II* und *British Airways* hat das EuG diese Rechtsprechung im Ergebnis erheblich verschärft.

2.3 Michelin II

Im Fall *Michelin II* waren u. a. Mengenrabatte mit progressiv gleichmässig abgestuften Sätzen zu beurteilen.¹¹ Der für die Rabattbemessung relevante Zeitraum betrug 1 Jahr. Der erreichte Rabattsatz wurde auf den gesamten Jahresumsatz und nicht nur auf die mit den zusätzlichen Mengen erreichte Stufe angewendet. Im Unterschied zum *Michelin I*-Fall wurde dem Abnehmer indessen bei Nichterreichen einer bestimmten Jahresabsatzmenge nicht der Rabatt gänzlich verweigert, sondern der Händler fiel bloss in die nächst tiefere Rabattsatzstufe. Die Stufen lagen dabei eng beieinander.¹²

Das EuG hielt fest, dass Mengenrabatte zwar grundsätzlich nicht gegen Art. 82 EG versties. Allerdings sei ein Verstoss gegen Art. 82 EG anzunehmen, wenn die Kriterien und Modalitäten, nach denen die Rabatte gewährt würden, erkennen liessen, dass das System nicht auf einer wirtschaftlich gerechtfertigten Gegenleistung beruhe, sondern wie ein Treue- und Zielrabatt die Kunden vom Bezug bei konkurrierenden Herstellern abhalten solle.¹³

Das EuG kam zum Schluss, dass das Jahresmengenrabattsystem die Kunden an Michelin band, indem es ihnen die Möglichkeit nahm, jederzeit das günstigste Angebot wählen zu können und den Lieferanten ohne spürbaren wirtschaftlichen Nachteil zu wechseln. Diese Kundenbindungswirkung begründete das EuG primär mit folgenden Elementen des Rabattsystems von Michelin:¹⁴

- Der Bezugszeitraum betrug ein Jahr.¹⁵ Tendenziell unproblematischer wäre ein Bezugszeitraum von 3 Monaten gewesen.¹⁶
- Der Rabattsatz wurde nicht aufgrund des erwarteten, sondern aufgrund des tatsächlichen Verkaufsvolumens ermittelt, was den Druck auf den Händler, am Jahresende zusätzliche Käufe zu tätigen, erhöhte.¹⁷

- Der Rabattsatz, der aufgrund des vom Händler erreichten Jahresumsatzes errechnet wurde, wurde auf den gesamten Jahresumsatz und nicht nur auf die mit den zusätzlichen Mengen erreichte Stufe angewendet.¹⁸

Das EuG führte weiter aus, dass das Rabattsystem von Michelin nicht auf einer objektiven wirtschaftlichen Rechtfertigung gründete.¹⁹ Diesen Schluss begründete das EuG damit, dass Michelin nicht nachgewiesen habe, dass die Jahresmengenrabatte auf tatsächlichen Kosteneinsparungen grösserer Bezüge beruhten.²⁰

Mit einer analogen Argumentation erklärte das EuG ein Rabattsystem von *British Airways* für unzulässig, bei welchem sich der Rabatt des Reisevermittlers danach bemass, um wie viel er seine Verkäufe gegenüber dem Vorjahresmonat gesteigert hatte.²¹

2.4 Kritik

Das *Michelin II*-Urteil des EuG ist abzulehnen.²²

Stossend ist v. a., dass das EuG bereit ist, ein Rabattsystem als Treuerabatt zu qualifizieren, indem es ihm aufgrund rein schematischer Überlegungen Kundenbindungswirkung zuschreibt. Ob die mit dem Rabattsystem geschaffene Kundenbindungswirkung aber auch so stark ist, um den Wechsel von Händlern zu Konkurrenten des Marktbeherrschers tatsächlich zu behindern (ob sich also das Rabattsystem *de facto* wie eine Alleinbezugspflicht auswirkt), prüft das EuG nicht. Die bloss (theoretische) Eignung ist im Ergebnis ausreichend.

Umgekehrt stellt das EuG dann aber an den Nachweis des Kostenbezugs der Rabatte sehr hohe, um nicht zu sagen unerfüllbare, Anforderungen. Vom Unternehmen, das als marktbeherrschend betrachtet wird, verlangt das Gericht den Nachweis, dass sein Rabattsystem auf den Franken (bzw. den Euro) genau die Kostenersparnisse grösserer Bezüge reflektiert. Dieser Nachweis ist indessen in den allermeisten Fällen gar nicht möglich. Denn Unternehmen führen in der Regel keine Kostenrechnung für einzelne Produkte, sondern rechnen auf Ebene der Firma, der Division, der Sparte etc. ab. Für die Zuweisung der Allgemerkosten auf das einzelne Produkt existiert keine anerkannte Methodik.

Aufgrund der relativ schnell angenommenen Kundenbindungswirkung führt die *Michelin II*-Praxis im Ergebnis dazu, dass marktbeherrschende Unternehmen ihre Rabattsysteme in Übereinstimmung zu ihren *economies of scale* ausgestalten müssen. Das hiesse dann konsequenterweise aber auch, dass bei Grossbe-

10 EuGH, 9. 11. 1983, Rs. 322/81, Slg. 1983, 3369 Rz. 81–86, Michelin/Kommission.

11 Vgl. zum Entscheid der Vorinstanz C. Roques, *Décision Michelin: la Commission condamne l'entreprise Michelin pour un abus de position dominante portant sur des pratiques de rabais fidélisants*, Competition Policy Newsletter 2001/3, 36–39.

12 Vgl. EuG, 30. 9. 2003, Rs. T-203/01, Slg. 2003-II, 4071 Rz. 67–71, Michelin II.

13 EuG, 30. 9. 2003, Rs. T-203/01, Slg. 2003-II, 4071 Rz. 59, Michelin II.

14 EuG, 30. 9. 2003, Rs. T-203/01, Slg. 2003-II, 4071 Rz. 72–97, Michelin II.

15 EuG, 30. 9. 2003, Rs. T-203/01, Slg. 2003-II, 4071 Rz. 85, Michelin II.

16 EuG, 30. 9. 2003, Rs. T-203/01, Slg. 2003-II, 4071 Rz. 84, Michelin II.

17 EuG, 30. 9. 2003, Rs. T-203/01, Slg. 2003-II, 4071 Rz. 84, Michelin II.

18 EuG, 30. 9. 2003, Rs. T-203/01, Slg. 2003-II, 4071 Rz. 87 f., Michelin II.

19 EuG, 30. 9. 2003, Rs. T-203/01, Slg. 2003-II, 4071 Rz. 98–109, Michelin II.

20 EuG, 30. 9. 2003, Rs. T-203/01, Rz. 108, Slg. 2003-II, 4071 Michelin II.

21 EuG, 17. 12. 2003, Rs. T-219/99, Slg. 2003-II, 5917 Rz. 233–240, 270–299, British Airways.

22 Vgl. für eine eingehende Kritik J. KALLAUGHER/B. SHER, *Rebates Revisited: Anti-Competitive Effects and Exclusionary Abuse Under Article 82, ECLR*, 2004, 263–285; M. REINERT, *Preisgestaltung*, in: T. Geiser/P. Krauskopf/P. Münch (Hrsg.): *Schweizerisches und europäisches Wettbewerbsrecht*, Basel et al. 2005, 150 f. Rz. 4.150; D. WÄLBRÖCK, *Michelin II: A Per Se Rule Against Rebates by Dominant Companies*, *Journal of Competition Law and Economics* 2005, 149–171.

zügen allfällige Grössennachteile (*diseconomies of scale*) ebenfalls in die Rabattberechnung einfließen müssten. So weit will zumindest die Europäische Kommission dann aber doch nicht gehen. Zumindest Rabatte mit einem festen Prozentsatz (z. B. 5 % Rabatt bei 100 Stück, 5 % Rabatt bei 10 000 Stück) sollen von einem «safe haven» profitieren.²³

3. Die schweizerische Praxis

Wie sieht nun die schweizerische Praxis aus?

3.1 Der Swisscom/Weko-Entscheid der REKO/WEF aus dem Jahr 1998

1998 hielt die REKO/WEF im Fall *Swisscom/Wettbewerbskommission obiter* fest, dass die Gewährung von Jahresprämien gegen Art. 7 KG verstosse, wenn diese nicht auf einer wirtschaftlichen Leistung beruhen, sondern als Treuerabatte darauf abzielen würden, dem Abnehmer die Wahl zwischen mehreren Bezugsquellen unmöglich zu machen oder zu erschweren und ihn vom Bezug der Ware bei Konkurrenten abzuhalten.²⁴

Anders als das EuG forderte indessen die REKO/WEF in tatsächlicher Hinsicht den Nachweis, dass ein Rabatt bzw. eine Jahresprämie einen genügenden Anreiz für einen ausschliesslichen Bezug der Ware beim marktbeherrschenden Unternehmen bewirke.^{25, 26}

3.2 Der Swisscom ADSL-Entscheid der REKO/WEF aus dem Jahr 2005

In einem neueren Entscheid verfolgt nun die REKO/WEF eine Linie, die auf den ersten Blick näher bei der Praxis des EuG liegt. Dem Entscheid lag folgender Sachverhalt zugrunde:

Swisscom AG gewährte Internet Service Providern («ISP») auf der Wholesale-Ebene einen Mengenrabatt für ADSL-Wholesale-Dienstleistungen, der sich nach der Anzahl der ADSL-Endkunden des betreffenden ISP richtete. Die Rabattgestaltung war dabei nicht progressiv, sondern linear.²⁷ Diese Rabattgestaltung führte dazu, dass die Swisscom-Tochter Bluewin AG ADSL-Wholesale-Dienstleistungen aufgrund ihrer grösseren Endkundenbasis einen Rabatt von 20 % (gegenüber einem Rabatt von max. 7 % der konkurrierenden ADSL-Anbieter, wie etwa Sunrise) erhielt. Bluewin senkte in der Folge ihre Retailpreise. Anderen ADSL-Anbietern wären entsprechende Preissenkungen offenbar nur unter

Verlust möglich gewesen, weshalb sie nicht «mitzogen». Bluewin gelang es in der Folge, ihren Marktanteil zu erhöhen.²⁸

Die Weko beurteilte diese Rabattgestaltung als unzulässige Diskriminierung im Sinne von Art. 7 Abs. 2 Bst. b KG. Swisscom wurde deshalb mittels vorsorglicher Massnahmen verpflichtet, sämtlichen ADSL-Anbietern einen Rabatt von 20 % zu gewähren.²⁹ Im Hauptsacheentscheid begründete die Weko die Unzulässigkeit der Rabattgestaltung im Wesentlichen damit, dass die von Swisscom verwendete Rabattstaffelung die Konkurrenten von Bluewin behindere und weder durch *economies of scale* begründet sei,³⁰ noch sonst sachlich gerechtfertigte Gründe hierfür vorhanden seien.³¹

Die REKO/WEF hob den Entscheid der Weko hauptsächlich aus verfahrensrechtlichen Gründen auf.³² Was die Beurteilung der Mengenrabatte der Swisscom anbelangt, folgte dagegen die REKO/WEF im Ergebnis der Auffassung der Weko, wonach diese missbräuchlich seien. Die entsprechenden Erwägungen lassen sich wie folgt zusammenfassen:

Die REKO/WEF folgte dem klassischen zweistufigen Prüfungsraster von Art. 7 KG. Zunächst prüfte sie, ob eine *Wettbewerbsbehinderung* vorliege, was sie aufgrund empirischer Daten bejahte.³³ Sodann ging sie der Frage nach, ob diese Behinderung *sachlich gerechtfertigt* sei. In diesem Zusammenhang hielt sie fest, es liege in der Natur von Mengenrabatten, dass die wichtigsten Abnehmer eines Produktes von höheren durchschnittlichen Reduktionssätzen profitieren. Allerdings dürften sich solche Rabatte nicht im Sinne ungleicher Bedingungen für gleiche Leistungen auswirken. Dies sei dann der Fall, wenn bestimmten Geschäftspartnern Rabatte gewährt würden, die durch Skalenerträge nicht gerechtfertigt seien. Denn diese Partner würden dann gegenüber ihren Konkurrenten bevorzugt, was auf eine ungleiche Behandlung gleicher Verhältnisse hinauslaufe.³⁴ Vorliegend hielt die REKO/WEF fest, dass alle ISP nach Massgabe ihrer jeweiligen Kundenzahl zu den Skaleneffekten *im Gesamtmarkt* beitragen. Die Weko hatte diesbezüglich bemerkt, dass es für die Swisscom keine Rolle spiele, ob sie einen ISP mit 100 000 Kunden oder 10 ISP mit je 10 000 Kunden habe. Vor diesem Hintergrund verlangte die REKO/WEF unter Hinweis auf das Gleichbehandlungsgebot, dass Preisnachlässe *entsprechend dem Beitrag* des jeweiligen ISP gewährt würden. Die REKO/WEF schloss daraus, dass ein Mengenrabattsystem in einer Konstellation, in der alle Abnehmer zusammen zu den Skalenerträgen beitragen, ausscheiden müsse. Denn ein Mengenrabattsystem gewähre Preisnachlässe nur den grossen ISP und schliesse den Beitrag der kleineren ISP von den Nachlässen aus. Dies laufe zwangsläufig auf eine Ungleichbehandlung hinaus.³⁵

23 C. ROQUES, CFI Judgment, Case T-203/01, *Manufacture Française des Pneumatiques Michelin v Commission*, ECLR 2004, 691 f.; vgl. Im Einzelnen zur Agenda der Kommission im Bereich der kartellrechtlichen Behandlung von Rabatten Commission Notice 92/C321/04, OJ 1992, C 321/9; Commission Notice 92/C321/05, OJ 1992, C 321/10; IP/99/504, 14.7.1999; ferner auch die Medienmitteilung IP/99/504, 14.7.1999.

24 RPW 1998/4, 676 E. 5.1, Swisscom/Rekurskommission.

25 RPW 1998/4, 676 E. 5.2, Swisscom/Rekurskommission.

26 Vgl. auch die obiter dicta in RPW 2004/2, 439 Rz. 143, Swisscom ADSL und RPW 2004/3, 800 f. 87, TicketCorner.

27 Vgl. RPW 2005/3, 527 E. 5.4.3, Swisscom AG, Swisscom Fixnet AG/Weko.

28 Vgl. RPW 2004/2, 415 f. Rz. 33–36, Swisscom ADSL und RPW 2002/3, 440 ff., ADSL-Angebot der Swisscom AG.

29 RPW 2002/2, 453 f., ADSL-Angebot der Swisscom AG.

30 RPW 2004/2, 440–443 Rz. 146–159, Swisscom ADSL.

31 RPW 2004/2, 446 Rz. 173–177, Swisscom ADSL.

32 RPW 2005/3, 509–525 E. 4, 5.1 und 5.3, Swisscom AG, Swisscom Fixnet AG/Weko.

33 RPW 2005/3, 526 E. 5.4.1, Swisscom AG, Swisscom Fixnet AG/Weko.

34 RPW 2005/3, 526 E. 5.4.2, Swisscom AG, Swisscom Fixnet AG/Weko.

35 RPW 2005/3, 526 E. 5.4.3, Swisscom AG, Swisscom Fixnet AG/Weko.

Verallgemeinernd sagt der Swisscom ADSL-Entscheid der REKO/WEF damit, dass marktbeherrschende Unternehmen

- einerseits nachweisen müssen, dass ihre Mengenrabatte durch Skaleneffekte gerechtfertigt sind, und
- andererseits die Rabatte so gestalten müssen, dass sie den Skaleneffekten entsprechen, die der jeweilige Abnehmer durch seine Käufe beiträgt.

Ersichtlich sind dies extrem hohe Anforderungen. Ob die REKO/WEF sich dessen auch bewusst war, ist unklar. Nicht abwegig scheint es, hinter diesem Entscheid einen Fall von «*Hard cases make bad law*» zu vermuten. Denn was die Weko der Swisscom im Grunde genommen vorwarf, war *price squeezing*,³⁶ d. h. dass Swisscom auf der Retailstufe konkurrierende ADSL-Anbieter durch hohe Wholesalepreise «auspresste». Was aber im *Swisscom ADSL-Entscheid* mit Sicherheit nicht zur Diskussion stand, war die Frage, wann ein Treuerabatt vorliegt. Auch die Weko hatte im angefochtenen Entscheid ausdrücklich (und zutreffend) festgehalten, dass das von der Swisscom verwendete Rabattsystem kein Treuerabatt sei und deshalb die betreffende Praxis der EU-Behörden keine Anwendung finden könne.³⁷ Auch die REKO/WEF beurteilte den Fall nicht unter der Chiffre «Treuerabatt».

Damit ist der *Swisscom ADSL-Entscheid* im Hinblick auf Treuerabatte ohne Bedeutung und diesbezüglich weiterhin die Entscheidpraxis der REKO/WEF im Fall *Swisscom/Weko* aus dem Jahr 1998 massgebend.

4. Schlussfolgerungen

Vor dem Hintergrund der Kritik an der jüngeren Rechtsprechung des EuG ist zu fordern, dass Rabattsysteme nur dann als missbräuchlich angesehen werden, wenn *kumulativ* folgende Voraussetzungen erfüllt sind:³⁸

- Das Rabattsystem hat *tatsächlich* dieselbe Wirkung wie eine *Alleinbezugsverpflichtung*. Dies ist strikte zu beweisen. Nicht ausreichend ist damit (in Abweichung zur Praxis des EuG und in Übereinstimmung mit der Praxis der REKO/WEF aus dem Jahre 1998) die blosse Eignung des Rabattsystems zur Kundenbindung.
- Das Rabattsystem ist nicht durch entsprechende *Kostenersparnisse* auf Seiten des marktbeherrschenden Unternehmens begründet.
- Durch das Rabattsystem wird dem marktbeherrschenden Unternehmen ermöglicht, in einem ersten Schritt seine Wettbewerber aus dem Markt zu verdrängen und in einem zweiten Schritt die *soziale Wohlfahrt zu verringern*, indem es die Prei-

se anhebt (bzw. hochhält) und den Output reduziert. Dies wird zumal dann der Fall sein, wenn infolge der Marktzutrittsschranken mit dem Eintritt neuer Wettbewerber nicht zu rechnen ist.

Da eine Prüfung der drei Kriterien in aller Regel sehr aufwändig ist, sollten zumindest lineare Mengenrabatte als vermutungsweise zulässig erachtet werden.³⁹ Dasselbe sollte für progressiv ausgestaltete Mengenrabatte gelten, wie sie etwa im Fall *Michelin II* untersucht wurden, sofern die Stufen relativ nahe beieinander liegen. Zwar ist es richtig, dass solche Rabatte nicht *a priori* unbedenklich sind.⁴⁰ Zu bedenken ist in diesem Zusammenhang allerdings folgendes:

- Die Neigung des EuG und der Europäischen Kommission, von marktbeherrschenden Unternehmen eine strikte Kostenrechtfertigung für deren Preisverhalten zu fordern, führt zu erheblichen Compliance-Kosten (Kosten für rechtliche Abklärungen und für die Errechnung der konkreten Skalenerträge aus grösseren Bezügen). Diesen Kosten dürften selten durch gesamtwirtschaftliche Effizienzgewinne kompensiert werden, die aus einer entsprechenden «kostenbasierten» Rabattgestaltung resultieren. In der Schweiz würden diese Rechtsdurchsetzungseffizienzen noch akzentuiert, wenn die Weko ihre Absicht verwirklichen sollte, Unternehmen unter Rückgriff auf das Konzept der wirtschaftlichen Abhängigkeit für marktbeherrschend zu erklären. Denn: Je mehr Unternehmen für marktbeherrschend erklärt werden, desto mehr fallen die Compliance-Kosten gesamtwirtschaftlich ins Gewicht.
- Die Tendenz der Wettbewerbsbehörden, marktbeherrschenden Unternehmen ein Preisverhalten vorzuschreiben, das rein kostenbasiert ist, widerspricht einem dynamischen Wettbewerbsverständnis. Gerade vor dem Hintergrund der von der Weko offenbar favorisierten Ausdehnung des Marktbeherrschungsbegriffes birgt dieses Kostendenken die Gefahr, dass das Kartellrecht zu einem Erstarren des Preisgefüges und damit einem Erlahmen des Preiswettbewerbs führt. Denn durch einen rein kostenbasierten Ansatz wird Unternehmen verunmöglicht, auf Preissenkungswünsche einzelner Kunden einzugehen, da Preissenkungen aufgrund des Diskriminierungsverbotes dann gegenüber allen anderen Kunden auch angewendet werden müssten. Zudem führt ein solcher Zwang zu uniformen Pricing dazu, dass Preiskollusion unter den betreffenden Anbietern einfacher wird, da sich die Preisstrategien der Konkurrenten zuverlässiger voraussagen lassen.

36 So hatte die Weko sinngemäss noch in RPW 2002/3, 452 f. Rz. 73 f., ADSL-Angebot der Swisscom AG, argumentiert.

37 RPW 2004/2, 440 Rz. 145, Swisscom ADSL.

38 REINERT (Fn. 22), 151 f. Rz. 4.153.

39 Gl. M. ROQUES (Fn. 23), 691 f.

40 Vgl. etwa E. CLERC, *Commentaire de l'art. 7 LCart*, in: P. Tercier/C. Bovet (éds.), *Commentaire romand: Droit de la concurrence*, Art. 7 LCart Rz. 184.

Markus Raess* und Nadine Kieser Blöchliger**

Anspruch auf Verteidigung durch mehrere Rechtsanwälte im Untersuchungsverfahren vor den Bundesstrafbehörden?

Stichworte: Bundesstrafprozess, Untersuchungsverfahren, Anspruch auf mehrere Verteidiger

I. Einleitung

Das Verfahren vor den Bundesstrafbehörden richtet sich nach dem Bundesgesetz vom 15. Juni 1934 über die Bundesstrafrechtspflege (SR 312.0, «BStP»). Gemäss Art. 35 Abs. 1 BStP hat der Beschuldigte das Recht, in jeder Lage des Verfahrens einen Verteidiger zu bestellen. Zur Hauptverhandlung kann der Präsident des Gerichts ausnahmsweise zwei Verteidiger für einen Beschuldigten zulassen (Art. 35 Abs. 2 BStP).

Das Bundesstrafgericht hatte sich im vergangenen Jahr mit der Frage auseinanderzusetzen, ob ein Angeschuldigter bereits im Untersuchungsverfahren Anspruch auf Verteidigung durch zwei Rechtsanwälte hat. Es kam zum Schluss, dass ein solcher Anspruch aufgrund des geltenden Rechts verneint werden müsse. Das Bundesstrafgericht liess offen, ob der Beizug eines zweiten Verteidigers im Untersuchungsverfahren gestützt auf eine «Vorwirkung» der schweizerischen Strafprozessordnung begründet werden könne.

Die Autoren dieses Artikels sind der Ansicht, dass die ausnahmslose Beschränkung auf einen (Wahl- oder Offizial-) Verteidiger im Untersuchungsverfahren heute zu absolut und in gewissen Fällen weder sachdienlich, noch mit den verfassungsmässigen Rechten eines Angeschuldigten vereinbar ist.

II. Entscheide des Bundesstrafgerichts vom 12. August 2005¹

A. Sachverhalt

Am 15. Oktober 2004 eröffnete die Schweizerische Bundesanwaltschaft ein Verfahren gegen A. wegen Geldwäscherei. Am 8. Juni 2005 wurde A. in Untersuchungshaft versetzt. Seit dem 28. Juni 2005 verteidigte Rechtsanwalt F. den Angeschuldigten A.

Mit Schreiben vom 1. Juli 2005 teilte A. dem Untersuchungsrichter mit, dass er beabsichtige, sich zusätzlich zu Rechtsanwalt F. auch von B., einem russischen Rechtsanwalt aus der Region Omsk, vertreten zu lassen. Er ersuchte das Untersuchungsrichteramt darum, dass Rechtsanwalt B. ihn besuchen dürfe. Mit Entscheid vom 5. Juli 2005 verweigerte das Untersuchungsrichteramt die Bestellung von Rechtsanwalt B. und gewährte diesem kein Besuchsrecht.

teramt die Bestellung von Rechtsanwalt B. und gewährte diesem kein Besuchsrecht.

Gegen diesen Entscheid wurden drei Beschwerden eingereicht – von Rechtsanwalt B., von A. und von Rechtsanwalt F. für seinen Klienten.

A. und Rechtsanwalt F. machten insbesondere geltend, dass die Komplexität der Angelegenheit und die bestehenden Verbindungen mit einem in Russland hängigen Verfahren die Unterstützung durch einen russischen Rechtsanwalt rechtfertigen würden. Rechtsanwalt B. machte hauptsächlich geltend, von der Familie des Angeschuldigten A. darum gebeten worden zu sein, A. zu vertreten. Er habe ein Recht darauf, A. zu vertreten.

Die Schweizerische Bundesanwaltschaft beantragte die Abweisung der Beschwerden und stützte sich dabei auf Art. 35 Abs. 1 BStP.

Das Bundesstrafgericht wies die Beschwerden ab.

B. Argumentation des Bundesstrafgerichts²

In einem ersten Schritt äusserte sich das Bundesstrafgericht zu Art. 35 BStP. Es argumentierte, dass aufgrund des klaren Gesetztextes im Untersuchungsverfahren nur ein einziger Verteidiger zuzulassen sei. Erst zur Hauptverhandlung könne ausnahmsweise ein zweiter Verteidiger zugelassen werden (E. 2.1 f.). Das Bundesstrafgericht führte weiter aus, dass diese Beschränkung auf einen Verteidiger nicht im Widerspruch zu Art. 6 Abs. 3 EMRK³ und Art. 14 Abs. 3 lit. d IPBPR⁴ stünde, da diese Bestimmungen keinen Anspruch auf mehrere Rechtsvertreter einräumen würden. Ebenso wenig könne aus Art. 32 Abs. 2 BV⁵ ein Anspruch auf mehr als einen Verteidiger abgeleitet werden (E. 2.2). Es obliege der Legislative und nicht dem Richter, die Möglichkeit des Beizugs von mehreren Verteidigern vorzusehen (E. 2.2).

Im Weiteren äusserte sich das Bundesstrafgericht kurz zum Vorentwurf für eine schweizerische Strafprozessordnung, welcher die Möglichkeit der Vertretung durch mehrere Rechtsanwälte vorsieht. Ob dieser Grundsatz bereits heute Anwendung finden könne, liess das Bundesstrafgericht offen, da ein russischer Rechtsanwalt aufgrund des fehlenden Erfordernisses der Gegen-

² Die materielle Argumentation bezüglich der Zulassung des zweiten Rechtsanwalts ist in beiden Entscheiden identisch (E. 2.1–2.3).

³ Konvention vom 4. November 1950 zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten.

⁴ Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte vom 19. Dezember 1966.

⁵ Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft vom 18. April 1999.

* Dr. iur., Rechtsanwalt in Zürich.

** Lic. iur., LL. M., Rechtsanwältin in Zürich. Die Autoren geben ihre persönliche Meinung wieder.

¹ BB.2005.78, BB.2005.79 und BB.2005.80 (vgl. <http://www.bstger.ch/informationen/entscheide.html>).

seitigkeit grundsätzlich nicht als Verteidiger von A. zugelassen werden könne (Art. 35 Abs. 3 BStP).

III. Kommentar zu den Entscheiden des Bundesstrafgerichts vom 12. August 2005

A. Bundesgerichtsbarkeit und Bundesstrafverfahren im Wandel der Zeit

1. Entwicklung der Bundesgerichtsbarkeit

Die Bundesgerichtsbarkeit beschränkte sich bis vor kurzem auf einen Katalog von «exotischen» Delikten (vgl. Art. 340 StGB⁶).⁷

Weitere Zuständigkeiten des Bundes liegen im Bereich des Kriegsmaterials, der Atomenergie, der Luftfahrt und der Güterkontrolle. Seit dem 15. Dezember 2000 untersteht zudem der Tatbestand des Völkermords der Bundesgerichtsbarkeit.⁸

Der am 1. Januar 2002 in Kraft getretene Art. 340^{bis} StGB erweiterte die Verfahrenskompetenzen des Bundes in den Bereichen organisiertes Verbrechen und Wirtschaftskriminalität erheblich. Wurden strafbare Handlungen zu einem wesentlichen Teil im Ausland oder in mehreren Kantonen (ohne eindeutigen Schwerpunkt in einem Kanton) begangen, so unterstehen nun insbesondere auch folgende Delikte der Bundesgerichtsbarkeit:

- Kriminelle Organisation (Art. 260^{ter} StGB);
- Finanzierung des Terrorismus (Art. 260^{quinquies} StGB);
- Geldwäscherei (Art. 305^{bis} StGB);
- Mangelnde Sorgfalt bei Finanzgeschäften und Melderecht (Art. 305^{ter} StGB);
- Bestechungsdelikte (Art. 322^{ter}–322^{septies} StGB);
- Verbrechen, die von einer kriminellen Organisation im Sinne von Art. 260^{ter} StGB ausgehen.

Im Weiteren kann die Bundesanwaltschaft bei Verbrechen im Bereich der Vermögens- und Urkundendelikte (zweiter und elfter Titel) eine Untersuchung eröffnen, wenn die strafbaren Handlungen zu einem wesentlichen Teil im Ausland oder in mehreren Kantonen (und dabei kein eindeutiger Schwerpunkt in einem Kanton besteht) begangen wurden und keine kantonale Strafverfolgungsbehörde mit der Sache befasst ist oder die zuständige kantonale Strafverfolgungsbehörde die Bundesanwaltschaft um Übernahme des Verfahrens ersucht (Art. 340^{bis} Abs. 2 StGB).

Die Bundesanwaltschaft ist also heute insbesondere auch Untersuchungsbehörde in grossen und komplexen Wirtschaftsstraffällen, welche entweder einen Auslandsbezug aufweisen oder sich in mehreren Kantonen abspielen. So führt, respektive führte, die Bundesanwaltschaft, um nur einige der bekannten Verfahren zu nennen, Strafuntersuchungen gegen die Hells Angels, die ehemaligen Verantwortlichen der Käseunion, den mutmasslichen Al-Kaida-Financier Youssef Nada, den Ex-Botschafter Peter Friedrich und den Basler Financier Dieter Behring.⁹

6 Schweizerisches Strafgesetzbuch vom 21. Dezember 1937.

7 Vgl. FELIX BÄNZIGER/LUC LEIMGRUBER, Das neue Engagement des Bundes in der Strafverfolgung, Kurzkommentar zur «Effizienzvorlage», Bern 2001, N 2.

8 BÄNZIGER/LEIMGRUBER (Fn. 3), N 3 f.

9 Vgl. hiezu PATRICK GUIDON/WALTER WÜTHRICH, Zur Praxis bei Beschwerden gegen das Bundesstrafgericht, Plädoyer 4/05, S. 34 ff.

2. Entstehung von Art. 35 BStP und seitherige Entwicklung

Die Sicherstellung der Verteidigung im Untersuchungsverfahren war ein zentrales Anliegen anlässlich der Einführung des BStP: Vor 1934 konnte ein Angeschuldigter erst nach der Überweisung vor das urteilende Gericht eigentliche Parteirechte ausüben.¹⁰ Auch sah das BStP anfangs ein umfassendes Unmittelbarkeitsprinzip vor. So lässt sich erklären, dass nur für das Hauptverfahren explizit die Möglichkeit des Beizugs eines zweiten Verteidigers erwähnt wird (Art. 35 Abs. 2 BStP).

Seit 1934 haben sich die Verhältnisse jedoch wesentlich verändert. Einerseits hat seither die Komplexität der Fälle in einem Ausmass zugenommen, das sich der damalige Gesetzgeber wohl kaum vorstellen konnte. Zudem erweiterten sich – wie vorgängig aufgezeigt worden ist – seither die Kompetenzen im Bereich der Bundesstrafgerichtsbarkeit erheblich. Andererseits gilt heute gemäss Art. 30 des Bundesgesetzes über das Bundesstrafgericht vom 4. Oktober 2002¹¹ i. V. m. Art. 169 BStP im Hauptverfahren vor Bundesstrafgericht nur noch ein sogenannt «gemässigt» Unmittelbarkeitsprinzip. Dies bedeutet, dass von der Spruchinstanz neu auch die «während des Vorverfahrens [. . .] gemachten Feststellungen» zu berücksichtigen sind (Art. 169 Abs. 1 BStP). Heute kommt dem Untersuchungsverfahren somit eine entscheidende Bedeutung zu.

B. Gewährleistung der effektiven und wirksamen Verteidigung eines Angeschuldigten

1. Grundsatz

Aus Art. 6 Ziff. 3 lit. c EMRK und Art. 14 Abs. 3 lit. d IPBPR ergibt sich ein Anspruch auf effektive, d. h. wirksame Verteidigung. Ein solcher umfasst unter anderem das Recht auf Akteneinsicht des Verteidigers. In komplexen und umfangreichen Strafverfahren, so insbesondere bei Wirtschaftsstraffällen, kann eine wirksame Verteidigung durch nur einen Verteidiger unter Umständen jedoch nicht sichergestellt werden.

Ab einer bestimmten Grössenordnung eines Verfahrens verliert zudem eine Person allein den Überblick über die wesentlichen Fakten – eine wirksame Verteidigung ist dann nur noch bei einem arbeitsteiligen Vorgehen gewährleistet.

2. Grosse Wirtschaftsstraffälle

Hauptmerkmal von grösseren Strafuntersuchungen im Bereich der Wirtschaftskriminalität ist wohl der immense zu bewältigende Aktenberg. Wirtschaftskriminalität kann selten (nur) über Zeugenaussagen nachgewiesen werden – geprüft und ausgewertet werden müssen meist Unmengen an Datenmaterial (Bankunterlagen, Protokolle von Telefonkontrollen, Gesellschaftsakten). Häufig wird zudem gegen mehrere Angeschuldigte zugleich ermittelt. Die Untersuchungsverfahren dauern dementsprechend

10 Botschaft des Bundesrates an die Bundesversammlung zum Entwurf eines Bundesgesetzes über die Bundesstrafrechtspflege, BBl 1929 578.

11 SR 173.71, «SGG».

lange. Um den oftmals auch fremdsprachigen Aktenberg evaluieren und analysieren zu können, wird auf Seiten der Strafverfolgungsbehörde nicht selten ein ganzes Team von Untersuchungspersonen eingesetzt. Auch wird das in Papierform vorhandene Datenmaterial in der Regel immer noch nicht digitalisiert und elektronisch erfasst, sondern nur in Aktenordnern aufbewahrt. Je nach Aktenumfang muss das Recht auf Akteneinsicht in den Räumlichkeiten der Strafverfolgungsbehörde ausgeübt werden – die Akten werden dem Verteidiger nicht zugesandt.

3. Begrenzte Kapazität eines einzigen Verteidigers

Im Weiteren wird ein einziger Strafverteidiger, der sich mit einem Mandat in der erwähnten Grössenordnung konfrontiert sieht, über Monate praktisch ausschliesslich für dieses Verfahren arbeiten müssen und daneben nur noch wenige zusätzliche Mandate betreuen. Die Konzentration auf ein Mandat kann jedoch einem Anwalt allein schon wegen seinen Verpflichtungen in bisher geführten Mandaten, aber auch wegen des damit verbundenen wirtschaftlichen «Klumpenrisikos» nur bedingt zugemutet werden. Die Kapazitäten jedes Anwaltes sind endlich, woraus für sehr umfangreiche Strafverfahren der Schluss zu ziehen ist, dass eine wirksame Verteidigung nur durch mehrere Rechtsanwältinnen gemeinsam gewährleistet werden kann.

C. Grundsatz der Waffengleichheit bzw. Anspruch auf faires Verfahren (Art. 6 Ziff. 1 EMRK)

In umfangreichen und komplexen Strafuntersuchungen mit internationalen Bezügen sind seitens der Untersuchungsbehörde häufig mehrere Personen involviert. Es ist in solchen Fällen fraglich, ob ein faires Verfahren noch gewährleistet wird, wenn ein einziger Verteidiger einem «Heer von Ermittlern» gegenübersteht.

D. Beschleunigungsgebot (Art. 6 Ziff. 1 EMRK)

Das Beschleunigungsgebot wird häufig als Argument gegen den Beizug von mehreren Verteidigern beigezogen.¹² Das Beschleunigungsgebot fordert, dass ein Gericht innert angemessener Frist über eine erhobene Anklage verhandelt. Dies bedingt, dass auch vorgängige Untersuchungsverfahren innert angemessener Frist abgeschlossen werden. Hat sich ein einziger Verteidiger mit einigen Dutzend Bundesordnern an Untersuchungsmaterial herumzuschlagen, so braucht er dafür zwingend mehr Zeit als wenn er von einem zweiten Verteidiger in arbeitsteiliger Weise unterstützt wird. Gerade bei grossen Wirtschaftsstraffällen ist somit der Aktenberg häufig von einer einzigen Person nicht innert angemessener Zeit zu bewältigen. Selbst ein trainierter «Querleser» kann in einigen wenigen Tagen nicht hundert volle Aktenordner evaluieren.

Kann nun, wie dies vom Bundesstrafgericht vertreten wird, erst anlässlich der Hauptverhandlung ein zweiter Verteidiger beigezogen werden, so liegt die Befürchtung nahe, dass sich gera-

de dadurch das Verfahren unnötig weiter verzögert: Der «neue» Verteidiger hat sich mit der gesamten Angelegenheit bisher noch nicht auseinandergesetzt. Ihm muss zunächst genügend Zeit eingeräumt werden, um sich in die Untersuchungsakten einzuarbeiten.

E. Fazit

Seit 1934 haben sich die Kompetenzen der Bundesstrafbehörden stark erweitert. Heute gilt im Hauptverfahren nur noch das gemässigte Unmittelbarkeitsprinzip. Es ist im Sinne der ursprünglich angestrebten Stärkung der Verteidigungsrechte im Untersuchungsverfahren, wenn Art. 35 Abs. 1 BStP heute zeitgemäss und grundrechtskonform ausgelegt wird. Die Beschränkung auf nur einen Verteidiger im Untersuchungsverfahren kann in komplexen Fällen eine wirksame Verteidigung faktisch verunmöglichen. Fraglich ist zudem, ob in solchen Fällen diese rigorose Beschränkung nicht zu einer Verletzung des Beschleunigungsgebots und des Anspruchs auf ein faires Verfahren führt.

Ein Anspruch auf Beizug eines zweiten Verteidigers im Untersuchungsverfahren sollte demgemäss nicht pauschal abgelehnt, sondern im Einzelfall unter Berücksichtigung der jeweiligen Umstände geprüft werden.

IV. Wann sollte ein Anspruch auf mehrere Verteidiger im Untersuchungsverfahren bejaht werden?

A. Kriterien

Ob ein Fall jene Grössenordnung aufweist, welche einen Anspruch auf mehrere Verteidiger rechtfertigt, muss im Einzelfall nach pflichtgemäßem Ermessen entschieden werden. Ein Anspruch dürfte in der Regel zu bejahen sein, wenn die Mehrheit der nachfolgenden Kriterien erfüllt ist:

- komplexer internationaler Sachverhalt;
- mehrere Tatbeteiligte;
- viele Geschädigte und ein hoher Gesamtdeliktsbetrag;
- sehr grosser Aktenumfang;
- lange Verfahrensdauer;
- mehrere mit den Ermittlungen betraute Untersuchungspersonen.

Ein Anspruch auf Beizug eines zweiten Verteidigers wird so zum Beispiel begründet sein, wenn komplexe Firmenstrukturen oder Finanzflüsse über eine Vielzahl von Konten mit vielfältigen internationalen Bezügen mit hunderten von Geschädigten und einem Deliktsbetrag von über hundert Millionen Franken sowie mehreren angeschuldigten Personen untersucht werden, was zu einem Aktenumfang von vielen Dutzend Laufmetern und einem voraussichtlich mehrere Jahre dauernden Verfahren führt.

¹² Vgl. JEAN-MARC VERNIORY, *Les droits de la défense dans les phases préliminaires du procès pénal*, Bern 2005, S. 254.

B. Unterscheidung zwischen Wahl- und Offizialverteidigung?

Der sich aus obigen Überlegungen ergebende Minimalanspruch auf den Beizug von mehreren Verteidigern im Untersuchungsverfahren in besonders komplexen und umfangreichen Verfahren muss sowohl für die Offizial- wie auch für die Wahlverteidigung gelten. Da ein staatlich finanzierter Verteidiger grundsätzlich dieselben Pflichten wahrnimmt wie ein erbetener, privat finanzierter Verteidiger dürfen Kostenüberlegungen alleine das Recht auf eine wirksame Verteidigung nicht einschränken.¹³

V. Regelung gemäss dem Entwurf für eine schweizerische Strafprozessordnung

Mit Inkrafttreten der Schweizerischen Strafprozessordnung wird das BStP aufgehoben.¹⁴ Gemäss Art. 125 Abs. 2 des Entwurfs für eine Schweizerische Strafprozessordnung («E-StPO») kann ein Beschuldigter zwei oder mehrere Rechtsbeistände bestellen, solange dadurch das Verfahren nicht ungebührlich verzögert wird. Die betreffende Partei hat jedoch einen ihrer Verteidiger als «Hauptvertreter» zu bezeichnen. Nur der «Hauptvertreter» wird mit Vorladungen und Zustellungen bedient. Der Beizug von mehreren Verteidigern ist auf jeder Verfahrensstufe möglich (Art. 127 Abs. 1 E-StPO). Zukünftig wird somit die Wahlverteidigung durch mehrere Rechtsanwälte gesamtschweizerisch – unabhängig von

13 Vgl. auch VERNIORY (Fn. 8), S. 255.

14 BBl 2006 1531.

der Komplexität der Angelegenheit – möglich sein, solange dadurch das Verfahren nicht verzögert wird.

E-StPO äussert sich nicht klar dazu, ob in komplexen und umfangreichen Fällen ein Anspruch auf mehrere Offizialverteidiger besteht. Dies ist jedoch, wie bereits dargelegt, aufgrund der bestehenden Rechtslage aus übergeordneten Rechtsquellen zu bejahen.¹⁵

VI. Schlussbemerkungen

Ein Anspruch auf Beizug mehrerer Verteidiger im Untersuchungsverfahren vor den Bundesstrafbehörden darf heute nicht pauschal verneint werden. In komplexen und umfangreichen Verfahren ist im Einzelfall zu prüfen, ob der Beizug eines zweiten Verteidigers gerechtfertigt erscheint. Dieser Grundsatz muss sowohl für die Wahl- wie auch für die Offizialverteidigung gelten. Art. 35 Abs. 1 BStP und die zukünftige Schweizerische Strafprozessordnung müssen im Sinne dieses sich aus übergeordnetem Recht ergebenden Minimalanspruchs ausgelegt werden.

Aufgrund der besagten Entscheide des Bundesstrafgerichts vom 12. August 2005 bleibt darüber hinaus offen, ob der Beizug von mehreren erbetenen, privat finanzierten Verteidigern unabhängig von der Komplexität der jeweiligen Angelegenheit aufgrund einer «Vorwirkung» der schweizerischen Strafprozessordnung zukünftig immer möglich sein wird, solange sich dadurch das Verfahren nicht ungebührlich verzögert.

15 Vgl. Ausführungen unter III. B. ff.



Entracte · Justitia (Forts.)

Auf der Flucht

Eigentlich hatte Pat die Türe zum Büro seines Anwaltskollegen René Schmied ja nur aufgestossen, um den Kanzleikater Justitia aus seinem nächtlichen Gefängnis zu befreien. Aber der Anblick des perfekt aufgeräumten Schreibtischs hatte ihn dazu verleitet, ein wenig herumzustöbern. Er hatte sich erhofft, irgendwelche Hinweise auf Schmieds Verhältnis zu Jonas Janssen und seiner Sekte zu finden, leider vergebens. In den offenen Schränken stiess er nur auf belangloses Material, die Schreibtischschubladen waren alle abgeschlossen. Auch der linke Teil der Hängeregistratur liess sich nicht öffnen, und Pat griff nach der obersten Schublade des rechten Korpus.

»Da werden Sie leider auch kein Glück haben«, unterbrach ihn eine Stimme von der Türe her.

Pat erstarrte vor Schreck. Langsam drehte er seinen Kopf und suchte fieberhaft nach einer Ausrede. Als er jedoch die Gestalt im Türrahmen erblickte, vergass er seine missliche Lage sofort.

»Wer sind Sie denn?«, staunte er nur.

»Tut . . . nichts zur Sache«, entgegnete der Typ und strich seine fettigen langen Haare hinter die Ohren. Er war nur wenig älter als Pat, vielleicht etwa 40, sah aber völlig verwahrlost aus. Jeans und T-Shirt waren zerschlissen, an mehreren Körperstellen war Wundschorf zu sehen, und seine Haut schien schon lange keine Seife mehr abbekommen zu haben. An den Füssen trug er ausgelatschte Lederturnschuhe, die wohl mal knallrot gewesen waren.

»Ich denke schon, dass das eine Rolle spielt«, hob Pat die Stimme. »Wie sind sie überhaupt hier rein gekommen?«

»Durch die Türe . . . zum Hinterhof. Haben Sie . . . nicht abgeschlossen.«

Pat hatte den Eindruck, dass sein ungebeter Gast nicht nur heruntergekommen aussah. Auch unter der Oberfläche schien etwas nicht zu stimmen. Er sprach stockend, wackelte ununterbrochen mit dem Kopf, und sein Blick war auf eine merkwürdige Art leer.

»Das ist Einbruch«, stellte Pat fest.

»Das sagt der . . . Richtige. Was . . . tun Sie denn . . . in diesem Büro? Ist doch . . . gar nicht ihres.«

Pat schoss das Blut in den Kopf und er wollte zu einer Erklärung ansetzen, bemerkte dann aber nur: »Das geht Sie einen feuchten Dreck an.«

»Sehn Sie? Da haben . . . wir was gemeinsam.« Der Fremde verzog sein Gesicht zu einem Grinsen, das zwei braungelbe Zahnreihen freilegte. Dann machte er einige Schritte vorwärts und liess sich in den Ledersessel fallen, der vor Schmieds Schreibtisch auf Mandanten lauerte.

»Wer sind Sie, und was wollen Sie?«, fragte Pat mit einer Stimme, die ihm nicht wie seine eigene vorkam.

»Sagen wir mal . . . ich bin ein Freund . . . der Gerechtigkeit.«

Pat trat zum Schreibtisch, ergriff den Telefonhörer und wählte eine dreistellige Nummer. »Ich rufe jetzt die Polizei.«

Der Freund der Gerechtigkeit schnellte vor und drückte die Gabel hinunter. »Das würde ich nicht tun«, haspelte er, »in Ihrer Lage. Ausserdem sind wir . . . auf der gleichen Seite.«

»Das kann ich mir kaum vorstellen«, schnaubte Pat und wich einen Schritt zurück. Der Typ war ihm körperlich zwar eindeutig unterlegen, aber irgendwas an seinem Verhalten mahnte zur Vorsicht.

Fortsetzung Seite 196

Eric W. Fiechter*

Médiation – Pourquoi faire intervenir un tiers neutre . . .

Mots clés : Médiation, conciliation, facilitation, transaction, Schlichtung, Vereinbarung, Kompromiss, ADR

... alors que les avocats s'efforcent déjà de trouver une solution amiable avant de déposer une demande en justice? Si une solution amiable n'était pas possible, c'était donc par la faute de la partie adverse, opposée à une solution raisonnable! A moins que la réponse ne soit quand même pas si évidente? Est-ce que l'avocat a vraiment tout tenté pour régler le litige de façon plus efficace que par le biais d'une procédure judiciaire longue et coûteuse?

Mediation – Warum braucht es neben den Anwälten einen neutralen Dritten?

Anwälte versuchen ja immer eine Vermittlerrolle zu spielen vor Einreichung einer Klage! Wenn also eine Klage eingereicht werden muss, ist die Gegenpartei Schuld daran, falls sie zu keinem vernünftigen Kompromiss bereit war. Oder ist die Antwort vielleicht doch nicht ganz so eindeutig? Hat der Anwalt vielleicht doch nicht alles Vernünftige unternommen, um den Streit effizienter zu bewältigen als durch ein langes und teures gerichtliches Verfahren?

La médiation est souvent perçue par les avocats avec une bonne dose de scepticisme. Aux Etats-Unis aussi; seule une évolution dans la façon des médiateurs d'appréhender les litiges a permis de répondre aux besoins, tels que les avocats les percevaient. Aujourd'hui, les médiateurs américains facilitent les négociations entre avocats, les aidant à surmonter les obstacles stratégiques (et parfois émotionnels) inhérents aux dossiers qui leur sont confiés¹. L'évolution aux Etats-Unis, plus rapide qu'en Europe, s'explique par le contexte américain, mais n'est pas sans intérêt pour les avocats suisses.

Pour que la médiation puisse servir de méthode de résolution des conflits dans un environnement où les avocats sont parties prenantes en raison de leur mode de rémunération (jusqu'à 40% de participation sur le montant encaissé), les médiateurs ont en effet dû prendre en compte plus qu'en Europe, non seulement l'intérêt des parties, mais aussi celui des avocats. Les médiateurs américains ont donc tout naturellement évolué plus vite que leurs collègues européens.

Ils ont évolué d'une approche non-interventionniste vers une approche beaucoup plus ciblée.

Dans une approche non-interventionniste des problèmes quant au fond du litige (broad, facilitative approach), le médiateur est responsable du cadre dans lequel la médiation a lieu. Il est responsable du bon déroulement du processus, le but étant de susciter des solutions originales (innovative bargaining).

L'approche beaucoup plus ciblée et interventionniste utilisée aux Etats-Unis (narrow issues, evaluative approach) signifie que le médiateur intervient aussi sur le fond du litige, allant jusqu'à offrir le moment venu «sa solution». Dans cette approche, le médiateur est essentiellement responsable du timing² (size of concession and time between concessions) et de la nature des informations échangées (y compris, si nécessaire, le blocage d'informations qui pourraient nuire à la négociation).

Pour contrôler le processus de négociation, le médiateur travaille en caucus et, contrairement à la médiation traditionnelle, seulement de façon limitée en présence de toutes les parties. Le travail s'effectue de manière très concentrée, par exemple en réservant une journée (ou deux) pour trouver une issue acceptable au litige.

Le médiateur n'hésite pas à faciliter les négociations de marchands de tapis (distributive bargaining), par exemple, en travaillant sur la fourchette monétaire dans le cadre de laquelle la négociation se déroulera, en sachant par expérience qu'au terme de ses efforts, l'affaire sera souvent transigée à mi-chemin entre les premières «offre et contre-offre» raisonnables.

Aucune partie n'ayant envie de découvrir ses cartes ou de faire une offre transactionnelle en premier à l'autre partie, le médiateur permet aux parties de se faire conseiller par celui qui seul a la vision globale. Cela aide les parties à formuler les premières «offre et contre-offre» raisonnables, dont nous avons vu qu'elles déterminent statistiquement le montant final de la transaction. De plus, cela assure une meilleure confidentialité des négociations, la partie qui refuse d'aller jusqu'au bout des négociations ne connaissant pas le seuil ultime que s'était fixé l'autre partie.

En outre, différentes techniques de règlement enseignées aux médiateurs permettent de faire avancer les négociations là où les avocats des parties se heurteraient à des impasses fatales.

* MCJ, New York University, Médiateur FSA, Managing partner de Secretan Troyanov – avocats (Genève, Londres, Moscou) et Juge suppléant à la Cour de Justice de la République et du Canton de Genève.

1 «Facilitating negotiation and managing lawyers», PETER ROBINSON et JEFF KIRVIS, professeurs à Pepperdine University à Los Angeles, conférence donnée lors d'un séminaire organisé en collaboration avec CÉDER – International Dispute Resolution Centre à Londres (07.–08.02.2006).

2 De nombreux exemples pratiques, illustrant l'utilité du tiers neutre aidant les avocats des parties opposées à trouver un terrain d'entente là où toutes les négociations directes avaient échoué, sont citées dans l'ouvrage du médiateur californien JEFFREY KIRVIS, *Improvisational negotiation: a mediator's stories of conflict about love, money, anger – and the strategies that resolved them*, San Francisco 2006. Sur la question du timing, voir en particulier p. 123.

La réponse à notre question de savoir comment obtenir des avocats qu'ils envoient plus d'affaires en médiation est donc simple: faire en sorte que les avocats en retirent des avantages, par exemple en les aidant à formuler l'offre transactionnelle optimale, puis en l'améliorant au rythme approprié (distributive bargaining) tout en acceptant de limiter les questions examinées dans le cadre de la médiation (narrow issues). En effet, les avocats sont souvent assez méfiants face à la médiation qui aborde le problème de façon très large (broad issues) avec une forte composante psychologique. Il ne s'agit pas pour autant de renoncer à l'approche qui repose sur l'«innovative bargaining», soit la recherche de solutions en dehors du cadre fixé initialement par les parties, dans un processus impliquant d'abord les parties au litige, lorsque l'affaire le requiert. Mais l'approche qui a permis d'impliquer les avocats et d'assurer le succès auprès d'eux de l'intervention d'un médiateur est quand même souvent celle où le médiateur intervient aussi sur le fond du litige (evaluative approach).

Quel avantage extraordinaire, en effet, pour les avocats, que de pouvoir recourir dans le cadre de négociations transactionnelles à l'intervention d'un tiers neutre et assurant la confidentialité absolue, mais qui peut quand même savoir, même en toute discrétion, ce que pense l'autre partie. Ce tiers utilisant les techniques de la médiation, pose des questions ou fournit des conseils qui permettent de rapprocher les parties, sans dévoiler la position de la partie adverse aussi longtemps que celle-ci ne l'y a pas autorisé ou seulement dans la mesure convenue avec elle. Dans ce cas, le médiateur veille cependant à ne pas devenir l'instrument de manipulation de l'autre partie. Les règles d'éthique sévères auxquelles sont soumis les médiateurs FSA l'interdisent.

Aider les avocats implique donc une vision en partie différente de la médiation au sens où nous l'entendons en général en Europe, le médiateur devenant davantage un facilitateur actif de la négociation entre avocats.

Reste à distinguer cette approche de la conciliation. La différence principale est dans l'attitude du tiers neutre face à la solution du litige. *Le médiateur ne propose pas sa solution aux parties mais aide les parties ou les avocats à surmonter les obstacles tactiques (ou émotionnels) par ses questions et ses conseils, alors que le rôle du conciliateur est de formuler des propositions de règlement qu'il espère acceptables pour les deux parties.* Il n'est pas interdit au médiateur de formuler aussi une proposition de solution s'il a l'impression que c'est la seule façon de dépasser un blocage et si les deux parties le souhaitent, mais avant d'amorcer ce pas, le médiateur devra rendre les parties attentives au fait qu'il est sur le point de changer de rôle, et de devenir conciliateur, au lieu de se contenter de son rôle de médiateur. En attirant bien l'attention des parties sur ce changement de rôle, il s'assure qu'elles donnent leurs consentements éclairés et augmente les chances de voir ses propositions bien accueillies par les parties.

Pour terminer, il convient de rappeler encore une fois qu'environ 70 % des médiations se terminent par un règlement du litige et que même dans les cas où une procédure judiciaire ou arbitrale est quand même encore nécessaire, celle-ci est souvent mieux ciblée après une médiation, donc souvent moins chère.

N'hésitez donc pas à proposer une médiation avant le dépôt d'une action en justice. Il en résulte souvent des miracles, et presque toujours des avantages pour les deux parties et leurs avocats, sans inconvénient réel en cas d'échec.

Les plus grands obstacles à la médiation rencontrés dans la pratique sont une sous-évaluation des potentialités réelles des médiations menées par un bon médiateur et le manque de modestie des avocats qui ont de la peine à concevoir que l'intervention d'un tiers neutre et spécialement formé à la médiation puisse réussir là où les négociations directes entre les avocats des parties ont échoué!

Alors, souvenez-vous qu'en matière de médiation, «essayer c'est l'adopter», aussi pour les avocats! ■



Entracte · Justitia (Forts.)

Fortsetzung von Seite 194

»Wir haben einen . . . gemeinsamen . . . Bekannten«, hob der Eindringling an. »Jonas Janssen.« Die Pupillen in seinen hellen Augen zitterten wild, während er den Namen des Sektengurus aussprach.

»Ist das nicht der Chef dieser religiösen Gemeinschaft?«, versuchte Pat Zeit zu gewinnen. »Der Weisse Wind oder so ähnlich?«

»Sie brauchen mir nichts . . . vorzumachen. Ich habe Sie . . . um Hohenfels herumschnüffeln sehen. Und ich habe Sie mit der . . . kleinen Brünetten zusammen gesehen – das ist doch die Exbraut von . . . David, nicht wahr?«

Pat legte den Hörer zurück auf die Gabel und liess sich in Schmieds Schreibtischsessel sinken. »Ja und? Sagen Sie mal, beobachten Sie mich etwa?«

»Ich beobachte nicht Sie, sondern . . . den Weissen Wind. Und René Schmied.«

»Und warum?«

»Ich«, er machte eine längere Pause und liess den Blick über die

Büromöbel gleiten, wandte sich dann abrupt wieder Pat zu, »ich war selber bis vor kurzem . . . dabei, mehr als fünf Jahre. Bis letzten Frühling habe ich . . . auf Hohenfels gelebt. Dann bin ich . . . abgehauen.«

Pat stieß einen tonlosen Pfiff aus. »Die haben Sie einfach gehen lassen?«

»Natürlich nicht. Sie haben mich . . . verfolgt. Sie suchen mich immer noch. Darum lebe ich seither . . . im Untergrund. Bin immer unterwegs.«

»Warum sind Sie denn überhaupt abgehauen?«

Der ehemalige Weisse Engel wackelte mit dem Kopf und blickte ins Leere, machte aber keinerlei Anstalten zu antworten.

»Alle Achtung«, staunte Pat trotzdem. »Und woher kennen Sie David, den Exfreund von Sophie?«

»Ich habe ihn . . . selbst angeworben. Das war kurz . . . vor meiner Flucht. Wir mussten dauernd neue . . . Mitglieder anwerben.«

»Wissen Sie, wo sich David im Moment aufhält?«

»Wahrscheinlich immer noch . . . auf Hohenfels.«

»Und wo? Hat er irgendwo in der Festung ein Zimmer oder so was?«

Fortsetzung Seite 202

Andreas Krämer* und Reinhold Mauer**

Anwaltliche Low-Cost-Beratung – Gefahr und/oder Chance für den Berufsstand?

Stichworte: Kundensegmente, Preissensitivität, Niedrigpreisangebote, Wettbewerbsstrategie, Preisgestaltung, Low-Cost-Beratung, Marktentwicklung

I. Ausgangssituation: Zukünftige Marktentwicklungen

Der seit Jahren anhaltend starke Anstieg der Anwaltszahlen (ca. +5500 p. a.) und die Liberalisierung der Honorarregelungen führt in Deutschland zu einer verstärkten Auseinandersetzung mit Honorarfragen.¹ Die Liberalisierung des Honorarrechts deutscher Anwälte, die am 1. Juli 2006 in die nächste Phase tritt, ist begleitet von Rahmenbedingungen, die eine immer stärkere Segmentierung des Marktes herbeiführen. Auf der einen Seite («im Rampenlicht») stehen die international tätigen und auf Geschäftsmandate ausgerichteten Grosskanzleien. Dieses Segment schafft es in der Tat, die wirtschaftlichen Kennziffern deutlich zu verbessern. Wie die Zeitschrift JUVE in Ausgabe 10/2005 berichtete, konnten die 25 umsatzstärksten deutschen Kanzleien im Geschäftsjahr 2004 den Umsatz pro Berufsträger um durchschnittlich knapp 7 % steigern.² Auf der anderen Seite stehen Anwälte, die sich mit wirtschaftlichen Rahmenbedingungen nicht so gut zurechtfinden. Der Zustrom an jungen Rechtsanwältinnen führt häufig genug zur Situation, dass nicht genügend Man-

date anfallen. Die Bundesrechtsanwaltskammer schätzt, dass 14 % der Berufsanfänger nach wenigen Berufsjahren ihre Zulassung wieder abgeben.³ Dennoch ist das ungenutzte Marktpotenzial erheblich, gelänge es der Anwaltschaft, wesentliche Nutzungsbarrieren (Unsicherheit über die Kosten, psychologische Kontakthürden etc.) in der Bevölkerung abzubauen.

Dabei ist der Preis nur eine Seite der Medaille. In der Tat sind viele potenzielle Mandanten auch deshalb besonders preissensibel, weil ihnen die Leistung des Anwalts als Berater nicht transparent erscheint. Mit einem Experimentaldesign konnte für den deutschen Markt nachgewiesen werden, dass für etwa die Hälfte der potenziellen Privat-Mandanten die Höhe des Stundensatzes wichtiger ist als etwa die mit dem Anwalt gemachten Erfahrung oder dessen Spezialisierungsgrad. Die Ergebnisse werden in Abb. 1 für drei Mandantensegmente (Erfahrungs-, Preis- und Spezialisierungsorientierte) gezeigt.⁴ Ein hoher Nutzenwert bedeutet dabei eine entsprechend hohe Wertschätzung der Leistungsdimension bei der Auswahl eines Anwalts.

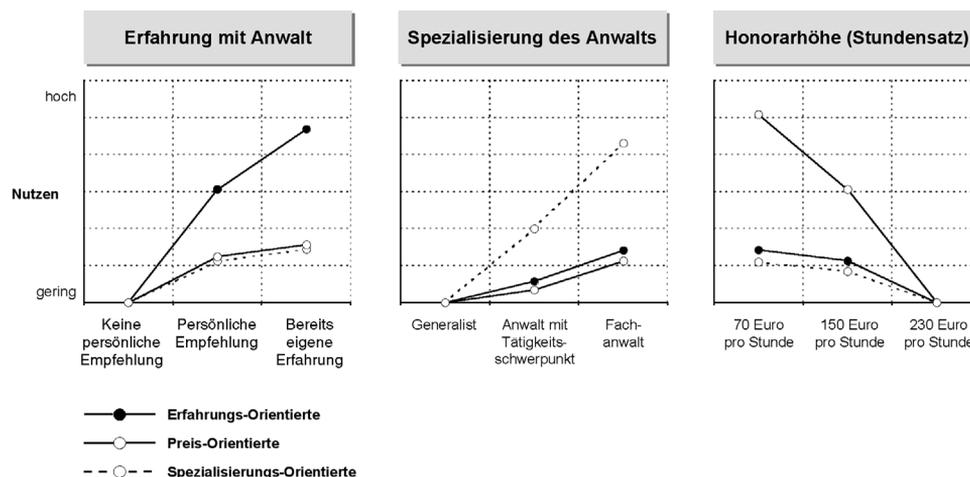


Abb. 1: Nutzenwerte unterschiedlicher Kundensegmente (Privat-Mandanten in Deutschland)⁵

* Andreas Krämer ist Vorstandsvorsitzender der exeo Strategic Consulting AG in Bonn (andreas.kraemer@exeo-consulting.com), vertiefende Literatur ist abrufbar unter www.exeo-consulting.com.

** Reinhold Mauer ist Partner der Sozietät Hümmelich legal Partnerschaft in Bonn (reinhold.mauer@huelmerich-legal.de).

1 Die Bundesregierung hat mit Art. 5 des Gesetzes zur Modernisierung des Kostenrechts (KostRMoG) die Vergütung der Rechtsanwältinnen für Beratungs- und Begutachtungstätigkeiten ab Sommer 2006 vollständig dereguliert.

2 Zur Verdeutlichung: Der Umsatz pro Berufsträger lag bei diesen Kanzleien bei ca. EUR 473 000.—. Dies korrespondiert mit einem Umsatz pro Equity-Partner von ca. 2 Mio. EUR. Vgl. JUVE Rechtsmarkt 10/2005, S. 10 ff.

3 Siehe hierzu die Pressemeldung vom 7. 10. 2005: «Wenn weiterhin 14 % der Berufsanfänger nach wenigen Berufsjahren ihre Zulassung wieder abgeben, dann ist dies ein klares Zeichen dafür, wie schwierig der Markt für die Anwaltschaft geworden ist,» so der Präsident der BRAK Dr. BERNHARD DOMBEK.

4 Die Untersuchung wurde 2003 durch die exeo Strategic Consulting AG durchgeführt und ist auch Basis für die Veröffentlichung KRÄMER/MAUER/KILLIAN, Vergütungsvereinbarung und -management, München 2005.

5 Hierzu auch KRÄMER/WILGER, Wege zur optimalen Preisgestaltung für Anwälte, AnwBI 7/05, S. 447 ff. und KRÄMER, Anwaltliches Marketing, Beck'sches RechtsanwaltsHandbuch, 8. Auflage, München 2004, Rn. 20. Frage: «Was müssten Anwälte tun, damit potenzielle Mandanten sie bei Rechtsproblemen stärker in Anspruch nehmen?»

Wie dargestellt, ist das Segment der preisorientierten Mandanten im Wesentlichen über die Höhe des Honorars ansprechbar. Hier liegt ein besonders starker Nutzenanstieg zwischen dem höchsten angebotenen Honorar (EUR 230.–/h) und dem geringsten Stundensatz (EUR 70.–/h) vor. Anders ausgedrückt: Anbieter können durch das Angebot günstiger Preise eine Nachfrage für den Markt anwaltlicher Beratungsleistung mobilisieren, die bei einem hohen Preisniveau nicht ansprechbar wäre. Auf diese Herausforderungen können Anwälte unterschiedlich reagieren, wobei das Angebot standardisierter Beratungsleistungen (Low-Cost-Beratung) eine Option sein kann. So schreibt etwa das Handelsblatt bei der Beschreibung des Düsseldorfer JuraXX-Büros:⁶ «Die Hemmschwelle sinkt auch durch die Preisversprechen. «Bussgeldverfahren ab 20 Euro» und «Steuerrecht ab 40 Euro» steht auf dem Aushang.» Vor diesem Hintergrund ergeben sich für die Anwaltschaft und das anwaltliche Marketing folgende Fragen:

- Welche Formen der anwaltlichen Low-Cost-Beratung wurden bisher entwickelt und worin unterscheiden sich die Geschäftsmodelle?
- Worin liegen die wirtschaftlichen Herausforderungen für den nachhaltigen Erfolg entsprechender Geschäftsmodelle?
- Welche Marketinginstrumente stehen etablierten Kanzleien zur Verfügung, um sich gegen die Low-Cost-Konkurrenz abzugrenzen und zu positionieren?

II. Formen der Low-Cost-Beratung

Es gibt heute kaum noch Dienstleistungsmärkte, auf denen nicht auch Low-Cost-Anbieter auftreten. Eine zunehmende Spreizung der Zahlungsbereitschaften, führt dazu, dass sich am unteren Rand der Preisskala auch Anbieter positionieren, die eine sehr vereinfachte Basisleistung anbieten, sei es bei Versicherungen, Banken, Verkehrsleistungen oder auch im Handel. In der Tat ist der Vergleich einer Airline mit einer Anwaltskanzlei relativ anschaulich. Das klassische Beispiel für ein erfolgreiches Low-Cost-Produkt im Airline-Bereich stellt Southwest in den USA dar – mittlerweile fast weltweit kopiert. Als Southwest 1971 mit einem neuen Low-Fare-Konzept am Markt aufgetreten ist, hat dies für erhebliche Unruhe bei den Wettbewerbern gesorgt. Derzeit ist sie die profitabelste Luftverkehrsgesellschaft. Gleichzeitig beweist dies, dass sich auch mit einfachen kostengünstigen Dienstleistungen Geld verdienen lässt.⁷ Das Geschäftsmodell beinhaltet neben sehr günstigen Preisen auch eine hohe Kosteneffizienz. Durch den Punkt-zu-Punkt-Verkehr und geringe Wartezeiten wird eine hohe Nutzungsdauer der Flugzeuge pro Tag erreicht, gleichzeitig werden im Wesentlichen kleinere Flughäfen mit entsprechend ge-

ringeren Gebühren angefliegen.⁸ Der Service ist minimiert, aber freundlich. Auch der Boom der Billig-Airlines in Deutschland und Europa mit Anbietern wie Ryan Air, Germanwings und Hlx basiert grösstenteils auf diesem Konzept. Damit wird bereits eine Besonderheit von Low-Cost-Anbietern deutlich: Es reicht nicht, nur günstige Preise anzubieten. Um nachhaltig wirtschaftlich bestehen zu können, muss gleichzeitig eine Kostenführerschaft angestrebt werden. Hierbei wird jeglicher «Ballast» über Bord geworfen, auf den der Kunde verzichten kann bzw. für den keine Zahlungsbereitschaft besteht.

Gehen die Prognosen bei der weiteren Entwicklung des Luftverkehrsmarkts in Deutschland von einem Zuwachs des Marktanteils von Billigfliegern auf 25 % (2010) aus,⁹ stellt sich die Frage, welche Implikationen sich aus diesen Erfahrungen für den anwaltlichen Markt herleiten lassen. Das Geschäftsmodell der Low-Cost-Airlines beruht auf drei zentralen Elementen: einfaches Produkt («no frills»), Marktpositionierung mit Direkt-/Point-to-Point-Verbindungen und niedrige Betriebskosten. Wie übersetzt sich dies auf den anwaltlichen Bereich? Um sich dieser Thematik zu nähern, sind nachfolgend einige Anbieter beschrieben, die auf dem deutschen Markt mit preisgünstiger anwaltlicher Beratung werben. Dabei soll bewusst das volle Spektrum der Angebotswelt dargestellt werden.

- *JuraXX*: Es handelt sich nach den Aussagen auf der Internetpräsenz nicht um ein Franchisekonzept, da alle Anwälte Partner werden und es sich um den Auftritt eines Anwaltsunternehmens an verschiedenen Standorten handelt, mag dieses Konzept auch Franchiseelementen in einzelnen Bereichen nahe stehen. Jeder Partner muss eine Einlage in Höhe von EUR 50 000.– zeichnen und gleichzeitig der Gesellschaft ein Darlehen geben, deren Finanzierung auf Existenzgründerprogrammen beruhen kann, also unter Umständen auch mit öffentlichen Mitteln gefördert wird, soweit dies durchsetzbar ist. 320 Partner in 80 Niederlassungen sind geplant (so die Angaben aus 2004). Im 2006 werden bisher 24 Niederlassungen betrieben, etwa 20 sollen in diesem Jahr hinzukommen.¹⁰ Die Homepage (www.juraxx.de) hebt auf die Preistransparenz ab («Preistransparenz ist unser Prinzip») und bietet auf der folgenden Seite unter «Was kostet Rechtsberatung bei JuraXX» folgende Informationen: «Ein erstes anwaltliches Beratungsgespräch: schnell, einfach, unkompliziert, ohne Termin. Wartezeit nicht ausgeschlossen. (Detaillierte Informationen siehe links: Info Erstberatung.): JuraXX kompakt, Arbeitsrecht ab 25 EUR . . .». In der Fachpresse wird das System aufgrund der hohen Startkapitalkosten für die «Partner» – meist sind es Berufsanfänger – kritisch gesehen.¹¹

6 Und weiter: «Mit Preisobergrenzen wie «Arbeitsrecht: 10 bis 50 Euro» darf JuraXX nicht mehr werben. Das sei Preisdumping, entschied das Oberlandesgericht Hamm, weil die Beratung dann ja auch in hochkomplizierten Fällen nur 50 Euro koste. Jetzt liegt der Preisstreit beim Bundesgerichtshof, JuraXX-Chef Boss rechnet mit einer Entscheidung bis Jahresende. Doch ab Juli, so hofft er, «können wir unsere Preise sowieso offener kommunizieren». Vgl. Handelsblatt vom 3. 2. 2006.

7 Southwest ist derzeit die viertgrösste Airline in den USA mit 2700 Flügen pro Tag und etwa 64 Millionen Passagieren pro Jahr. Die Produktionskosten liegen etwa 16 % unter dem Branchendurchschnitt von 0,095 \$ pro Sitzplatz-Meile.

8 Zu einer detaillierten Darstellung sei verwiesen auf PORTER, *What is Strategy?*, Harvard Business Review, Nov./Dec. 1996. Weitere Besonderheiten des Anbieters sind die einheitliche Flotte, die eine günstige und schnelle Wartung ermöglicht und die Fokussierung auf den Eigenvertrieb, um Vertriebsprovisionen einzusparen.

9 <http://www.mercermc.de> vom 26. 3. 2006.

10 Vgl. dazu SCHÖNWITZ, *Rechtsberatung geht neue Wege*, Abruf www.handelsblatt.com vom 26. 3. 2006.

11 So der ausführliche Report in AZUR 2/2005, S. 34 ff.



„Frag-einen-Anwalt.de“:

- Nachfrager erläutert sein Problem und nennt einen Preis
- Anwälte entscheiden sich, ob sie antworten möchten oder nicht und antworten ggfls. kurz

juraXX:

- „Ein Ladenlokal als Rechtsanwaltskanzlei, mit einer Preistafel im Schaufenster. Neue Anwaltsfirmen sorgen zurzeit für eine kleine Revolution in der einst so gediegenen Branche.“ (WDR.de v. 22.6.05)

www.haegerhartkopf.net:

- „Der Einheitspreis, die Flat-Rate der Anwaltstarife, bedeutet: Eine Kanzlei - Ein Preis! Für Alles*! 36 € pro Stunde*!“

* Zzg. 16 % MWSt., außergerichtlich. In gerichtlichen Angelegenheiten gilt der Einheitspreis nur, wenn die gesetzliche Gebühr nicht höher ist (§ 4 Abs. 2 RVG).

Abb. 2: Produktinnovation für anwaltliche Dienstleistungen

- **Janolaw:** Die bislang durch eine interaktive Online-Beratung in Erscheinung getretene Janolaw-Gruppe kündigte 2004 mit grossem Presse-Aufwand eine bundesweite Kette von Innenstadt-Beratungs-Shops an. Das als Franchisesystem konzipierte Netzwerk kam über einen Beratungsshop in Frankfurt bis heute nicht hinaus. Von den ambitionierten Expansionsplänen – bis 2007 sollten es in Deutschland 325 Kanzleien werden – ist heute keine Rede mehr.
- **Haeger Hartkopf:** Die überörtliche Anwaltssozietät Haeger Hartkopf aus Bochum bietet im aussergerichtlichen – soweit die gesetzlichen Gebühren nicht höher sind – sogar im gerichtlichen Bereich Rechtsrat zur Pauschale von 36 Euro pro Stunde an, und das unterschiedslos für private wie gewerbliche Mandanten. Derzeit zählt die Kanzlei bundesweit 75 Anwälte, die auf freiberuflicher Basis «von zu Hause aus» Rechtsrat erteilen. Die Kanzlei verzichtet auf jegliche Form der Preisdifferenzierung und setzt auf Einfachheit.¹² Organisatorisch setzt das Konzept auf die Bildung eines Netzwerkes.¹³ Firmengründer Haeger sieht sich als Gründer der

Rechtsberatung in der dritten Generation, so sein Credo auf der Homepage: «Das standardisierte Massengeschäft wollte ich gern solchen Discountern überlassen, die sich bei Automatisierung und «Do it yourself-Rechtsberatung» besser auskannten. Ich wollte stattdessen auf Spezialprobleme abzielen, bei denen Allgemeinanwälte für gewöhnlich an Spezialisten verweisen.»¹⁴

- **Frag-einen-Anwalt.de:** Unter www.frag-einen-anwalt.de können sich Rechtssuchende per Internet mit Fragen an Anwälte wenden. Der Kunde legt vorher fest, wie viel er für einen Rat ausgeben will. Je mehr er anbietet, desto wahrscheinlicher ist es, dass ein Anwalt antwortet und dass er auch kompliziertere Fälle behandelt.¹⁵ Im Unterschied zu den anderen Modellen ist es bei «Frag-einen-Anwalt» für Anwälte relativ leicht, sich am Modell zu beteiligen und gleichzeitig den normalen Kanzleibetrieb fortzuführen. Da bei einer Unterauslastung die Grenzkosten einer zusätzlichen Beratung nahe Null sind und damit der Grenzgewinn dem Grenzumsatz

12 Vgl. hierzu die Darstellung von www.handelsblatt.de vom 1. 12. 2005: Derzeit zählt die Kanzlei bundesweit 75 Anwälte, die auf freiberuflicher Basis «von zu Hause aus» Rechtsrat erteilen, wie Kanzleigründer Welf Haeger bestätigt. «Wir haben die Raum- und Personalkosten so weit gedrückt, dass wir mit einer Kostenquote von lediglich acht bis zehn Prozent auskommen.»

13 Siehe hierzu den Kommentar unter <http://www.kanzlei-hansen.de/billiganbieter.htm> (abgerufen am 25. 3. 2006): «Dieses Konzept dürfte seine Vorbilder im Handwerk haben, wo derartige Strukturen schon lange existieren, auch auf informeller Basis. Dieses Konzept will sich die starke Segmentierung des Rechtsberatungsmarktes und die Spezialisierung von Dienstleistungsanbietern zunutze machen. Anwaltliche Nachfrager anwaltlicher Dienstleistungen können dort Aufträge erteilen und «Subunter-

nehmen» einschalten, die das Mandat dann gegen entsprechende Gebührenteilung für den Auftraggeber durchführen. Auch wer als Subunternehmer agieren will, kann sich dort anmelden.»

14 Vgl. dazu <http://www.haegerhartkopf.net/141001.html> vom 25. 3. 2006.
15 Die Popularität des Angebotes veranlasst auch bereits Stiftung Warentest sich des Angebotes «anzunehmen» (siehe Bereich vom 6. 10. 2004). Das Urteil: «Ganz billig ist der Rechtsrat nicht. Mindestens werden 10 Euro fällig, im Schnitt gibt es den Rat für etwa 20 Euro. Für das Einstellen der Frage ist eine Grundgebühr von 50 Cent fällig.» Und an anderer Stelle: «FINANZtest hat die Antworten nicht geprüft. Doch die meisten wirken umfassend und ordentlich. Kunden können ohne Zusatzkosten einmal nachfragen. Nützlich ist das System auch für Menschen, die nichts bezahlen und nur in den Antworten stöbern wollen. Sie sind nach Rechtsgebieten geordnet.»

entspricht, werden auch kleinere Beratungen per E-Mail sofort ergebniswirksam, auch wenn dies «nur» 30 EUR sind.

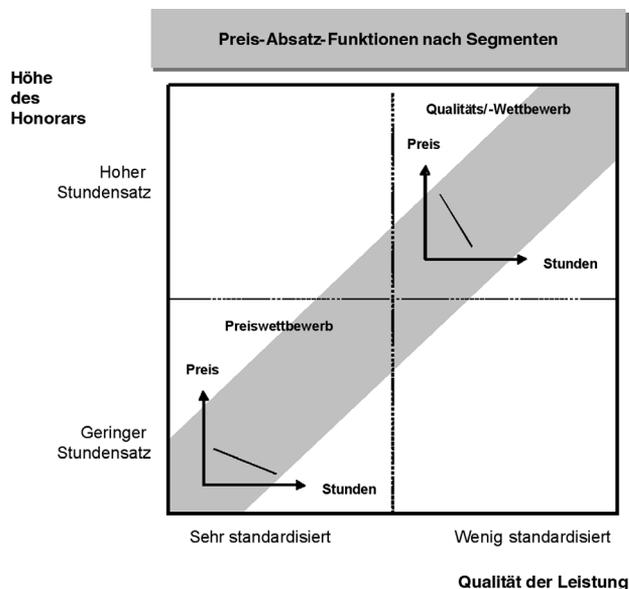


Abb. 3: Preis-Absatz-Funktionen für unterschiedliche Marktsegmente

In der Regel haben Low-Cost-Anbieter dann eine Chance, wenn es ihnen gelingt, zu einem günstigen Preis auch entsprechend mehr Nachfrage zu mobilisieren. Dies ist in Abb. 3 im unteren linken Quadranten aufgezeigt. Damit wird klar, dass hier ein ganz spezielles Segment bedient wird. Ein niedriger Preis rechtfertigt den Verzicht auf viele Services, die heute noch die Anwalts-Mandantenbeziehung charakterisieren: Anfechtungen von der Terminvereinbarung über das Sekretariat, dem Bereitstellen von Kanzleiparkplätzen bis zum persönlichen Gespräch in der Kanzlei, die für diesen Anlass «auch etwas her machen muss».

Die Preissenkung gegenüber einem «normalen» Preisniveau ist dann für einen Anwalt wirtschaftlich gerechtfertigt, wenn die Nachfragersteigerung grösser als die Preissenkung ist. Auf diesen Zusammenhang wird im nächsten Abschnitt näher eingegangen.

III. Die wirtschaftlichen Aspekte der Low-Cost-Beratung

Wie sich zeigen lässt, sind Low-Cost-Konzepte nur erfolgreich, wenn in der Kanzlei eine deutliche Nachfragersteigerung erzielt wird. Die damit verbundenen Risiken sind z. T. erheblich. Daher sollten die Kostentreiber in der Kanzlei näher untersucht werden:

- **Personaleinzelkosten der angestellten Anwälte oder Mitarbeiter:** Diese setzen sich aus dem Bruttogehalt des Mitarbeiters zuzüglich des Arbeitgeberanteils zur Sozialversicherung und den Beiträgen zur Berufsgenossenschaft zusammen.
- **Gemeinkosten:** Unter Gemeinkosten sind alle Kosten zu verstehen, die zur Herstellung der Leistungsbereitschaft der Kanzlei erforderlich sind und unabhängig vom einzelnen

Mandat anfallen. Einbezogen werden müssen Positionen wie Raumkosten, Fahrzeugkosten, Mieten für Geräte sowie deren Abschreibungen und natürlich die Gehälter der nicht juristischen Mitarbeiter (Sekretärin, Rezeptionistin usw.). Nicht enthalten sind die angestrebten Gewinnanteile des Einzelnehmers der Kanzlei bzw. der Sozisten. Mittels eines Zurechnungsfaktors werden die Gemeinkosten auf die in der Kanzlei tätigen Anwälte umgerechnet, und zwar in gleicher Weise auf die angestellten Anwälte wie auf die Gesellschafter.¹⁶

- **Arbeitstage:** Von den kalendarischen Werktagen eines Jahres sind die Feiertage, Urlaubstage und Fehlzeiten aufgrund von Krankheit abzuziehen. In der Regel können etwa 210 bis 230 Brutto-Arbeitstage als Annäherungswert unseres Beispiels in die Berechnung einfließen. Bei 46 Wochen und 5 Arbeitstagen pro Woche ergeben sich 230 Arbeitstage.
- **Leistungsstunden pro Tag («Produktivität»):** Hier sind nicht die laut Arbeitsvertrag vereinbarten Stunden pro Tag in Ansatz zu bringen, sondern diese sind um einen Korrekturfaktor zu verringern, in Abhängigkeit von der Auslastung der Kanzlei, des Umfangs von Mitarbeiterfortbildungen, Beschäftigungen mit internen Kanzleiaufgaben und Zeitverschwendung aufgrund mangelhafter Kanzleiorganisation. Dieser Korrekturfaktor kann zwischen 0,35 und 0,85 variieren. In unserer Beispielrechnung sei von einem Faktor von 0,7 ausgegangen, d. h. 70 % der eingebrachten Zeit sind abrechenbar.

Auf dieser Basis lassen sich auch die erforderlichen Stundensätze eines Anwalts berechnen, der selbständig tätig ist:

Leistungsstunde des Anwalts =

$$\frac{\text{Personalkosten} + \text{Sachkosten} + \text{Unternehmerlohn}}{\text{Arbeitstage} \times \text{Leistungsstunden pro Tag (produktiv)}}$$

Unter der Annahme einer Einzelkanzlei mit Personalkosten von EUR 30 000.–, Sachkosten in Höhe von EUR 25 000.–, einem anvisierten Gewinn von EUR 75 000.–, 220 Arbeitstagen und 10 Stunden Arbeit täglich ergibt sich bei einer Produktivität von 60 % ein Stundensatz von:

Stundensatz des Anwalts =

$$\frac{\text{EUR 30 000.–} + \text{EUR 25 000.–} + \text{EUR 75 000.–}}{2.200 \text{ Arbeitsstunden p. a.} \times 0,6} = \text{EUR 98,50}$$

¹⁶ Beträgt beispielsweise die Position der Gemeinkosten insgesamt EUR 50 000.–, so sind diese Gemeinkosten auf die Summe der gesamten Personalkosten der angestellten Anwälte und der Gesellschafter (bei den Sozisten setzt man die laufende Tätigkeitsvergütung bzw. die regelmäßige Entnahme nebst von der Kanzlei getragenen Kosten für ihn an) zu verteilen. Entnimmt im Beispiel der Kanzleihinhaber jährlich EUR 75 000.– und ein angestellter Anwalt erhält einen Bruttolohn von EUR 50 000.– p. a. ergibt die Summe der «Anwaltsgehälter» im Beispiel EUR 125 000.–. Hieraus leitet sich ein Zuordnungsfaktor von 0,4 (EUR 50 000.–/EUR 125 000.–) ab und es folgen daraus anteilige Gemeinkosten von EUR 20 000.– (EUR 50 000.– × 0,4), die auf den angestellten Anwalt, bzw. EUR 30 000., die für den Kanzleihinhaber entfallen.

Diese Kalkulation basiert auf der Annahme einer Vollaustlastung. In vielen Kanzlei, gerade bei jüngeren Anwälten, die den ersten Schritt in Richtung Selbständigkeit gegangen sind, können aber nicht wie im Beispiel 1320 Stunden abgerechnet werden, sondern möglicherweise nur die Hälfte, beispielsweise 650 Stunden. Wenn der Anwalt seine Kosten auf EUR 25 000.– reduziert und auf den Unternehmerlohn verzichtet, liegt der Break-even bei EUR 38.– pro Stunde. Dies ist demnach der minimale Stundensatz, den die Kanzlei zur Deckung der Kosten benötigt.

Kann der Anwalt tatsächlich EUR 100.– pro Stunde realisieren, so erwirtschaftet er einen Gewinn vor Steuern von EUR 40 000.–, mit dem er seine Tätigkeit als Anwalt entlohnen kann:

Umsatz: 650 Arbeitsstunden × EUR 100.–	
pro Stunde:	EUR 65 000.–
Kosten:	EUR 25 000.–
Gewinn vor Steuern:	EUR 40 000.–

Es kann aber auch sinnvoll sein, zu einem niedrigeren Stundensatz zu arbeiten als EUR 100.– (beispielsweise EUR 60.–), wenn die Anzahl der in Rechnung gestellten Stunden steigt, beispielsweise auf den doppelten Wert:

Umsatz: 1300 Arbeitsstunden × EUR 60.–	
pro Stunde:	EUR 78 000.–
Kosten:	EUR 25 000.–
Gewinn vor Steuern:	EUR 53 000.–

Stunden p.a.	Realisierter mittlerer Stundensatz in EUR					
	100	90	80	70	60	50
650	40000	33500	27000	20500	14000	7500
700	45000	38000	31000	24000	17000	10000
750	50000	42500	35000	27500	20000	12500
800	55000	47000	39000	31000	23000	15000
850	60000	51500	43000	34500	26000	17500
900	65000	56000	47000	38000	29000	20000
950	70000	60500	51000	41500	32000	22500
1000	75000	65000	55000	45000	35000	25000
1050	80000	69500	59000	48500	38000	27500
1100	85000	74000	63000	52000	41000	30000
1150	90000	78500	67000	55500	44000	32500
1200	95000	83000	71000	59000	47000	35000
1250	100000	87500	75000	62500	50000	37500
1300	105000	92000	79000	66000	53000	40000
1350	110000	96500	83000	69500	56000	42500
1400	115000	101000	87000	73000	59000	45000
1450	120000	105500	91000	76500	62000	47500
1500	125000	110000	95000	80000	65000	50000

Abb. 4: Gewinn vor Steuern in Abhängigkeit von der Anzahl der abrechenbaren Stunden und dem durchschnittlich realisierten Stundensatz

In diesem Fall beträgt die Entlohnung für die eingebrachte Zeit mit EUR 53 000.– immer noch ca. 33 % mehr als in der Ausgangssituation. Dies stellt aber nur ein mögliches Ergebnis dar. Um die Sensitivität der Berechnung zu prüfen, sind in der Abb. 4 die Erträge für Situationen mit einem unterschiedlichen Stundensatz und Auslastungen (650 bis 1500 Stunden p. a.) dargestellt.

Werden im o. g. Beispiel bei einem Stundensatz von EUR 60.– lediglich 1000 Stunden abgerechnet, liegt der Gewinn vor Steuern niedriger als in der Ausgangssituation (EUR 40 000.– p. a.), und zwar um EUR 5 000.– p. a.

IV. Der Wettbewerb mit Low-Cost-Anbietern

Während sich Anwälte – wie andere Freiberufler auch – äusserst schwer mit der eigenen Strategiefindung tun, ergibt sich bei Preisentscheidungen eine absolute Notwendigkeit zur Definition der eigenen Leitlinien. Dass heute im Markt für anwaltliche Rechtsberatung Vergütungen realisiert werden, die bei ca. EUR 30.– pro Stunde anfangen und bei EUR 500.– und mehr enden, ist in starkem Masse abhängig von der strategischen Ausrichtung der Kanzlei.¹⁷ Insbesondere Kanzleien mit einem hohen Preisniveau sind durch preisgünstige Anbieter gefährdet. Hier stellt sich die Frage, wie ein entsprechendes Preispremium erhalten werden kann.

Um es vorweg zu nehmen: Zwei Fehler sollten Anwälte im Wettbewerb nicht begehen. Hierzu zählt erstens klassischerweise die juristische Auseinandersetzung: Aufgrund der drastischen Änderungen des deutschen Gebührenrechts durch das neue Rechtsanwaltsvergütungsgesetz ist für den aussergerichtlichen Bereich ab dem 1. Juli 2006 der Preiswettbewerb praktisch völlig freigegeben. Bis zum 30. Juni 2006 ist dies hingegen für die Discount-Anwälte noch problematisch.¹⁸ Zweitens ergibt sich die Möglichkeit einer drastischen Preisanpassung, d. h. eines «Gleichziehens». In der Praxis zeigt sich, dass gerade diese Taktik den Preiswettbewerb verschärft und innerhalb weniger Wochen zu einer Preiserosion führen kann.¹⁹

Für etablierte Kanzleien, die sich durch die neue Form des Wettbewerbs bedroht fühlen, bestehen gleichzeitig mehrere sinnvolle Reaktionsmöglichkeiten:

- *Stärkere Fokussierung auf Kundenbindung:* In Zeiten eines verschärften Wettbewerbs zeigt sich die wirtschaftliche Bedeutung einer ausreichenden Kundenbindung. Da diese nicht von heute auf morgen aufgebaut werden kann, sind hier frühzeitige Investitionen erforderlich. Kundenbindung wird hierbei nicht dadurch erreicht, dass Angebote der Konkurrent kopiert oder aber deren Preisniveau unterschritten wird, sondern durch eine überlegene Leistung.
- *Suche nach Leistungsdifferenzierung:* Die schliesst sich nahtlos an den vorangegangenen Punkt an. Kanzleien und Anwälte müssen sich die Frage stellen, warum Mandanten genau zu ihnen kommen und nicht etwa zur Konkurrenz. Neben einer

17 Selbst die Gruppe der Top-Anwälte von spezialisierten Arbeitsrechtlern zeigt eine erhebliche Variation bei den angegebenen Stundenhonoraren. So wurden im Magazin «Focus» Heft 45/2004 etwa 120 deutsche Arbeitsrechtler aufgelistet und die Auskünfte der üblichen Stundenhonorare dargestellt. Neben einer Angabe der Stundensätze erfolgte auch eine Bewertung zur Empfehlung des Anwalts durch Mandanten und Berufskollegen. Im Durchschnitt liegt der «veröffentlichte» Stundensatz der Arbeitsrechtler bei ca. EUR 260.– und damit deutlich über dem Bundesdurchschnitt. Etwa 10 % der Honorare lagen unter EUR 200.–, gleichzeitig etwa 10 % oberhalb von EUR 350.– pro Stunde. Zu Details siehe KRÄMER/MAUER/KILIAN, Vergütungsvereinbarung und -management, München 2005.

18 So hat zuletzt das OLG Düsseldorf einen Discount-Anwalt verurteilt, eine Pauschal-Erstberatung im «Zivilrecht allg.» mit einem Richtpreis von EUR 20.– bis 45.– vor dem 1. Juli 2006 zu bewerben. OLG Düsseldorf v. 15. 11. 2005 – I-20 U 116/05 – AnwBl. 4/2006, S. 284.

19 Vgl. dazu allgemein WILGER/KRÄMER, Richtiges Verhalten im Preiskrieg, Planung & Analyse 5/2005, S. 34 ff.

klaren Leistungspositionierung (Rechtsgebiete, Branchenspezialisierung, Rechtsberatungsprodukte) zählt auch ein Herausstellen von für den Mandanten wichtigen weiteren Dienstleistungskriterien hierzu. Dies können sein: Garantien über die zeitlich schnelle Terminvergabe, Reaktionszeiten oder Bearbeitungszeiten, Dienstleistungsstandards, Qualitätsstandards, Fortbildungsverpflichtungen usw.²⁰

- *Angebot alternativer Preismodelle:* Solange Anbieter versuchen, über einen geringen Stundensatz Mandanten anzusprechen und dadurch Wettbewerber unter Druck zu bringen, besteht zumindest die Möglichkeit, über Pauschalpreise konkurrenzfähig zu erscheinen. Schliesslich bedeutet der günstige Stundensatz nicht, dass das Mandat insgesamt zu einem sehr geringen Honorarvolumen führt. Auf die fehlenden Incentivierung von Effizienzsteigerung bei Abrechnungen über feste Stundenhonorare wurde vielfach hingewiesen.²¹
- *Selektive Preissenkungen:* Wenn der Preisabstand zum Low-Cost-Anbieter zu gross wird, kann es sinnvoll sein, eine punktuelle Preissenkung vorzunehmen. Kommen wir auf unser Airline-Beispiel zurück. Beim Eintritt der Billigflieger im deutschen Markt hat sich die Lufthansa nicht etwa entschlossen, die Preise grundsätzlich zu senken. Stattdessen wurden erst mit zeitlicher Verzögerung günstige Tickets von EUR 99.– pro Flug eingeführt, allerdings nur für Hamburg und Düsseldorf.²² Aktuell kündigte die Airline an, sie werde vom 3. April an täglich 12 000 Tickets für je EUR 99.– verkaufen.²³

20 So z. B. die Kanzlei Hümmerich *legal* auf ihrer Website: www.huemmerich-legal.de.

21 Siehe hierzu KRÄMER, Mehr Bewegung bei der Honorargestaltung, *Anwaltsrevue* 1/2005, S. 10 f., und ausführlich KRÄMER/MAUER/KILIAN, Vergütungsvereinbarung und -management, München 2005.

22 Vgl. hierzu DIE WELT Online v. 20. 3. 2006.

23 Die bisher in Hamburg und Düsseldorf getesteten Angebote für 99-Euro-Flüge innerhalb Europas sollen auf ganz Deutschland ausgeweitet werden. Bislang kostete das günstigste Ticket für Hin- und Rückflug inklusive aller Steuern und Gebühren 129 Euro.

V. Die Zukunft der Low-Cost-Beratung

Welche Rolle Billiganbieter im Markt für anwaltliche Beratungsleistung spielen, hängt davon ab, ob sich tragfähige Geschäftsmodelle erzeugen lassen, die das wirtschaftliche Überleben der Anwälte garantieren. Zwei Faktoren sind entscheidend: Erstens, welcher Deckungsbeitrag im Durchschnitt pro eingebrachte Stunde Arbeitszeit realisiert wird (Honorar pro Stunde abzüglich variabler Kosten), und zweitens, ob sich ein im Vergleich zur Preissenkung überproportionaler Nachfragezuwachs ergibt.

Bei dem leicht negativen Image, dem das Angebot möglicherweise anhaftet («Billigangebote sind nicht mit dem Berufsstand vereinbar») dürfen zwei positive Effekte für den Markt nicht unerwähnt bleiben. Die bisherige Preisfixierung hat dazu geführt, dass ein hoher Anteil der potenziellen Nachfrage durch Anwälte nicht erschlossen wurde und dass insbesondere Berufsanfänger Probleme hatten, sich durch ein kreatives und vielleicht sogar aggressives Marketing eine Position zu erarbeiten. Das Beispiel Billig-Airlines zeigt deutlich, dass es im Wettbewerb nicht nur um das «Abjagen» von Marktanteilen und Kunden geht, sondern tatsächlich eine Marktvergrößerung stattgefunden hat. Heute nutzen Reisende das Flugzeug, die vor wenigen Jahren nicht daran gedacht hätten. Dem Anwaltsmarkt ist diese positive Erfahrung zu wünschen, nämlich in grossem Massstab Mandanten zu gewinnen, für die der Gang zum Anwalt bisher Tabu war.

Für Anwälte, die nicht auf die «Billigberatung» setzen – und dies dürfte die Mehrzahl sein – ergibt sich eine klare Herausforderung, an ihrem Kanzlei-Profil zu arbeiten. Dabei geht es immer wieder um die vermeintlich einfachen Fragen: «Wie unterscheiden wir uns vom Wettbewerb?» und «Warum kommen unsere Mandanten zu uns und nicht zu einer anderen Kanzlei?» ■



Entracte · Justitia (Forts.)

Fortsetzung von Seite 196

»Er hat eine Kammer im . . . Hauptgebäude, im zweiten Stock ganz . . . links in der Ecke. Dort haben sie ihn jedenfalls . . . vor einigen Monaten untergebracht. Aber die Zimmer werden fast . . . nie gewechselt. Bringt nur Unruhe.«

»Haben Sie eine Idee, wie man ihn da rausholen könnte?«

»Unmöglich. Die lassen die Neuen erst . . . nach mindestens zwei Jahren raus auf Tour. Wenn sie sich ihrer Loyalität . . . und Abhängigkeit sicher sind. Und hinein kommen sie nicht. Überall Wachen, drinnen . . . und draussen.«

Zumindest er wusste also nichts vom Geheimgang, stellte Pat beruhigt fest. Was aber wusste er? »Und seit Ihrer Flucht beobachten Sie die Sekte? Weshalb?«

»Ich sammle . . . Informationen, warte auf . . . eine Gelegenheit. Irgendwann kriege ich sie dran. Ich mach diesen Weissen Jonas fertig, und wenn ich ihn eigenhändig umlegen muss.«

Pat fiel auf, dass der Typ die letzten Sätze ganz ohne Stocken aus-

gesprochen hatte. »Und was für eine Rolle spielt René Schmied in der ganzen Angelegenheit?«

»Da bin ich mir noch nicht sicher. Er hat verschiedene Aufträge . . . für Janssen ausgeführt, was für welche . . . weiss ich nicht genau. Wahrscheinlich mal Steuersachen, aber auch . . . die Verteidigung von Mitgliedern, die mit dem Gesetz . . . in Konflikt geraten sind. Aber ich glaube, dass . . . Schmied noch eine andere Rolle spielt. Er ist ein wichtiger Mann in der Sekte. Steckt immer wieder mit Janssen . . . zusammen.«

Pat ging ein Licht auf. »Sie haben gesagt, dass sie auch René Schmied beobachtet haben. Haben Sie gelegentlich hier im Hinterhof die Nacht verbracht?«

»Immer wieder. Schmied ist . . . nachts oft im Büro. Trifft sich hier mit Jonas Janssen, und mit . . . diesem Chirurgen, Maximilian Kraushaar. Leider immer hinter geschlossenen . . . Fensterläden.«

Pats Gegenüber war also der mysteriöse Unbekannte, dessen Spuren seine Kanzleikollegen wiederholt im Hinterhof gefunden hatten. Leere Weinflaschen passten eigentlich ganz gut zu dem abgehalfterten Typen. Der neue Seidenschal von Gucci allerdings eher weniger.

Fortsetzung Seite 216

■ Verfassungsrecht / Droit constitutionnel (I)

Art. 8 und 9 BV; Prozesskostenvorschuss im Scheidungsprozess

Das Bundesgericht hat bisher den Prozesskostenvorschuss immer als Ausfluss der eherechtlichen Pflichten verstanden. Dabei hat es sich jeweils auf die Unterhalts- und die Beistandspflicht der Ehegatten gestützt, womit die Gewährung der unentgeltlichen Rechtspflege entfallt (BGE 66 II 70 E. 3 S. 71/72; zuletzt: Urteil 5P.395/2001 vom 12. März 2002 E.1, publiziert in Fam Pra.ch 2002 S. 581). Zu der in der Lehre diskutierten Frage, ob sich die Pflicht zur Leistung eines Prozesskostenvorschusses aus der in Art. 159 Abs. 3 ZGB statuierten Beistandspflicht oder aus der in Art. 163 ZGB geregelten Unterhaltspflicht ergebe, hat das Bundesgericht bisher nicht Stellung genommen. Die erste Position wird grundsätzlich von Bräm vertreten (Zürcher Kommentar, N. 130 ff. zu Art. 159 ZGB, mit Hinweisen), währenddem für die zweite Position vor allem Hausheer/Reusser/Geiser votieren (Berner Kommentar, N. 38 und 38 a zu Art. 159 ZGB, mit Hinweisen). [. . .] [E]s spielt keine Rolle, dass die Beschwerdeführerin während der Scheidung keinen Unterhalt an den Beschwerdegegner zahlt und ob sie dazu gemäss Art. 125 ZGB allenfalls für die Zeit nach der Scheidung verpflichtet wird oder nicht. Zudem werden die Fälle selten sein, bei denen bereits im Zeitpunkt der Festsetzung des Prozesskostenvorschusses die künftige Unterhaltspflicht abschliessend beurteilt werden kann. Entscheidend ist, dass die Ehegatten zumindest während der Ehe grundsätzlich zu gegenseitigem Unterhalt und Unterstützung verpflichtet sind. Damit kann die Frage nach der Rechtsnatur des Prozesskostenvorschusses offengelassen werden. Wollte man die Pflicht zur Zahlung des Prozesskostenvorschusses ausschliesslich mit der Beistandspflicht nach Art. 159 ZGB begründen, so müsste eine solche Leistung dem pflichtigen Ehegatten zumutbar sein. Auf jeden Fall wäre auch hier seine Leistungsfähigkeit zu beachten und ihm sein Existenzminimum zu belassen (Hausheer/Reusser/Geiser, a. a. O., N. 27 zu Art. 159 ZGB). Damit kann keine Rede davon sein, dass bei Fehlen einer Unterhaltspflicht auch keine Beistandspflicht besteht, womit jede Grundlage für einen Prozesskostenvorschuss wegfiel.

(II. Zivilabteilung, 5P.346/2005, 15.11.2005, X c. Y und Obergericht des Kantons Bern; nicht in der AS publiziert. – Zusammenfassung Be)

Art. 32 BV, Art. 6 Ziff. 2 EMRK, § 189 Abs. 1 StPO/ZH; Kostenaufgabe bei Einstellung des Verfahrens

Wie das Bundesgericht festgehalten hat, ist es mit Art. 32 Abs. 1 BV und Art. 6 Ziff. 2 EMRK vereinbar, einem nicht verurteilten Angeschuldigten die Kosten dann aufzuerlegen, wenn er in zivil-

rechtlich vorwerfbarer Weise gegen eine Verhaltensnorm, die sich aus der Gesamtheit der schweizerischen Rechtsordnung ergeben kann, klar verstossen und dadurch das Strafverfahren veranlasst oder dessen Durchführung erschwert hat (BGE 119 Ia 332 E. 1b S. 334; 116 Ia 162 E. 2e S. 175, je mit Hinweisen). Hingegen verstösst eine Kostenaufgabe bei Freispruch oder Einstellung des Strafverfahrens gegen den Grundsatz der Unschuldsumutung, wenn dem Angeschuldigten in der Begründung des Kostenentscheids direkt oder indirekt vorgeworfen wird, er habe sich strafbar gemacht bzw. es treffe ihn ein strafrechtliches Verschulden (BGE 120 Ia 147 E. 3b S. 155).

Die Überbindung von Verfahrenskosten an den Angeschuldigten bei Freispruch oder Einstellung des Verfahrens hat Ausnahmeharakter (BGE 116 Ia 162 E. 2c S. 171; unveröffentlichtes Urteil 1P.705/2003 vom 27. Mai 2004, E. 3.5). Dieser Grundsatz wirkt sich auch auf den Umfang der Kostenpflicht aus, indem die Belastung mit Kosten nicht weiter gehen darf, als der Kausalzusammenhang zwischen dem fehlerhaften Verhalten, das dem Angeschuldigten vorgeworfen wird und den die Kosten verursachenden behördlichen Handlungen reicht (BGE 116 Ia 162 E. 2d/bb S. 174 f.; 109 Ia 160 E. 3a S. 163; unveröffentlichtes Urteil 1P.705/2003 vom 27. Mai 2004 E. 3.5; Robert Hauser/Erhard Schweri/Karl Hartmann, Schweizerisches Strafprozessrecht, 6. Auflage, Basel 2005, § 108 Rz 23; Andreas Donatsch/Niklaus Schmid, Kommentar zur Strafprozessordnung des Kantons Zürich, Zürich 2000, § 42 Rz 39). [. . .]

Die Strafkammer führt unter anderem aus, sowohl die Anklage als auch die Einstellungsverfügung vom 3. April 2000 würden auf demselben Sachverhalt basieren: Gegen den Beschwerdeführer sei eine Untersuchung wegen des Verdachts auf qualifizierte Geldwäscherei eröffnet worden. Es habe der Verdacht bestanden, er habe Gelder kriminellen Ursprungs aus dem Ausland in die Schweiz transportiert. Schon zu Beginn der Untersuchung sei die Nachforschung des Geldflusses als Untersuchungsziel genannt worden. Der Nachweis, dass die transportierten Gelder aus Verbrechen stammten, sei in der Folge misslungen, weshalb der Tatbestand der Geldwäscherei fallen gelassen und das diesbezügliche Verfahren eingestellt worden sei. Gleichzeitig sei Anklage gegen den Beschwerdeführer wegen mangelnder Sorgfalt bei Finanzgeschäften erhoben worden. Es sei offensichtlich, dass dem ursprünglich erhobenen Vorwurf der Geldwäscherei und dem letztlich zur Anklage gelangten Vorwurf ein und derselbe Lebenssachverhalt zugrunde gelegen habe.

Dieser Argumentation kann gefolgt werden. Sie macht deutlich, dass das im Sinne von § 189 Abs. 1 StPO/ZH «verwerfliche oder leichtfertige» – und zivilrechtlich durchaus vorwerfbare – Verhalten des Beschwerdeführers auch zur Untersuchung wegen Geldwäscherei begründeten Anlass gegeben hatte. Ziel der Unter-

Diese Rubrik enthält eine Auswahl der Rechtsprechung des Bundesgerichts und des Eidgenössischen Versicherungsgerichts unter Berücksichtigung von nicht zur Publikation vorgesehenen Entscheidungen, von Änderungen und Präzisierungen der Rechtsprechung sowie von Entscheidungen der kantonalen Gerichte und des Europäischen Gerichtshofes. Die Kurzfassungen werden jeweils in der Originalsprache des Urteils wiedergegeben.

Cette rubrique contient une sélection de la jurisprudence du Tribunal fédéral et du Tribunal fédéral des assurances tenant compte des décisions dont la publication n'est pas prévue, des changements de la jurisprudence, des décisions apportant une précision à la jurisprudence, ainsi que des décisions des tribunaux cantonaux et de la Cour de justice des Communautés européennes. Les résumés sont rédigés dans la langue originale du jugement.

suchungen in beiden Verfahren war, die genaueren Umstände des aussergewöhnlichen Geldflusses zu klären. Wäre der Beschwerdeführer vollumfänglich mangels genügender Beweise freigesprochen worden, hätten ihm die gesamten Untersuchungskosten rechtmässig und willkürfrei überwältigt werden können, wurden doch die Untersuchungen erst aufgrund seines zivilrechtlich vorwerfbaren Verhaltens notwendig. Folgerichtig kann nichts anderes gelten, wenn eines der beiden Strafverfahren, die in sehr engem Zusammenhang standen und durch dasselbe verwerfliche oder leichtfertige Verhalten des Beschwerdeführers ausgelöst worden waren, eingestellt wurde. Verfassungsrechtlich ist darum nicht zu beanstanden, dass die Strafkammer dem Beschwerdeführer die Kosten sowohl für das eingestellte Verfahren wegen Geldwäscherei als auch für das Verfahren wegen mangelnder Sorgfalt bei Finanzgeschäften auferlegt hat, war doch sein zivilrechtlich vorwerfbares Verhalten adäquat kausal für die insgesamt aufgelaufenen Untersuchungskosten.

(I. Öff.rechtl. Abt., 1P.580/2005, 25. 1. 2006, X c. Obergericht des Kantons Zürich; nicht in der AS publiziert. – Zusammenfassung *Be*)

Art. 9 und 29 Abs. 3 BV; unentgeltliche Rechtspflege (Aussichtslosigkeit einer Klage)

Als aussichtslos im Sinne von Art. 29 Abs. 3 BV sind Rechtsbegehren anzusehen, bei denen die Gewinnaussichten beträchtlich geringer sind als die Verlustgefahren und die deshalb kaum als ernsthaft bezeichnet werden können. Dagegen gilt ein Begehren nicht als aussichtslos, wenn sich Gewinnaussichten und Verlustgefahren ungefähr die Waage halten oder jene nur wenig geringer sind als diese. Massgebend ist, ob eine Partei, die über die nötigen finanziellen Mittel verfügt, sich bei vernünftiger Überlegung zu einem Prozess entschliessen würde; eine Partei soll einen Prozess, den sie auf eigene Rechnung und Gefahr nicht führen würde, nicht deshalb anstrengen können, weil er sie nichts kostet. Wie es sich damit verhält, prüft das Bundesgericht in rechtlicher Hinsicht mit freier Kognition (BGE 129 I 129 E. 2.3.1 S. 135 f.). [. . .]

Gemäss Art. 15 Abs. 1 lit. c GestG ist das Gericht am Wohnsitz einer Partei zwingend zuständig für Klagen über die güterrechtliche Auseinandersetzung, unter Vorbehalt von Art. 18 GestG, der für Klagen über die güterrechtliche Auseinandersetzung bei Tod eines Ehegatten das Gericht am letzten Wohnsitz des Erblassers als zuständig bezeichnet. Die Auffassung des Kantonsgerichts lässt sich auf den zitierten Kommentar stützen, wonach – entgegen dem an sich klaren Wortlaut von Art. 15 Abs. 1 lit. c GestG – wie bereits unter bisherigem Recht das Scheidungsgericht örtlich zur Beurteilung der güterrechtlichen Auseinandersetzung zuständig bleiben soll, wenn diese bei der Scheidung ausnahmsweise in ein Separatverfahren verwiesen werde (2.A. Bern 2005, N. 24 zu Art. 15 GestG). Davon abweichend halten andere Autoren dafür, Art. 15 Abs. 1 lit. c GestG erfasse gerade die Fälle, in denen das Güterrecht ausnahmsweise in ein Separatverfahren verwiesen werde. Damit sei klar gestellt, dass für die Behandlung des «ad separatum» verwiesenen Güterrechts nicht das Scheidungsgericht zuständig sein müsse, wie dies gemäss bisheriger Recht-

sprechung des Bundesgerichts grundsätzlich der Fall gewesen sei (Freiburghaus, Gerichtsstandsgesetz – Bedeutung für das Familienrecht, in: FamPra.ch 2001 S. 275 ff., S. 281; ebenso: M. Leuenberger, in: FamKommentar, Bern 2005, N. 2 a zu Art. 135 ZGB/ Art. 15 GestG; Ch. Leuenberger, Basler Kommentar, 2002, N. 7 zu Art. 135 ZGB, mit Hinweisen auf gleichlautende Kommentare und Lehrmeinungen zum GestG; gl. M. auch Donzallaz, Commentaire de la loi fédérale sur les fors en matière civile, Bern 2001, S. 412/413).

Entgegen der Darstellung des Beschwerdeführers erscheint die kantonsgerichtliche Rechtsanwendung nicht als willkürlich, zumal sie sich auf einen Teil der Lehrmeinungen stützen kann, mögen diese auch nicht unbestritten sein (z. B. BGE 127 III 232 E. 3 a S. 234; 126 III 438 E. 4 b und 5 S. 444; 122 III 439 E. 3 b S. 442/443) oder überwiegen (z. B. BGE 104 II 249 E. 3 b S. 252 mit Hinweis). Begründet ist dagegen der Vorwurf des Beschwerdeführers, dass in Anbetracht der Rechtslage, die weder als eindeutig noch als unumstritten gelten kann, nicht von offensichtlicher Unzuständigkeit des angerufenen Gerichts und deshalb auch nicht von aussichtslosen Klagebegehren hätte ausgegangen werden dürfen. Die örtliche Zuständigkeit des angerufenen Gerichts am Wohnsitz des Beschwerdeführers bedarf nach dem Gesagten vertiefter Abklärung und kann nicht – im Rahmen bloss summarischer Prüfung (BGE 88 I 144 S. 145; 124 I 304 E. 4 a S. 308/309) – der Erfolgsaussichten verneint werden.

(II. Zivilabteilung, 5P.442/2005, 27. 1. 2006, X. c. Kantonsgericht St. Gallen; nicht in der AS publiziert. – Zusammenfassung *Be*)

Art. 19 Abs. 2 und 3 BV; Verweigerung des rechtlichen Gehörs, unentgeltliche Rechtspflege (Bedürftigkeit)

Nach der Rechtsprechung zu Art. 4 aBV, die sich ohne weiteres auf Art. 29 Abs. 3 BV übertragen lässt, gilt als bedürftig, wer die Kosten eines Prozesses nicht aufzubringen vermag, ohne die Mittel anzugreifen, deren er zur Deckung des notwendigen Lebensunterhaltes für sich und seine Familie bedarf. Die prozessuale Bedürftigkeit beurteilt sich nach der gesamten wirtschaftlichen Situation des Rechtsuchenden im Zeitpunkt der Einreichung des Gesuchs. Dazu gehören einerseits sämtliche finanziellen Verpflichtungen, andererseits die Einkommens- und Vermögensverhältnisse (BGE 120 Ia 179 E. 3 a S. 181; 124 I 1 E. 2 a S. 2, je mit Hinweisen). Die angemessene Berücksichtigung allfälligen Vermögens setzt indes voraus, dass dieses bei der Einreichung des Gesuchs bereits vorhanden bzw. verfügbar ist und nicht erst nach Abschluss des Prozesses realisiert werden kann (BGE 118 Ia 369 E. 4 b S. 471; vgl. Frank/Sträuli/Messmer, Kommentar zur zürcherischen Zivilprozessordnung, 3. Aufl. Zürich 2000, N. 11 zu § 84 ZPO/ZH). Laut dem angefochtenen Urteil wurde der bei der Ermittlung der Bedürftigkeit berücksichtigte Betrag von Fr. 20 000.– erst im Scheidungsurteil vom 31. August 2005 zugesprochen; auch hatte der Ehemann der Beschwerdeführerin diesen Betrag erst innert einer Frist von 30 Tagen ab Rechtskraft des Urteils zu leisten, so dass dieses Vermögen im Zeitpunkt des Gesuchs nicht verfügbar war. Das trifft auch auf den Einkommensanteil von Fr. 1000.– zu. Bei einer Berücksichtigung des im Zeit-

punkt des Gesuchs vorhandenen Einkommens von Fr. 3510.75 und des prozessualen Notbedarfs von Fr. 4665.45 ergibt sich damit – wie die Beschwerdeführerin zu Recht rügt – ein Manko von rund Fr. 1150.–, womit die Beschwerdeführerin nicht in der Lage war, für die Kosten des Verfahrens aufzukommen. War die Beschwerdeführerin aber zum massgebenden Zeitpunkt bedürftig, erweist sich der Vorwurf der Verletzung von Art. 29 Abs. 3 BV als begründet. [...]

Zwar hat eine Partei gestützt auf Art. 29 Abs. 2 BV grundsätzlich keinen Anspruch, zur rechtlichen Würdigung, oder ganz allgemein zur juristischen Begründung des Entscheids, angehört zu werden. Anders verhält es sich jedoch, wenn das Gericht seine Entscheidung auf juristische Argumente abstützen gedenkt, die im vorangegangenen Verfahren nicht zur Sprache gekommen sind und mit deren Berücksichtigung auch nicht gerechnet werden musste. Diesfalls hat das Gericht der durch die beabsichtigte Begründung beschwerten Partei Gelegenheit einzuräumen, dazu Stellung zu nehmen (BGE 115 Ia 96 E. 1b; 116 V 182 E. 1a S. 185). Im vorliegenden Fall ist die Frage des Prozesskostenvorschusses weder in der erstinstanzlichen Verfügung angesprochen worden, noch hat die Beschwerdeführerin mit diesem Argument rechnen müssen, zumal sich auch das Scheidungsgericht dazu in keiner Weise ausgelassen hat. Eine Anhörung zu diesem Punkt vor der angefochtenen Entscheidung hätte sich daher aufgedrängt, dies um so mehr, als die Beschwerdeführerin im Scheidungsverfahren einen Antrag auf Zuspreehung eines Kostenvorschusses gestellt hatte, das Massnahme- bzw. das Scheidungsgericht überhaupt nicht darauf eingegangen war und somit auch nicht feststand, ob der Ehemann zur Leistung eines solchen Vorschusses in der Lage gewesen wäre. Indem die Justizkommission von einer Anhörung absah, hat sie den Gehörsanspruch der Beschwerdeführerin verletzt.

(II. Zivilabteilung, 5P.433/2005, 30.1.2006, X c. Obergericht des Kantons Zug; nicht in der AS publiziert. – Zusammenfassung *Be*)

Art. 9 BV etc.; Anfechtung der Wahl einer Prozessbeiständin

Das Gebot, nach Treu und Glauben zu handeln, gehört zu den Grundlagen der schweizerischen Rechtsordnung. Es gilt auch im Prozessrecht (BGE 105 II 149 E. 3 S. 155; 102 II 12 E. 2b S. 16; 101 Ia 39 E. 3 S. 44). Bezieht sich das Verbot des Rechtsmissbrauchs wie vorliegend auf das vom kantonalen Recht beherrschte Verfahrensrecht, dann handelt es sich um einen kantonalrechtlichen Grundsatz, der im Verfahren der staatsrechtlichen Beschwerde überprüft werden kann (BGE 111 II 62 E. 3 S. 66). Den Sachverhalt und die Beweiswürdigung überprüft das Bundesgericht auf Willkür hin (BGE 119 Ia 3 E. 3a S. 366 mit Hinweisen). Die Feststellung des Kantonsgerichts, es sei offensichtlich, dass nicht die Kinder, sondern die Mutter den Rekurs an seine Instanz verfasst hat, ist nicht willkürlich. Es bedurfte dazu keines weiteren Beweisverfahrens. Das Kantonsgericht hat mit Grund auf Stil und Inhalt der «Kinderbriefe» hingewiesen, die in einer eigentlichen Kanzleisprache gehalten und mit zahlreichen Gesetzesziten, Literaturhinweisen sowie lateinischen Wendun-

gen versetzt sind. Die Meinung des Kantonsgerichts, es sei schlicht undenkbar, dass Kinder im Alter von 11 und 10 Jahren diese Texte selber verfasst oder auch nur richtig verstanden haben können, ist vor dem Willkürverbot haltbar. Das Bundesgericht hat zwar schon anerkannt, dass ein 12-jähriges Kind selber oder durch einen gewillkürten Vertreter gegen die zwangsweise Durchsetzung des Besuchsrechts Beschwerde führen kann (BGE 120 Ia 369 S. 371). Hier geht es indessen nicht um die Prozessfähigkeit der Kinder. Vielmehr hat die Mutter den Rekurs aufgrund der nicht willkürlichen Feststellungen des Kantonsgerichts allein aufgesetzt und anschliessend den beiden Kindern zur Signatur vorgelegt, ja förmlich unterschoben. Das Kantonsgericht hat mit Grund ausgeführt, sie betreibe einen Etikettenschwindel, habe die Kinder als willenlose Werkzeuge benutzt und sie zu ihrem eigenen Sprachrohr gemacht. Aufgrund dieser willkürfreien Feststellungen hat die Mutter durch ihre Manipulation gegen den Grundsatz von Treu und Glauben im Verfahren verstossen. Der gleiche Mangel haftet im Übrigen auch der staatsrechtlichen Beschwerde an, welche ganz offensichtlich von der Mutter verfasst worden ist. Diese versteckt sich hinter ihren Kindern und hat eine Eingabe verfasst, die nicht im wohlverstandenen Interesse der Kinder liegt, geht es doch – wie ausgeführt – um das Bestellen einer Prozessvertreterin, welche die Interessen der Kinder wenn nötig auch gegen den Willen der Mutter durchzusetzen hat. Indem die Mutter zur Beschwerdeführung die Kinder vorschob, handelt sie treuwidrig, so dass auf die staatsrechtliche Beschwerde auch aus diesem Grund nicht eingetreten werden kann.

(II. Zivilabteilung, 5P.407/2005, 31.1.2006, X und Y c. V und W und Kantonsgericht St. Gallen; nicht in der AS publiziert. – Zusammenfassung *Be*)

Art. 29 Abs. 2 BV; rechtliches Gehör

Die Beschwerdegegner machten in ihrer Beschwerdeantwort ans Verwaltungsgericht vom 18. Oktober 2005 substantiierte Ausführungen sowohl zum Sachverhalt als auch zur Rechtslage. Die Gemeinde Rorbas liess sich am 1. November 2005 ebenfalls vernehmen und stellte mit einer kurzen Begründung den Antrag, die Beschwerde unter Kosten- und Entschädigungsfolgen zu Lasten der Beschwerdeführer abzuweisen. Die beiden Eingaben sind nicht von vornherein ungeeignet, den Verfahrensausgang zu beeinflussen, weshalb das Verwaltungsgericht nach der oben dargelegten Rechtsprechung des Bundesgerichts zu Art. 29 Abs. 2 BV verpflichtet gewesen wäre, dem Beschwerdeführer Gelegenheit einzuräumen, sich dazu zu äussern. Das Verwaltungsgericht stellte dem Beschwerdeführer am 8. November 2005 die Beschwerdeantwort sowie die Vernehmlassung der Gemeinde Rorbas in Kopie zu, versehen mit folgendem Stempelaufdruck: «Geht an die Gegenpartei zur Kenntnisnahme. Ein 2. Schriftenwechsel ist nicht angeordnet worden», und fällte am 16. November 2005 sein Urteil. Mit dem Hinweis, es sei kein 2. Schriftenwechsel angeordnet worden, hat es einerseits ausgedrückt, dass eine Stellungnahme des Beschwerdeführers unerwünscht wäre bzw. dass dieser damit rechnen müsste, eine solche würde als «unverlangte Eingabe» aus dem Recht gewiesen. Der Be-

schwerdeführer musste zudem nicht damit rechnen, dass das Verwaltungsgericht bereits 8 Tage nach der Zustellung der Beschwerdeantwort seinen Entscheid fällen würde; es kann ihm daher nicht vorgeworfen werden, er habe es versäumt, vor dem Erlass des Urteils das Recht einzufordern, zur Beschwerdeantwort Stellung zu nehmen. Mit dem gerügten Vorgehen hat das Verwaltungsgericht somit nach der oben dargelegten Rechtsprechung den verfassungsrechtlichen Anspruch des Beschwerdeführers verletzt, zur Beschwerdeantwort und der Vernehmlassung der Gemeinde Rorbas Stellung nehmen zu können; die Rüge ist begründet.

(I. Öff.rechtl. Abt., 1P.798/2005, 8.2.2006, AX c. Y, Gemeinde Rorbas und Verwaltungsgericht des Kantons Zürich; nicht in der AS publiziert. – Zusammenfassung Be)

Art. 9 und 29 Abs. 3 BV; unentgeltliche Rechtspflege (Bedürftigkeit)

Obwohl weder die Scheidung streitig ist noch in finanzieller Hinsicht besondere Abklärungsbedürfnisse bestehen, behauptet die Beschwerdeführerin, es handle sich um ein kostspieliges Verfahren mit anfallenden Gerichts- und Anwaltskosten von ca. Fr. 15 000.–. Sie widerspricht damit der Kostenschätzung des Kreisgerichtspräsidenten, ohne substantiierte Willkür rügen zu erheben (Art. 90 Abs. 1 lit. b OG; vgl. BGE 125 I 71 E. 1 c S. 76). Es ist deshalb von einem auf die Beschwerdeführerin entfallenden Anteil an Gerichtskosten von Fr. 2500.– und Anwaltskosten von Fr. 6300.– auszugehen, insgesamt somit von Fr. 8800.– oder rund Fr. 17 500.– für beide Parteien. Hinzuzählen sind die Kosten der Beschwerdeführerin für das Verfahren der unentgeltlichen Rechtspflege, die sie auf rund Fr. 2000.– (Gerichts- und Anwaltskosten) beziffert. Die zu erwartenden Prozesskosten im Scheidungsverfahren können damit willkürfrei auf rund Fr. 20 000.– für beide Parteien geschätzt werden. Mit seinem Einkommensfreibetrag von rund Fr. 1600.– vermag der Ehemann die mutmasslichen Gerichts- und Anwaltskosten von rund Fr. 20 000.– in dreizehn Monatsraten zu bevorschussen. Es verletzt unter diesen Umständen kein Verfassungsrecht, dass das Obergericht die Bedürftigkeit der Beschwerdeführerin verneint und die Beschwerdeführerin auf die Prozesskostenvorschusspflicht des Ehemannes verwiesen hat.

(II. Zivilabteilung, 5P.441/2005, 9.2.2006, X c. Obergericht des Kantons Bern; nicht in der AS publiziert. – Zusammenfassung Be)

Art. 9 und 29 Abs. 3 BV, Art. 6 Ziff. 3 lit. c EMRK; Anspruch auf unentgeltliche Rechtspflege (tatsächliche oder rechtliche Schwierigkeiten)

Voraussetzung für den Anspruch auf unentgeltlichen Rechtsbeistand in relativ schweren Fällen ist nach der Rechtsprechung, dass sich besondere tatsächliche oder rechtliche Schwierigkeiten stellen. Davon ist auszugehen, wenn die körperlich und seelisch kranke und drogensüchtige Angeschuldigte wegen qualifizierter Betäubungsmitteldelikte bestraft werden soll und der Widerruf des bedingten Strafvollzugs für eine siebentägige Haftstrafe möglich ist (BGE 120 Ia 43); wenn vier verschiedene Straftatbestände betroffen (Grenzverrückung, einfache Körperverletzung,

Sachbeschädigung, Drohung), die Sachverhalte umstritten sind und sich der Angeschuldigte aufbrausend und jähzornig verhält (BGE 115 Ia 103); wenn bei der Einsprache gegen einen Strafbefehl eine Straferhöhung («reformatio in peius») droht und die Angeschuldigte in einem aufgewühlten seelischen Zustand ist (Urteil 1P.627/2002 vom 4. März 2003 in Praxis 2004 S. 1 ff.).

Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte hat eine Verletzung des Rechts auf einen unentgeltlichen Verteidiger gemäss Art. 6 Ziff. 3 lit. c EMRK festgestellt, nachdem einem jungen Mann die unentgeltliche Verbeiständung im Strafverfahren verweigert worden war. Der 23-jährige Angeschuldigte war wegen qualifizierten Betäubungsmitteldelikten angeklagt und mit einer bedingten Freiheitsstrafe von 10 Monaten vorbestraft; er befand sich zudem in einer schwierigen persönlichen Lage, weil er die Berufslehre abgebrochen hatte, als Arbeitsloser von der öffentlichen Fürsorge lebte und Haschisch konsumierte (Urteil Quaranta gegen Schweiz vom 24. Mai 1991, Série A, vol. 205, Ziff. 33–35 = VPB 1991 S. 428 f., deutsch in Praxis 1992 S. 267 f.). Der Gerichtshof führte als weiteres Argument die gesetzlich angedrohte Höchststrafe von drei Jahren an. Das Bundesgericht ist dieser «abstrakten» Betrachtung der Höchststrafe nicht gefolgt, weil sonst auch bei geringfügigen Vergehen (Bagatelldelikten) ein Anspruch auf unentgeltliche Verbeiständung bestünde. Hingegen hat es die übrigen Umstände als spezielle Schwierigkeiten rechtlicher und tatsächlicher Natur anerkannt (BGE 120 Ia 43 E. 2b S. 45 f. und E. 3b S. 47).

[Erwägungen zum konkreten Fall.]

(I. Öff.rechtl. Abt., 1P.675/2005, 14.2.2006, X c. Kantonsgericht Basel-Landschaft; nicht in der AS publiziert. – Zusammenfassung Be)

■ Verwaltungsrecht / Droit administratif (II)

Art. 9 et 29 al. 2 Cst.; procédure civile, délai, principe de la bonne foi, obligation de motiver

Ancré à l'art. 9 Cst., le principe de la bonne foi exige que l'administration et les administrés se comportent réciproquement de manière loyale. En particulier, l'administration doit s'abstenir de tout comportement propre à tromper l'administré et elle ne saurait tirer aucun avantage des conséquences d'une incorrection ou insuffisance de sa part. A certaines conditions, le citoyen peut ainsi exiger de l'autorité qu'elle se conforme aux promesses ou assurances qu'elle lui a faites et ne trompe pas la confiance qu'il a légitimement placée dans celles-ci. De la même façon, le droit à la protection de la bonne foi peut aussi être invoqué en présence, simplement, d'un comportement de l'administration susceptible d'éveiller chez l'administré une attente ou une espérance légitime (ATF 129 II 361). Le principe de la bonne foi peut également commander la restitution d'un délai de péremption lorsque l'administration a, par son seul comportement, fait croire que le dépôt formel d'une demande n'était pas nécessaire (ATF 124 II 265). Par ailleurs, la jurisprudence a tiré à la fois du principe de la bonne foi et de l'interdiction du formalisme excessif le devoir qui s'impose à l'administration, dans certaines cir-

constances, d'informer d'office le plaideur qui commet ou s'apprête à commettre un vice de procédure, à condition que le vice soit aisément reconnaissable et qu'il puisse être réparé à temps (ATF 124 II 265). Valant pour l'ensemble de l'activité étatique (ATF 129 II 361), le principe de la bonne foi régit aussi les rapports entre les autorités judiciaires et les justiciables. Le rejet de la troisième requête de prolongation de la recourante est fondé sur l'art. 34 CPC/VD. Aux termes de l'al. 2 de cette disposition, les délais qui ne sont pas fixés dans la loi peuvent être prolongés par le juge; une seconde prolongation ne peut être accordée que pour des motifs importants, consignés au procès-verbal. Le juge ne peut octroyer des prolongations ultérieures qu'exceptionnellement, après avoir recueilli la détermination de la partie adverse (art. 34 al. 3 CPC/VD). En résumé, la première prolongation est automatique, la seconde suppose des motifs importants et la troisième est exceptionnelle, ne pouvant du reste être accordée sans que la partie adverse ait été entendue. Par exemple, une troisième prolongation sera octroyée lorsque l'avocat a résilié son mandat et que la partie concernée se trouve dans l'impossibilité de consulter utilement un nouveau conseil avant l'expiration du délai (Poudret/Haldy/Tappy, Procédure civile vaudoise, 3^e éd., n. 1 ad art. 34). Lorsqu'elle prétend avoir cru disposer de motifs justifiant une troisième prolongation, la recourante oublie qu'elle n'a précisément pas motivé sa requête du 30 mai 2005, se bornant à invoquer des «raisons indépendantes de [sa] volonté». Or, l'absence de motivation permettait assurément de refuser une troisième prolongation du délai pour effectuer l'avance de frais et faire valoir les moyens de recours. Dès lors qu'elle avait elle-même présenté des motifs à l'appui de sa deuxième demande de prolongation, la recourante, même non juriste, ne pouvait ignorer qu'une nouvelle requête nécessitait, a fortiori, une motivation en bonne et due forme, et non la simple évocation de «raisons indépendantes de [sa] volonté».

(1^{re} Cour civile, 4P.188/2005 et 4P.214/2005, 23. 12. 2005, A. c/ X., Président de la Chambre des recours du Tribunal cantonal VD, Palais de justice de l'Hermitage VD et X, Chambre des recours du Tribunal cantonal VD, Palais de justice de l'Hermitage VD; non publié dans le RO. – Condensé Bû)

■ Zivilrecht und SchKG / Droit civil et poursuite pour dettes et faillite (III)

Art. 9 et 29 al. 2 Cst.; Assistance judiciaire

La jurisprudence fédérale retient qu'un procès est dénué de chances de succès lorsque les perspectives de le gagner sont notablement plus faibles que les risques de le perdre et qu'elles ne peuvent être considérées comme sérieuses, au point qu'un plaideur raisonnable et de condition aisée renoncerait à s'y engager en raison des frais qu'il s'exposerait à devoir supporter; il ne l'est en revanche pas lorsque les chances de succès et les risques d'échec sont à peu près égaux ou lorsque les premières ne sont que de peu inférieures aux seconds (ATF 129 I 129; 128 I 225). L'élément déterminant réside dans le fait que l'indigent ne doit pas se lancer, parce qu'il plaide aux frais de la collectivité, dans des démarches vaines qu'une personne raisonnable n'entreprend

rait pas si, disposant de moyens suffisants, elle devait les financer de ses propres deniers (ATF 129 I 129). Dans sa demande en libération de dette, la recourante, qui ne pouvait agir qu'en tant que «conjoint du débiteur», et non pas de «débiteur», ne conteste pas la qualité de débiteur de son mari. Elle n'avance pas plus un quelconque argument à l'encontre de la créance en poursuite, à savoir celle de Z. contre son mari fondée sur la cédula hypothécaire, et du droit de gage immobilier. Bien plus, à la lecture de la cédula hypothécaire, il ressort que la recourante a expressément consenti à sa constitution, soit à la créance abstraite et au droit de gage, tous deux incorporés dans le papier-valeur. La recourante ne se prévaut pas davantage d'une violation de l'art. 169 CC. Elle ne fait donc valoir aucun moyen propre à remettre en cause le fondement de la poursuite. Par ailleurs, en argumentant sur son absence de qualité de débitrice du prêt hypothécaire, ce indifféremment pour les deux poursuites dont il est question, la recourante méconnaît que l'objet de la poursuite n° 2 est la créance abstraite incorporée dans la cédula hypothécaire, et non pas celle causale résultant du prêt hypothécaire. Enfin, elle ignore la portée de l'art. 153 al. 2 LP, sur la base duquel le commandement de payer dans la poursuite susmentionnée lui a été notifié, qui n'a en aucun cas pour effet de conférer au conjoint la qualité de débiteur. Sur le vu de l'ensemble de ces éléments et, indépendamment du fait de savoir si la recourante peut agir en libération de dette, il est patent que l'action introduite est dépourvue de chances de succès.

(1^{re} Cour civile, 4P.264/2005, 17. 1. 2006, A. c/ Département des institutions et des relations extérieures VD, Bureau de l'assistance judiciaire VD; non publié dans le RO. – Condensé Bû)

Art. 6 und 7 GestG, Art. 22 LugÜ; sachlicher Zusammenhang bei Gerichtsstandsfragen, Ehescheidungsprozess

Das Gesetz enthält keine Definition des Begriffs des «sachlichen Zusammenhangs». Die Botschaft des Bundesrates zum Gerichtsstandsgesetz führt aus, dass die Konnexität der Prozesse so eng sein muss, dass eine Vermeidung widersprüchlicher Urteile geboten erscheint. Sie verweist weiter auf die Art. 6 und Art. 7 GestG, welche den gleichen Begriff verwenden, und hält fest, dass hier wie dort nicht irgendein Zusammenhang genügt, sondern die erforderliche Konnexität nur gegeben ist, wenn den verschiedenen Klagen gleichartige faktische Umstände bzw. Rechtsfragen zu Grunde liegen (BBl 1999 III 2872). Zu beachten ist zudem, dass Art. 22 LugÜ als Vorbild für Art. 36 GestG diene, welcher eine Umschreibung enthält, wann mehrere, bei verschiedenen Gerichten erhobene Klagen als zusammenhängend zu betrachten sind. Es erscheint naheliegend, an diese Formulierung anzulehnen (vgl. BGE 129 III 80 E. 2.2 S. 84; Thomas A. Castelberg, a. a. O., S. 150; Kellerhals/Güntherich, Gerichtsstandsgesetz, N. 4 zu Art. 36 GestG). Nach dieser Bestimmung stehen Klagen im Zusammenhang, wenn zwischen ihnen eine so enge Beziehung gegeben ist, dass eine gemeinsame Verhandlung und Entscheidung geboten erscheint, um zu vermeiden, dass in getrennten Verfahren widersprechende Entscheidungen ergehen könnten (Art. 22

Abs. 3 LugÜ). Art. 36 GestG verlangt – anders als Art. 35 GestG – nicht die Identität des Streitgegenstandes. Im Rahmen der Scheidungsklage ist auch über die Nebenfolgen der Scheidung zu entscheiden: Dabei sind namentlich bei der Frage des nahehelichen Unterhalts nach Art. 125 Abs. 2 Ziff. 5 ZGB das Einkommen und Vermögen der Ehegatten zu berücksichtigen. Zum Vermögen zählt das Ergebnis der güterrechtlichen Auseinandersetzung. Von diesem kann zudem nach Art. 123 Abs. 2 ZGB die Regelung der Ansprüche aus der beruflichen Vorsorge abhängig sein (vgl. auch BGE 129 III 7 E. 3.1.2. S. 9; 130 III 537 E. 4 S. 544 f.). Daraus ergibt sich ohne weiteres, dass zwischen dem Verfahren der güterrechtlichen Auseinandersetzung und der Scheidungsklage ein sachlicher Zusammenhang besteht.

(II. Zivilabteilung, 5C.245/2005, 24. 1. 2006, X c. Y und Obergericht des Kantons Thurgau; Publikation in der AS vorgesehen. – Zusammenfassung *Be*)

Art. 5 al. 1 ORC, 106, al. 1 OJ; délai de recours, reprise de la procédure

En vertu de l'art. 5 al. 1 ORC, les décisions et les jugements des autorités cantonales statuant en dernière instance, ainsi que les décisions de l'Office fédéral, peuvent faire l'objet d'un recours de droit administratif au Tribunal fédéral en application des art. 97 et 98 let. g OJ. Il découle de l'art. 106 al. 1 OJ que le délai pour déposer un tel recours contre une décision incidente est de dix jours dès la notification. Dans l'indication des moyens de droit se trouvant à la fin de l'arrêt attaqué, il est mentionné, de manière erronée, que les parties peuvent recourir au Tribunal fédéral dans un délai de trente jours. L'art. 107 al. 3 OJ prévoit qu'une notification irrégulière, notamment le défaut d'indication ou l'indication incomplète ou inexacte des voies de droit, ne peut entraîner aucun préjudice pour les parties. La jurisprudence a précisé que ne peut se prévaloir d'une indication inexacte des voies de droit la partie qui connaît l'erreur ou qui aurait pu la déceler par la seule lecture du texte légal. Les parties ne bénéficient d'aucune protection découlant du principe de la confiance lorsqu'elles-mêmes ou leurs représentants auraient pu s'apercevoir du vice simplement en consultant les dispositions pertinentes de procédure (ATF 124 I 255). En l'espèce, les recourants sont représentés par un avocat. Le caractère incident de l'arrêt attaqué, qui confirme une décision du préposé au registre du commerce tendant à reprendre une procédure qu'il avait suspendue, n'est pas discutable. Du reste, dans leur recours au Tribunal fédéral, les recourants ont pris des conclusions de nature préjudicielle, puisqu'ils ont demandé le maintien de la suspension prononcée en juillet 2004, dans l'attente d'une décision de la CourEDH. Dans ces circonstances, on peut se demander si le mandataire des recourants n'aurait pas dû détecter l'indication erronée du délai de recours figurant par inadvertance sur l'arrêt attaqué et agir dans le délai légal de dix jours prévu à l'art. 106 al. 1 OJ pour les décisions incidentes. Cette question peut toutefois demeurer indécise, dès lors que le recours doit de toute manière être déclaré irrecevable pour un autre motif (absence de préjudice irréparable).

(I^{re} Cour civile, 4A.5/2005, 27. 1. 2006, X. S. A., A., B c/ Préposé cantonal au registre du commerce VD, Chambre des recours du Tribunal cantonal VD; non publié dans le RO. – Condensé *Bü*)

■ Strafrecht und Strafvollzug / Droit pénal et exécution des peines (IV)

Art. 41 Ziff. 3 Abs. 2 StGB; Widerruf des bedingten Strafvollzugs, leichter Fall

Nach der Rechtsprechung ist ein leichter Fall im Sinne von Art. 41 Ziff. 3 Abs. 2 StGB in der Regel bei Freiheitsstrafen bis zu drei Monaten anzunehmen; Ausnahmen sind möglich bei besonderen (objektiven oder subjektiven) Umständen, die nicht bereits für den Schuldspruch oder die Bemessung der Strafe bestimmend waren (BGE 117 IV 97 E. 3; nicht publizierte E. 3 von BGE 128 IV 237). Somit kann auch bei Freiheitsstrafen von über drei Monaten unter gewissen Umständen (siehe im Einzelnen BGE 117 IV 97 E. 3 c/dd) ein leichter Fall vorliegen. Die Annahme eines leichten Falles kommt jedoch nur in Betracht, wenn die Freiheitsstrafe in der Nähe von drei Monaten liegt. Das Bundesgericht hat deshalb einen leichten Fall bei einer Gefängnisstrafe in der Grössenordnung von sieben Monaten verneint (BGE 122 IV 156 E. 3 c), hingegen bei einer Gefängnisstrafe von fünf Monaten für zwei Vergehen angenommen, ein leichter Fall könne unter Umständen in Betracht kommen (Urteil 6S. 830/1997 vom 2. März 1998). In Anbetracht der gegen den Beschwerdeführer ausgefallenen Gefängnisstrafe von acht Monaten hat die Vorinstanz einen leichten Fall mit Recht verneint. Im Übrigen liegen keine Umstände vor, bei welchen nach der Rechtsprechung ausnahmsweise auch bei einer Strafe von mehr als drei Monaten ein leichter Fall angenommen werden kann. Der Beschwerdeführer macht selber nicht geltend, dass ausnahmsweise selbst bei einer Gefängnisstrafe von acht Monaten noch ein leichter Fall vorliegen könne und eine solche Ausnahmesituation hier gegeben sei. Er behauptet einzig, dass für die neuen Straftaten eine Gefängnisstrafe von lediglich vier Monaten angemessen und bei einer solchen Strafe ausnahmsweise noch ein leichter Fall gegeben sei. Die Gefängnisstrafe von acht Monaten hält sich indessen gemäss den vorstehenden Erwägungen im Rahmen des sachrichterlichen Ermessens. [. . .]

Der Beschwerdeführer macht (in der staatsrechtlichen Beschwerde) geltend, es liege ein Widerspruch darin, dass die Vorinstanz einerseits beim Entscheid über den Widerruf des bedingten Vollzugs der Vorstrafe eine günstige Prognose verneint und andererseits beim Entscheid über die Gewährung des bedingten Vollzugs für die neue Strafe eine günstige Prognose bejaht habe. Die Rüge ist schon deshalb unbegründet, weil der bedingte Strafvollzug gemäss Art. 41 Ziff. 3 Abs. 2 StGB mangels Vorliegens eines leichten Falles zu widerrufen und daher nicht zu prüfen war, ob im Sinne der zitierten Bestimmung begründete Aussicht auf Bewährung besteht. Die voraussichtlichen Wirkungen des Vollzugs dieser Strafe mussten aber beim Entscheid über die Gewährung des bedingten Vollzugs für die neue Strafe berücksichtigt werden (BGE 116 IV 177).

(Kassationshof, 6P.98/2005 und 6S. 319/2005, 3. 2. 2006, X c. Obergericht des Kantons Zürich; Publikation in der AS vorgesehen. – Zusammenfassung *Be*)

Art. 29 et 31 Cst.; prolongation de la détention préventive

La preuve de la notification au recourant de la demande de prolongation n'a pas pu être apportée par l'autorité, qui doit en assumer les conséquences. Pour sa part, le recourant n'avait pas à s'enquérir du dépôt d'une nouvelle demande de prolongation puisque toutes les requêtes formées jusque-là par le Juge d'instruction lui avaient été communiquées d'office. Force est par conséquent de reconnaître que le recourant n'a pas eu l'occasion de s'exprimer avant la prolongation de sa détention, ce qui viole son droit d'être entendu.

(1^{re} Cour de droit public, 1P.82/2005, 14.2.2006, A. c/ Juge d'instruction de La Chaux-de-Fonds, Ministère public NE, Chambre d'accusation du Tribunal cantonal NE; non publié dans le RO. – Condensé Bû)

Art. 9 Cst.; indemnité du défenseur d'office

La fixation de l'indemnité allouée à l'avocat d'office pour son activité devant les juridictions cantonales relève en principe du droit cantonal (cf. ATF 110 V 360 consid. 1 b p. 362). L'avocat d'office a cependant droit au remboursement intégral de ses débours ainsi qu'à une indemnité s'apparentant aux honoraires perçus par le mandataire plaçant aux frais de son client. Pour fixer cette indemnité, l'autorité doit tenir compte de la nature et de l'importance de la cause, des difficultés particulières que celle-ci peut présenter en fait et en droit, du temps que l'avocat lui a consacré, de la qualité de son travail, du nombre des conférences, audiences et instances auxquelles il a pris part, du résultat obtenu et de la responsabilité qu'il a assumée. La cour cantonale a admis que le temps durant lequel le recourant a dû attendre le début des audiences du juge d'instruction par rapport à l'heure de convocation soit intégré à celui consacré aux séances pour autant qu'il reste dans un rapport raisonnable. Elle a toutefois réduit le montant indiqué à ce titre, qu'elle a tenu pour excessif, à 170 minutes, en précisant que ce chiffre prenait en compte le temps consacré à la relecture des procès-verbaux. Le temps d'attente précédant le début effectif des audiences ne saurait être assimilé à du temps consacré inutilement à l'affaire, puisque les parties et leurs conseils ont l'obligation de se présenter à l'heure indiquée dans la convocation (cf. arrêt du Tribunal administratif du canton de Genève du 11 avril 1995, cité à la SJ 1997 p. 18, où le temps d'attente des clients est considéré comme du temps de travail pour les chauffeurs de taxis). La position de l'autorité consistant à ne retenir qu'une partie du temps d'attente est en soi insoutenable, car elle revient à pénaliser sans raison objective l'avocat qui est ponctuel.

(1^{re} Cour de droit public, 1P.713/2005, 14.2.2006, A. c/ Cour d'appel pénal FR; non publié dans le RO. – Condensé Bû)

DIE PRAXIS

BUNDESGERICHT
EVG
EGMR

Neben weiteren, nicht in der Amtlichen Sammlung publizierten Entscheiden sowie umfassenden Hinweisen auf die aktuellsten Leitentscheide des Bundesgerichts und des EVG, die innerhalb des letzten Monats im Internet zugänglich gemacht worden sind, enthält die Mai-Ausgabe 2006 der **Praxis** Übersetzungen der unten aufgeführten BGE ins Deutsche.

BGE	Praxis	Gegenstand
131 I 126	Nr. 48	Obligatorisches Referendum bei Sanierungsmassnahmen im kantonalen Finanzhaushalt; Abstimmungsmodalitäten
131 II 329	Nr. 52	Verlängerung der Aufenthaltsbewilligung von Ausländern im Strafvollzug; Zeitpunkt des Entscheids; Freizügigkeitsabkommen
131 II 361	Nr. 53	Entschädigung bei Diskriminierung in der Ablehnung einer Anstellung; klare gesetzliche Grundlage für starre Quoten bei der Anstellung (Frauenquoten)
131 III 227	Nr. 57	Paulianische Anfechtungsklage; Gerichtsstand; Nicht-Anwendbarkeit des Lugano-Übereinkommens
131 III 542	Nr. 55	Anzeigepflichtverletzung bei Abschluss eines Versicherungsvertrags; erschlissene Berufsausübungsbewilligung
131 III 566	Nr. 54	Hauswartvertrag; anwendbares Recht; Kündigungsfrist; Mietzinserhöhung
131 IV 160	Nr. 59	Üble Nachrede durch die Presse; Auslegung von Art. 173 StGB im Lichte der Medienfreiheit; Relevanz grafischer Gestaltungselemente im Gesamtzusammenhang
131 V 42	Nr. 60	Mittels Einsprache anfechtbare Verfügungen sowie prozess- und verfahrensleitende Verfügungen; Abgrenzung; Nichteintretensverfügung wegen Verletzung von Mitwirkungspflichten im Verfahren

Die Praxis. 95. Jg. 2006 – ISSN 1017-8147 – Erscheint monatlich
www.legalis.ch

Rechtsetzung des Bundes (6. März–12. April 2006)* Législation fédérale (6 mars–12 avril 2006)*

I. In-Kraft-Treten

Bundesgesetze/Bundesbeschlüsse/Verordnungen

1. Staat – Volk – Behörden

Änderung vom 10. März 2006 der Verordnung vom 27. Juni 2001 über Massnahmen zur Wahrung der inneren Sicherheit (VVIS) (AS 2006 919, SR 120.2); In-Kraft-Treten: 01.04.2006.

Änderung vom 10. März 2006 der Verordnung vom 30. November 2001 über das Staatsschutz-Informationssystem (ISIS-Verordnung) (AS 2006 921, SR 120.3); In-Kraft-Treten: 01.04.2006.

Änderung vom 17. Dezember 2004 des Bundesgesetzes vom 26. März 1931 über Aufenthalt und Niederlassung der Ausländer (ANAG) (AS 2006 979, SR 142.20); In-Kraft-Treten: 01.04.2006.

Änderung vom 9. Dezember 2005 der Vollziehungsverordnung vom 1. März 1949 zum Bundesgesetz über Aufenthalt und Niederlassung der Ausländer (ANAV) (AS 2006 965, SR 142.201); In-Kraft-Treten: 01.04.2006.

Änderung vom 2. November 2005 der Verordnung vom 22. Mai 2002 über die schrittweise Einführung des freien Personenverkehrs zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Europäischen Gemeinschaft und deren Mitgliedstaaten sowie unter den Mitgliedstaaten der Europäischen Freihandelsassoziation (Verordnung über die Einführung des freien Personenverkehrs, VEP) (AS 2006 923, SR 142.203); In-Kraft-Treten: 01.04.2006.

Änderung vom 2. November 2005 der Verordnung vom 14. Januar 1998 über Einreise und Anmeldung von Ausländerinnen und Ausländern (VEA) (AS 2006 923, SR 142.211); In-Kraft-Treten: 01.04.2006.

Änderung vom 1. März 2006 der Verordnung vom 11. August 1999 über den Vollzug der Weg- und Ausweisung von ausländischen Personen (VWWA) (AS 2006 927, SR 142.281); In-Kraft-Treten: 01.04.2006.

Änderung vom 1. März 2006 der Asylverordnung 1 vom 11. August 1999 über Verfahrensfragen (Asylverordnung 1, AsylV 1) (AS 2006 931, SR 142.311); In-Kraft-Treten: 01.04.2006.

Änderung vom 1. März 2006 der Asylverordnung 2 vom 11. August 1999 über Finanzierungsfragen (Asylverordnung 2, AsylV 2) (AS 2006 933, SR 142.312); In-Kraft-Treten: 01.04.2006.

Änderung vom 10. März 2006 der Regierungs- und Verwaltungsorganisationsverordnung vom 25. November 1998 (RVOV) (AS 2006 1089, SR 172.010.1); In-Kraft-Treten: 01.04.2006.

Änderung vom 10. März 2006 der Organisationsverordnung vom 17. November 1999 für das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement (OV-EJPD) (AS 2006 1089, SR 172.213.1); In-Kraft-Treten: 01.04.2006.

Änderung vom 10. März 2006 der Verordnung vom 19. Juni 1995 über das automatisierte Fahndungssystem (RIPOL-Verordnung) (AS 2006 937, SR 172.213.61); In-Kraft-Treten: 01.04.2006.

I. Entrée en vigueur

Lois fédérales/Arrêtés fédéraux/Ordonnances

1. Etat – Peuple – Autorités

Modification du 10 mars 2006 de l'ordonnance du 27 juin 2001 sur les mesures visant au maintien de la sûreté intérieure (OMSI) (RO 2006 919, RS 120.2); entrée en vigueur: 01.04.2006.

Modification du 10 mars 2006 de l'ordonnance du 30 novembre 2001 sur le système de traitement des données relatives à la protection de l'Etat (Ordonnance ISIS) (RO 2006 921, RS 120.3); entrée en vigueur: 01.04.2006.

Modification du 17 décembre 2004 de la loi fédérale du 26 mars 1931 sur le séjour et l'établissement des étrangers (LSEE) (RO 2006 979, RS 142.20); entrée en vigueur: 01.04.2006.

Modification du 9 décembre 2005 du règlement d'exécution du 1^{er} mars 1949 de la loi fédérale sur le séjour et l'établissement des étrangers (RSEE) (RO 2006 965, RS 142.201); entrée en vigueur: 01.04.2006.

Modification du 2 novembre 2005 de l'ordonnance du 22 mai 2002 sur l'introduction progressive de la libre circulation des personnes entre, d'une part, la Confédération suisse et, d'autre part, la Communauté européenne et ses Etats membres, ainsi qu'entre les Etats membres de l'Association européenne de libre-échange (Ordonnance sur l'introduction de la libre circulation des personnes, OLCP) (RO 2006 923, RS 142.203); entrée en vigueur: 01.04.2006.

Modification du 2 novembre 2005 de l'ordonnance du 14 janvier 1998 concernant l'entrée et la déclaration d'arrivée des étrangers (OEArr) (RO 2006 923, RS 142.211); entrée en vigueur: 01.04.2006.

Modification du 1 mars 2006 de l'ordonnance du 11 août 1999 sur l'exécution du renvoi et de l'expulsion d'étrangers (OERE) (RO 2006 927, RS 142.281); entrée en vigueur: 01.04.2006.

Modification du 1 mars 2006 de l'ordonnance 1 du 11 août 1999 sur l'asile relative à la procédure (Ordonnance 1 sur l'asile, OA 1) (RO 2006 931, RS 142.311); entrée en vigueur: 01.04.2006.

Modification du 1 mars 2006 de l'ordonnance 2 du 11 août 1999 sur l'asile relative au financement (Ordonnance 2 sur l'asile, OA 2) (RO 2006 933, RS 142.312); entrée en vigueur: 01.04.2006.

Modification du 10 mars 2006 de l'ordonnance du 25 novembre 1998 sur l'organisation du gouvernement et de l'administration (OLOGA) (RO 2006 1089, RS 172.010.1); entrée en vigueur: 01.04.2006.

Modification du 10 mars 2006 de l'ordonnance du 17 novembre 1999 sur l'organisation du Département fédéral de justice et police (Org DFJP) (RO 2006 1089, RS 172.213.1); entrée en vigueur: 01.04.2006.

Modification du 10 mars 2006 de l'ordonnance du 19 juin 1995 sur le système de recherches informatisées de police (Ordonnance RIPOL) (RO 2006 937, RS 172.213.61); entrée en vigueur: 01.04.2006.

* Diese Übersicht erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit. / Cet aperçu n'a pas pour vocation d'être exhaustif.

Änderung vom 10. März 2006 der Organisationsverordnung vom 14. Juni 1999 für das Eidgenössische Volkswirtschaftsdepartement (OV-EVD) (AS 2006 1067, SR 172.216.1); In-Kraft-Treten: 01.04.2006.

Änderung vom 10. März 2006 der Organisationsverordnung vom 14. Juni 1999 für das Eidgenössische Volkswirtschaftsdepartement (OV-EVD) (AS 2006 1089, SR 172.216.1); In-Kraft-Treten: 01.04.2006.

2. Privatrecht – Zivilrechtspflege – Vollstreckung

Änderung vom 17. Dezember 2004 des Bundesgesetzes vom 30. März 1911 betreffend die Ergänzung des Schweizerischen Zivilgesetzbuches (Fünfter Teil: Obligationenrecht) (AS 2006 979, SR 220); In-Kraft-Treten: 01.04.2006.

Änderung vom 17. Dezember 2004 des Bundesgesetzes vom 28. September 1956 über die Allgemeinverbindlicherklärung von Gesamtarbeitsverträgen (AS 2006 979, SR 221.215.311); In-Kraft-Treten: 01.04.2006.

3. Strafrecht – Strafrechtspflege – Strafvollzug

Änderung vom 7. Oktober 2005 des Schweizerischen Strafgesetzbuches vom 21. Dezember 1937 (AS 2006 1017, SR 311.0); In-Kraft-Treten: 01.04.2006.

Änderung vom 10. März 2006 der Verordnung vom 1. Dezember 1999 über das automatisierte Strafregister (AS 2006 939, SR 331); In-Kraft-Treten: 01.04.2006.

Änderung vom 10. März 2006 der Verordnung vom 30. November 2001 über das Informationssystem der Bundeskriminalpolizei (JANUS-Verordnung) (Die Anhänge sind in der AS nicht veröffentlicht.) (AS 2006 941, SR 360.2); In-Kraft-Treten: 01.04.2006.

Änderung vom 10. März 2006 der Verordnung vom 21. November 2001 über das informatisierte Personennachweis-, Aktennachweis- und Verwaltungssystem im Bundesamt für Polizei (IPAS-Verordnung) (AS 2006 945, SR 361.2); In-Kraft-Treten: 01.04.2006.

Änderung vom 10. März 2006 der Verordnung vom 21. November 2001 über die Bearbeitung erkennungsdienstlicher Daten (AS 2006 957, SR 361.3); In-Kraft-Treten: 01.04.2006.

7. Öffentliche Werke – Energie – Verkehr

Änderung vom 16. November 2005 der Postverordnung vom 26. November 2003 (VPG) (AS 2006 3, SR 783.01); In-Kraft-Treten: 01.04.2006.

Änderung vom 17. Dezember 2004 des Bundesgesetzes vom 21. Juni 1991 über Radio und Fernsehen (RTVG) (AS 2006 1039, SR 784.40); In-Kraft-Treten: 01.04.2006.

Änderung vom 2. November 2005 der Radio- und Fernsehverordnung vom 6. Oktober 1997 (RTVV) (AS 2006 959, SR 784.401); In-Kraft-Treten: 01.04.2006.

8. Gesundheit – Arbeit – Soziale Sicherheit

Bundesbeschluss vom 17. Dezember 2004 über die Genehmigung des bilateralen Abkommens zwischen der Schweiz und der EG über die Beteiligung der Schweiz an der Europäischen Umweltagentur und am Netzwerk EIONET (AS 2006 1109, SR 814.031); In-Kraft-Treten: 01.04.2006.

Änderung vom 8. Oktober 2004 des Bundesgesetzes vom 13. März 1964 über die Arbeit in Industrie, Gewerbe und Handel (Arbeitsgesetz) (AS 2006 961, SR 822.11); In-Kraft-Treten: 01.04.2006.

Modification du 10 mars 2006 de l'ordonnance sur l'organisation du 14 juin 1999 du Département fédéral de l'économie (Org DFE) (RO 2006 1067, RS 172.216.1); entrée en vigueur: 01.04.2006.

Modification du 10 mars 2006 de l'ordonnance sur l'organisation du 14 juin 1999 du Département fédéral de l'économie (Org DFE) (RO 2006 1089, RS 172.216.1); entrée en vigueur: 01.04.2006.

2. Droit privé – Procédure civile – Exécution

Modification du 17 décembre 2004 de la loi fédérale du 30 mars 1911 complétant le code civil suisse (Livre cinquième: Droit des obligations) (RO 2006 979, RS 220); entrée en vigueur: 01.04.2006.

Modification du 17 décembre 2004 de la loi fédérale du 28 septembre 1956 permettant d'étendre le champ d'application de la convention collective de travail (RO 2006 979, RS 221.215.311); entrée en vigueur: 01.04.2006.

3. Droit pénal – Procédure pénale – Exécution

Modification du 7 octobre 2005 du code pénal suisse du 21 décembre 1937 (RO 2006 1017, RS 311.0); entrée en vigueur: 01.04.2006.

Modification du 10 mars 2006 de l'ordonnance du 1er décembre 1999 sur le casier judiciaire informatisé (RO 2006 939, RS 331); entrée en vigueur: 01.04.2006.

Modification du 10 mars 2006 de l'ordonnance du 30 novembre 2001 sur le système informatisé de la Police judiciaire fédérale (Ordonnance JANUS) (Les annexes ne sont pas publiées au RO.) (RO 2006 941, RS 360.2); entrée en vigueur: 01.04.2006.

Modification du 10 mars 2006 de l'ordonnance du 21 novembre 2001 sur le système informatisé de gestion et d'indexation de dossiers et de personnes de l'Office fédéral de la police (Ordonnance IPAS) (RO 2006 945, RS 361.2); entrée en vigueur: 01.04.2006.

Modification du 10 mars 2006 de l'ordonnance du 21 novembre 2001 sur le traitement des données signalétiques (RO 2006 957, RS 361.3); entrée en vigueur: 01.04.2006.

7. Travaux publics – Energie – Transports et communications

Modification du 16 novembre 2005 de l'ordonnance sur la poste du 26 novembre 2003 (OPO) (RO 2006 3, RS 783.01); entrée en vigueur: 01.04.2006.

Modification du 17 décembre 2004 de la loi fédérale du 21 juin 1991 sur la radio et la télévision (LRTV) (RO 2006 1039, RS 784.40); entrée en vigueur: 01.04.2006.

Modification du 2 novembre 2005 de l'ordonnance du 6 octobre 1997 sur la radio et la télévision (ORTV) (RO 2006 959, RS 784.401); entrée en vigueur: 01.04.2006.

8. Santé – Travail – Sécurité sociale

Arrêté fédéral du 17 décembre 2004 portant approbation de l'accord bilatéral entre la Suisse et la Communauté européenne sur la participation de la Suisse à l'Agence européenne pour l'environnement et au réseau EIONET (RO 2006 1109, RS 814.031); entrée en vigueur: 01.04.2006.

Modification du 8 octobre 2004 de la loi fédérale du 13 mars 1964 sur le travail dans l'industrie, l'artisanat et le commerce (Loi sur le travail) (RO 2006 961, RS 822.11); entrée en vigueur: 01.04.2006.

Änderung vom 10. März 2006 der Verordnung 2 vom 10. Mai 2000 zum Arbeitsgesetz (ArGV 2) (Sonderbestimmungen für bestimmte Gruppen von Betrieben oder Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen) (AS 2006 963, SR 822.112); In-Kraft-Treten: 01.04.2006.

Änderung vom 17. Dezember 2004 des Bundesgesetzes vom 6. Oktober 1989 über die Arbeitsvermittlung und den Personalverleih (Arbeitsvermittlungsgesetz, AVG) (AS 2006 979, SR 823.11); In-Kraft-Treten: 01.04.2006.

Änderung vom 9. Dezember 2005 der Verordnung vom 16. Januar 1991 über die Arbeitsvermittlung und den Personalverleih (Arbeitsvermittlungsverordnung, AVV) (AS 2006 965, SR 823.111); In-Kraft-Treten: 01.04.2006.

Änderung vom 17. Dezember 2004 des Bundesgesetzes vom 8. Oktober 1999 über die minimalen Arbeits- und Lohnbedingungen für in die Schweiz entsandte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und flankierende Massnahmen (Bundesgesetz über die in die Schweiz entsandten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer) (AS 2006 979, SR 823.20); In-Kraft-Treten: 01.04.2006.

Änderung vom 9. Dezember 2005 der Verordnung vom 21. Mai 2003 über die in die Schweiz entsandten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (EntsV) (AS 2006 965, SR 823.201); In-Kraft-Treten: 01.04.2006.

Änderung vom 1. März 2006 der Verordnung vom 6. Oktober 1986 über die Begrenzung der Zahl der Ausländer (BVO) (AS 2006 973, SR 823.21); In-Kraft-Treten: 01.04.2006.

Änderung vom 17. Dezember 2004 des Bundesgesetzes vom 20. Dezember 1946 über die Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHVG) (AS 2006 979, SR 831.10); In-Kraft-Treten: 01.04.2006.

Änderung vom 2. November 2005 der Verordnung vom 26. Mai 1961 über die freiwillige Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung (VFV) (AS 2006 923, SR 831.111); In-Kraft-Treten: 01.04.2006.

Änderung vom 17. Dezember 2004 des Bundesgesetzes vom 19. Juni 1959 über die Invalidenversicherung (IVG) (AS 2006 979, SR 831.20); In-Kraft-Treten: 01.04.2006.

Änderung vom 17. Dezember 2004 des Bundesgesetzes vom 19. März 1965 über Ergänzungsleistungen zur Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung (ELG) (AS 2006 979, SR 831.30); In-Kraft-Treten: 01.04.2006.

Änderung vom 17. Dezember 2004 des Bundesgesetzes vom 25. Juni 1982 über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge (BVG) (AS 2006 979, SR 831.40); In-Kraft-Treten: 01.04.2006.

Änderung vom 17. Dezember 2004 des Bundesgesetzes vom 17. Dezember 1993 über die Freizügigkeit in der beruflichen Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge (Freizügigkeitsgesetz, FZG) (AS 2006 979, SR 831.42); In-Kraft-Treten: 01.04.2006.

Änderung vom 17. Dezember 2004 des Bundesgesetzes vom 18. März 1994 über die Krankenversicherung (KVG) (AS 2006 979, SR 832.10); In-Kraft-Treten: 01.04.2006.

Änderung vom 17. Dezember 2004 des Bundesgesetzes vom 20. März 1981 über die Unfallversicherung (UVG) (AS 2006 979, SR 832.20); In-Kraft-Treten: 01.04.2006.

Änderung vom 17. Dezember 2004 des Bundesgesetzes vom 25. September 1952 über den Erwerbssatz für Dienstleistende und bei Mutterschaft (Erwerbssatzgesetz, EOG) (AS 2006 979, SR 834.1); In-Kraft-Treten: 01.04.2006.

Modification du 10 mars 2006 de l'ordonnance 2 du 10 mai 2000 relative à la loi sur le travail (OLT 2) (Dispositions spéciales pour certaines catégories d'entreprises ou de travailleurs) (RO 2006 963, RS 822.112); entrée en vigueur: 01.04.2006.

Modification du 17 décembre 2004 de la loi fédérale du 6 octobre 1989 sur le service de l'emploi et la location de services (LSE) (RO 2006 979, RS 823.11); entrée en vigueur: 01.04.2006.

Modification du 9 décembre 2005 de l'ordonnance du 16 janvier 1991 sur le service de l'emploi et la location de services (O sur le service de l'emploi, OSE) (RO 2006 965, RS 823.111); entrée en vigueur: 01.04.2006.

Modification du 17 décembre 2004 de la loi fédérale du 8 octobre 1999 sur les conditions minimales de travail et de salaire applicables aux travailleurs détachés en Suisse et sur les mesures d'accompagnement (Loi sur les travailleurs détachés) (RO 2006 979, RS 823.20); entrée en vigueur: 01.04.2006.

Modification du 9 décembre 2005 de l'ordonnance du 21 mai 2003 sur les travailleurs détachés en Suisse (Odét) (RO 2006 965, RS 823.201); entrée en vigueur: 01.04.2006.

Modification du 1 mars 2006 de l'ordonnance du 6 octobre 1986 limitant le nombre des étrangers (OLE) (RO 2006 973, RS 823.21); entrée en vigueur: 01.04.2006.

Modification du 17 décembre 2004 de la loi fédérale du 20 décembre 1946 sur l'assurance-vieillesse et survivants (LAVS) (RO 2006 979, RS 831.10); entrée en vigueur: 01.04.2006.

Modification du 2 novembre 2005 de l'ordonnance du 26 mai 1961 concernant l'assurance-vieillesse, survivants et invalidité facultative (OAF) (RO 2006 923, RS 831.111); entrée en vigueur: 01.04.2006.

Modification du 17 décembre 2004 de la loi fédérale du 19 juin 1959 sur l'assurance-invalidité (LAI) (RO 2006 979, RS 831.20); entrée en vigueur: 01.04.2006.

Modification du 17 décembre 2004 de la loi fédérale du 19 mars 1965 sur les prestations complémentaires à l'assurance-vieillesse, survivants et invalidité (LPC) (RO 2006 979, RS 831.30); entrée en vigueur: 01.04.2006.

Modification du 17 décembre 2004 de la loi fédérale du 25 juin 1982 sur la prévoyance professionnelle vieillesse, survivants et invalidité (LPP) (RO 2006 979, RS 831.40); entrée en vigueur: 01.04.2006.

Modification du 17 décembre 2004 de la loi fédérale du 17 décembre 1993 sur le libre passage dans la prévoyance professionnelle vieillesse, survivants et invalidité (loi sur le libre passage, LFLP) (RO 2006 979, RS 831.42); entrée en vigueur: 01.04.2006.

Modification du 17 décembre 2004 de la loi fédérale du 18 mars 1994 sur l'assurance-maladie (LAMal) (RO 2006 979, RS 832.10); entrée en vigueur: 01.04.2006.

Modification du 17 décembre 2004 de la loi fédérale du 20 mars 1981 sur l'assurance-accidents (LAA) (RO 2006 979, RS 832.20); entrée en vigueur: 01.04.2006.

Modification du 17 décembre 2004 de la loi fédérale du 25 septembre 1952 sur les allocations pour perte de gain en cas de service et de maternité (Loi sur les allocations pour perte de gain, LAPG) (RO 2006 979, RS 834.1); entrée en vigueur: 01.04.2006.

Änderung vom 17. Dezember 2004 des Bundesgesetzes vom 20. Juni 1952 über die Familienzulagen in der Landwirtschaft (FLG) (AS 2006 979, SR 836.1); In-Kraft-Treten: 01.04.2006.

Änderung vom 17. Dezember 2004 des Bundesgesetzes vom 25. Juni 1982 über die obligatorische Arbeitslosenversicherung und die Insolvenzentschädigung (Arbeitslosenversicherungsgesetz, AVIG) (AS 2006 979, SR 837.0); In-Kraft-Treten: 01.04.2006.

9. Wirtschaft – Technische Zusammenarbeit

Änderung vom 17. Dezember 2004 des Bundesgesetzes vom 23. Juni 2000 über die Freizügigkeit der Anwältinnen und Anwälte (Anwaltsgesetz, BGFA) (AS 2006 979, SR 935.61); In-Kraft-Treten: 01.04.2006.

II. Referendumsvorlagen

Nationalbankgewinne: Bundesbeschluss über die Volksinitiative «Nationalbankgewinne für die AHV». Botschaft des Bundesrats vom 20. August 2003: BBl 2003 6133. Beschluss des Parlaments vom 16. Dezember 2005: BBl 2005 7269.

III. Vernehmlassungen

Parlamentarische Initiative «Rolle des Bundesrates bei Volksabstimmungen» Vorentwurf und erläuternder Bericht der Staatspolitischen Kommission des Nationalrates

Mit der vorgeschlagenen Ergänzung des Bundesgesetzes über die politischen Rechte soll der Bundesrat zu einer umfassenden Information über die Vorlagen bei eidgenössischen Volksabstimmungen verpflichtet werden. Dies soll er gemäss den Kriterien der Kontinuität, der Sachlichkeit, der Transparenz und der Verhältnismässigkeit tun. Diese bisher in einem Leitbild festgehaltenen Kriterien werden somit auf Gesetzesstufe gehoben. Frist: 30.06.2006.

(Quelle: <http://www.admin.ch/ch/d/egg/pc/pendent.html>)

Verfassungsbestimmung und Bundesgesetz über die Forschung am Menschen

Mit der neuen Verfassungsbestimmung soll der Bund eine umfassende Zuständigkeit zur Regelung der Forschung am Menschen im Gesundheitsbereich erhalten. Das primäre Ziel einer solchen Regelung ist der Schutz der Würde und Persönlichkeit des Menschen in der Forschung. Basierend auf der neuen Verfassungsbestimmung sollen mit dem Bundesgesetz über die Forschung am Menschen (Humanforschungsgesetz, HFG) eine einheitliche, umfassende und abschliessende Bundesregelung geschaffen und die auf Verfassungsebene genannten Grundsätze konkretisiert werden. Frist: 31.05.2006.

(Quelle: <http://www.admin.ch/ch/d/egg/pc/pendent.html>)

Revision des Aktien- und Rechnungslegungsrechts im Obligationenrecht

Die Vorlage sieht eine umfangreiche Revision des Obligationenrechts im Bereich des Aktien- und Rechnungslegungsrechts vor und verfolgt vier Hauptziele: Verbesserung der Corporate Governance; Neuregelung der Kapitalstrukturen; Aktualisierung der Regelung der Generalversammlung und Neuregelung der Rechnungslegung. Frist: 31.05.2006.

(Quelle: <http://www.admin.ch/ch/d/egg/pc/pendent.html>)

Modification du 17 décembre 2004 de la loi fédérale du 20 juin 1952 sur les allocations familiales dans l'agriculture (LFA) (RO 2006 979, RS 836.1); entrée en vigueur: 01.04.2006.

Modification du 17 décembre 2004 de la loi fédérale du 25 juin 1982 sur l'assurance-chômage obligatoire et l'indemnité en cas d'insolvabilité (Loi sur l'assurance-chômage, LACI) (RO 2006 979, RS 837.0); entrée en vigueur: 01.04.2006.

9. Economie – Coopération technique

Modification du 17 décembre 2004 de la loi fédérale du 23 juin 2000 sur la libre circulation des avocats (Loi sur les avocats, LLCA) (RO 2006 979, RS 935.61); entrée en vigueur: 01.04.2006.

II. Objets soumis au référendum

Bénéfices de la Banque nationale: Arrêté fédéral concernant l'initiative populaire «Bénéfices de la Banque nationale pour l'AVS». Message du Conseil fédéral du 20 Août 2003: FF 2003 5597. Arrêté du Parlement du 16 Décembre 2005: FF 2005 6789.

III. Procédures de consultation en cours

Initiative parlementaire «Engagement du Conseil fédéral lors des votations fédérales» Avant-projet et rapport de la Commission des institutions politiques du Conseil national

La disposition proposée fait obligation au Conseil fédéral d'informer le public de manière exhaustive sur les objets soumis à votation fédérale. Il devra à cet égard appliquer les principes de continuité, d'objectivité, de transparence et de proportionnalité. Inscrits jusqu'ici dans de simples lignes directrices, ces principes se voient ainsi transposés en droit. Date limite: 30.06.2006.

(Source: <http://www.admin.ch/ch/f/egg/pc/pendent.html>)

Article constitutionnel et loi fédérale relative à la recherche sur l'être humain

Le nouvel article constitutionnel confère à la Confédération une compétence étendue dans le domaine de la santé pour la réglementation de la recherche sur l'être humain. Ces dispositions visent en premier lieu à protéger la dignité et la personnalité de l'être humain dans la recherche. Sur la base du nouvel article constitutionnel, la loi fédérale relative à la recherche sur l'être humain (loi relative à la recherche sur l'être humain, LRH) permettra de disposer, au niveau fédéral, d'une réglementation uniforme, étendue et exhaustive et de concrétiser les principes précédemment cités sur le plan constitutionnel. Date limite: 31.05.2006.

(Source: <http://www.admin.ch/ch/f/egg/pc/pendent.html>)

Révision du droit de la société anonyme et du droit comptable dans le Code des obligations

Le projet prévoit d'importantes modifications du code des obligations dans les domaines du droit de la société anonyme et du droit comptable. Il poursuit quatre objectifs principaux: renforcer le gouvernement d'entreprise, adapter les structures du capital, moderniser les règles régissant l'assemblée générale et réformer le droit comptable. Date limite: 31.05.2006.

(Source: <http://www.admin.ch/ch/f/egg/pc/pendent.html>)

Änderung der Verordnung über Waffen, Waffenzubehör und Munition

Die Bestimmungen des Bundesbeschlusses über die Genehmigung und die Umsetzung der bilateralen Abkommen zwischen der Schweiz und der EU über die Assoziierung an Schengen und an Dublin vom 17. Dezember 2004 betreffend Waffenrecht sind auf Verordnungsstufe umzusetzen. Frist: 17.06.2006.

(Quelle: <http://www.admin.ch/ch/dl/gg/pc/pendent.html>)

Anpassung der Verordnung über Massnahmen zur Wahrung der inneren Sicherheit (VWIS) im Rahmen des Gesetzgebungsprojekts BWIS I

Die Anpassung der Verordnung stützt sich auf die Revisionsentwurf zum Bundesgesetz vom 21. März 1997 über Massnahmen zur Wahrung der inneren Sicherheit (BWIS; SR 120). Die vom Bundesrat am 17. August 2005 an das Parlament überwiesene Vorlage schafft die Grundlagen für die Bekämpfung von Gewalt im Zusammenhang mit Sportveranstaltungen und verbessert die Möglichkeiten zur Beschlagnahme von Propaganda, die zur Gewalt aufruft. Mit der Anpassung der Verordnung werden die Ausführungsbestimmungen zur oben erwähnten Gesetzesrevision in die VWIS integriert. Frist: 29.05.2006.

(Quelle: <http://www.admin.ch/ch/dl/gg/pc/pendent.html>)

Vereinbarung zwischen dem Bund und den Kantonen über den Aufbau von Masterstudiengängen an Fachhochschulen (Fachhochschulmastervereinbarung)

Der Bundesgesetzgeber sieht in Art. 16 Abs. 2 des Fachhochschulgesetzes vor, dass Bund und Kantone in einer Vereinbarung Grundsätze für das Angebot von Diplomstudiengängen festlegen. Das Bundesamt für Berufsbildung und Technologie (BBT) und die Schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK) haben gemeinsam den vorliegenden Vorentwurf zu einer Vereinbarung ausgearbeitet, welche die Anforderungen für die Bewilligung von FH-Masterstudiengängen konkretisiert. Damit soll der geordnete Aufbau von qualitativ hochstehenden, wettbewerbsfähigen, stufen- und bedarfsgerechten, praxisorientierten sowie international kompatiblen Masterstudiengängen ermöglicht werden. Frist: 27.06.2006.

(Quelle: <http://www.admin.ch/ch/dl/gg/pc/pendent.html>)

Änderung der FDV betreffend die Grundversorgung

Die Modifikation der Fernmeldedienstverordnung bezweckt vorrangig den Umfang der Grundversorgung hinsichtlich der Erteilung der nächsten Grundversorgungskonzession per 1. Januar 2008 anzupassen. Es ist vorgesehen, eine Pflicht zur Bereitstellung eines Breitband-Internetzugangs einzuführen, gewisse Preisobergrenzen anzupassen und den Auskunftsdienst zu den Teilnehmerverzeichnissen aus dem Umfang der Grundversorgungspflichten zu streichen. Ausserdem werden einige Verbesserungen der Grundversorgungsdienste für Hörbehinderte (SMS-Vermittlungsdienst) und für Menschen mit eingeschränkter Mobilität (Verzeichnis- und Vermittlungsdienst) vorgeschlagen. Frist: 31.05.2006.

(Quelle: <http://www.admin.ch/ch/dl/gg/pc/pendent.html>)

IV. Aus den Räten

Das detaillierte Sessionsprogramm können Sie einsehen unter: <http://www.parlament.ch/poly/Framesets/DI/Frame-D.htm>.

Révision de l'ordonnance sur les armes (Ordonnance sur les armes)

Les dispositions légales de l'Arrêté fédéral du 17 décembre 2004 portant approbation et mise en œuvre des accords bilatéraux d'association à l'Espace Schengen et à l'Espace Dublin relatives à la législation sur les armes doivent être réalisées par le biais d'ordonnances. Date limite: 17.06.2006.

(Source: <http://www.admin.ch/ch/fl/gg/pc/pendent.html>)

Adaptation de l'ordonnance sur les mesures visant au maintien de la sûreté intérieure (OMSI) dans le cadre du projet législatif LMSI I

L'adaptation de l'ordonnance susmentionnée se fonde sur le projet de révision de la loi fédérale du 21 mars 1997 instituant des mesures visant au maintien de la sûreté intérieure (LMSI; RS 120). Ce projet de révision de loi, que le Conseil fédéral a transmis au Parlement le 17 août 2005, crée les bases légales permettant de lutter contre la violence lors de manifestations sportives et d'améliorer les possibilités de placer sous séquestre le matériel de propagande incitant à la violence. L'adaptation de l'ordonnance vise à intégrer dans l'OMSI les dispositions d'exécution relatives à la révision de la loi susmentionnée. Date limite: 29.05.2006.

(Source: <http://www.admin.ch/ch/fl/gg/pc/pendent.html>)

Convention entre la Confédération et les cantons sur la création de filières d'études master dans les hautes écoles spécialisées (Convention master HES)

Selon l'art. 16, al. 2, LHES, la Confédération et les cantons doivent fixer les principes qui régissent l'offre d'études sanctionnées par un diplôme dans une convention. Dans ce sens, l'Office fédéral de la formation professionnelle et de la technologie (OFFT) et la Conférence suisse des directeurs cantonaux de l'instruction publique (CDIP) ont élaboré en commun un avant-projet pour une convention, qui concrétise les exigences pour l'autorisation de filières master HES. Elle permettra le développement mesuré de filières d'études master de haute qualité, compétitives, au niveau adapté, répondant au besoin, orientées vers la pratique et compatibles au plan international. Date limite: 27.06.2006.

(Source: <http://www.admin.ch/ch/fl/gg/pc/pendent.html>)

Modification de l'OST concernant le service universel

Le projet de modification de l'ordonnance sur les services de télécommunication a pour but principal de modifier le contenu du service universel dans la perspective de l'attribution de la prochaine concession de service universel valable dès le 1^{er} janvier 2008. Il est prévu d'introduire un nouveau raccordement pour la connexion à Internet à large bande, de modifier certains prix plafond, de supprimer des prestations du service universel la fourniture d'un service de renseignements sur les annuaires. Certaines améliorations sont en outre proposées pour les malentendants (service de relais des messages courts) et pour les personnes à mobilité réduite (service d'annuaires et de communication). Date limite: 31.05.2006.

(Source: <http://www.admin.ch/ch/fl/gg/pc/pendent.html>)

IV. Activités des Conseils et des commissions parlementaires

Vous pouvez consulter le programme détaillé de la session à l'adresse suivante: <http://www.parlament.ch/poly/Framesets/IF/Frame-F.htm>.

Mirko Roš*

Fédération des Barreaux d'Europe (FBE) – Partage d'informations et d'expériences entre les ordres et associations d'avocats européens



Mots clés : Fédération des Barreaux d'Europe, FBE, Marseille, Spécialisation, Avocat spécialisé

I. L'avocature européenne face aux mêmes interrogations

Quelque soit le lieu où l'on se situe, de la Mer du Nord à la pointe sud de l'Italie et des rives de la Mer Noire à la côte atlantique, les ordres et associations d'avocats d'Europe sont amenés à devoir résoudre les mêmes problématiques: Tous sont contraints de se démener avec la mutation substantielle que subit l'avocature. Tous s'interrogent sur la manière de parfaire leurs services, tant à l'égard du justiciable que des membres de la profession eux-mêmes. Tous s'interrogent sur la possibilité de garder intact le secret professionnel lorsqu'il est mis à l'épreuve de la lutte contre le blanchiment de capitaux ou de celle contre le terrorisme. Tous constatent qu'ils sont mal organisés face aux défis politiques auxquels ils sont confrontés. Que faire?

Le 27 Juin 1986, les Barreaux d'Amsterdam, de Barcelone, de Brüssel, de Genf, de Frankfurt, de Mailand, de Paris et du Portugal ont créé la «Conférence des Grands Barreaux d'Europe». Le 23 Mai 1992 cette association fut rebaptisée à Barcelone sous le nom de «Fédération des Barreaux d'Europe FBE». La FBE compte aujourd'hui 150 ordres et associations d'avocats, représentant près de 350 000 avocates et avocats et est ouverte à tous les barreaux des Etats membres du Conseil de l'Europe.¹ L'un des attributs essentiels de cette association est de permettre un échange d'informations ainsi que des expériences vécues entre les Bâtonniers et Présidents des associations d'avocats et des barreaux locaux et nationaux, ou leurs représentants. La FBE a institué une sorte de «Sowjet des Bâtonniers» et constitue en ce sens une plateforme inédite favorisant la discussion et l'échange d'informations de manière directe et simple.

II. Session de la FBE à Marseille 20.–22. Octobre 2005

A l'occasion de la session de printemps de la FBE à Marseille, trois thèmes furent abordés: «la spécialisation de l'avocat – la publicité de l'avocat – et la responsabilité professionnelle de l'avocat». La Fédération Suisse des Avocats (FSA) a introduit la «spécialisation FSA» (note du traducteur: dénomination du modèle suisse de spécialisation). Il est intéressant d'analyser la ma-

nière dont les autres pays européens appréhendent la spécialisation de l'avocat.

III. La spécialisation de l'avocat

GERLINDE FISCHEDICK du barreau de Celle a rendu compte de la situation en Allemagne. Dans le domaine de la spécialisation de l'avocat, l'Allemagne apparaît incontestablement comme un pionnier: Dès 1930, furent institués six domaines de spécialisation. Le parti nazi interdit en 1935 tout titre de spécialisation. C'est seulement en 1961 que fut à nouveau autorisé la spécialisation de l'avocat en droit fiscal. En 1986, les spécialités de droit administratif, de droit du travail, de droit social ont été reconnues, en 1997 celles de droit de la famille, de droit pénal et enfin, en 1998 celle de droit de la faillite. Depuis le 1^{er} Juillet 2005 existent également des champs de spécialisation en droit des successions, droit de la construction et de l'urbanisme, droit des transports, droit immobilier et locatif, droit de la circulation et droit médical. Le modèle allemand connaît un grand succès; à l'heure actuelle, près de 15 % des avocats allemands sont spécialisés dans un domaine juridique précis. Ce succès tient sans doute au fait que le titre de spécialisation n'est pas facile à acquérir: il faut justifier d'une expérience pratique et d'une formation de 120 heures dans le domaine de spécialisation – 160 heures pour le droit fiscal – sanctionnée par des épreuves écrites.

PIERRE LAFONT, du Barreau de Montpellier a quant à lui exposé le modèle français, différent sur plusieurs aspects. JAN KNEPPELHOUT vice-président du barreau de Rotterdam a présenté le système hollandais qui offre une grande simplicité; en effet, aux Pays Bas, chaque avocat peut se déclarer spécialiste dans un domaine juridique précis selon son propre point de vue. Ce système tend néanmoins à être remis en cause, tant par l'Etat que par les ordres d'avocats. En Angleterre, et particulièrement à Londres, les avocats sont fortement poussés à se spécialiser et cela, depuis longtemps. PHILIP MOSER représentant le barreau d'Angleterre et du Pays de Galles, indiquait cependant qu'il n'existait de régulation effective de la spécialisation que dans le domaine du droit de l'immigration.

A l'occasion d'une discussion «pour ou contre» la spécialisation de l'avocat, MICHAEL AUER, vice-président du barreau de Vienne a précisé les raisons pour lesquelles l'instauration d'un système de spécialisation en Autriche est rejetée. ANNIKA DIETRICH, Présidente du barreau de Bâle, a présenté le modèle suisse

* Dr. iur. Mirko Roš, LL. M., est Secrétaire Général de la FBE et ancien Bâtonnier de l'Association des avocats de Zürich. L'auteur remercie Philippe Loew, Strasbourg, pour la traduction en Français.

¹ Voir Revue de l'avocat 11–12/2004, p. 421 ff.

d'avocat «spécialisé FSA», qui s'appuie largement sur le modèle allemand de spécialisation tout en intégrant les spécificités (besoins et possibilités) suisses. De son succès dépendent trois conditions cumulatives: l'existence d'un contrôle pour cette formation de 120 heures, l'existence d'un examen sanctionnant la formation et la nécessité d'une formation continue de l'avocat dans son domaine de spécialisation.

Jacques Bercher*

De Kafka à Orwell ... ou à Courteline

Mots clés : LBA

Le but poursuivi par la LBA tend à combattre une certaine forme de criminalité. Mon propos ne consiste pas à disserter sur son caractère partiellement utopique et la violation du devoir de dignité qu'elle entraîne, mais de souligner les absurdités que son application pointilleuse entraîne.

Je laisse de côté également l'arsenal surdimensionné qu'elle a imposé tant sur le plan judiciaire qu'au sein des entreprises et personnes concernées.

La lecture de l'arrêt rendu par le Tribunal fédéral le 9 novembre 2005 (2A.375/2005; ATF 132 II 103), suite au recours déposé notamment par l'Organisme d'autorégulation de la Fédération suisse des avocats contre la décision de l'Autorité de contrôle, selon laquelle les avocats et notaires affiliés à l'OAR FSA, mais qui déclaraient ne traiter aucun dossier relevant de la loi sur le blanchiment d'argent, devaient néanmoins être contrôlés. Le Tribunal fédéral a relevé, notamment, que le contrôle doit en particulier permettre de s'assurer que l'avocat ou le notaire

A l'issue de la discussion il est apparu clairement que ce sont l'ensemble des avocates et avocats européens qui sont contraints de faire face à la problématique de la spécialisation. Du point de vue des avocats suisses, il est de l'intérêt de tous que le modèle suisse se répande, même par-delà les frontières nationales. ■

affilié sépare correctement les «dossiers LBA» de ses autres activités non soumises à la LBA, et que tous les «dossiers LBA» puissent effectivement être contrôlés.

On peut certes se demander pourquoi des avocats se sont affiliés à l'OAR, alors qu'ils ne traitent pas de dossiers soumis à la LBA. L'un de leurs arguments – rejeté par le TF – a été fondé sur leur désir de pouvoir exercer immédiatement l'activité d'intermédiaire financier si cela se révélait nécessaire et leur souci d'être mieux renseignés sur les obligations d'un intermédiaire financier. A vouloir trop bien faire . . .

L'absurdité réside dans la solution adoptée par le Département fédéral des finances, confirmée par le Tribunal fédéral, selon laquelle l'OAR doit vérifier si les dossiers LBA sont séparés correctement des autres activités non soumises à cette loi par les confrères concernés. La conséquence consiste donc à contrôler ce qui n'existe pas ou contrôler tous les dossiers relevant de l'activité classique de l'avocat, c'est-à-dire un contrôle général des dossiers que la LBA ne vise pas!

Le perfectionnisme et la bureaucratie helvétiques viennent d'atteindre un niveau proche de l'inacceptable. ■

* Jacques Bercher, ancien bâtonnier (Genève).



Entracte · Justitia (Forts.)

Fortsetzung von Seite 202

»Wie heißen Sie eigentlich«, erkundigte sich Pat. »Meinen Namen kennen Sie ja wohl.«

»Nennen Sie mich einfach Ferdinand.«

»Vermissen Sie einen Seidenschal, Ferdinand?«

»Einen Seidenschal? Wie kommen Sie darauf?«

»Meine Kollegin hat mal einen neuen Gucci-Schal im Hinterhof gefunden.«

»Nein«, grunzte der Typ, »so ein Teil habe ich nie besessen.« Nach einer kurzen Pause lehnte er sich abrupt vor und machte ein dramatisches Gesicht. »Nehmen Sie sich in Acht. Die Leute vom Weissen Wind . . . sind zu allem fähig.«

»Zu was denn?«, wollte Pat endlich wissen. »Sind Drogen im

Spiel? Oder geht es um Menschenhandel? Was genau läuft überhaupt in dieser Sekte?«

Ferdinand starrte Pat einen Moment lang wortlos an, dann erhob er sich ruckartig, drehte sich um und hastete aus dem Büro. Kurz darauf hörte Pat, wie die Türe zum Hinterhof aufgerissen wurde. Er sprang ebenfalls auf und eilte dem Flüchtigen nach. »Halt, warten Sie«, rief er in die Dunkelheit, sobald er im Freien stand. In Richtung Tor war niemand zu sehen, aber aus der entgegen gesetzten Richtung hörte er sich entfernende Schritte, knackende Zweige und Blättergeraschel. Weit konnte der Typ nicht kommen, schloss Pat, denn soviel er wusste war die Hofeinfahrt bei ihrer Kanzlei die einzige. Er spurtete also los, stolperte blindlings über Wurzeln und Steine und liess sich von den Sträuchern die Haut zerkratzen. Am Ende des Hinterhofs angelangt sah er gerade noch, wie ein Schatten die Türe zu einem Haus aufriss und darin verschwand. Pat jagte hinterher, sprang in den finsternen Hauseingang. Nach einigen Schritten knallte etwas Hartes gegen seine Stirn und er ging in die Knie.

© Martin O. Koch, Basel, moko@tele2.ch Fortsetzung folgt . . .

Alain Bruno Lévy*

Jahresbericht 2005/2006 (Juni 2005–Mai 2006) Rapport annuel 2005/2006 (juin 2005–mai 2006)

Introduction

Défendre la profession d'avocat dans l'intérêt du justiciable!

La FSA s'est fixée des objectifs ambitieux à l'heure où la profession connaît une importante mutation et une adaptation à un monde moderne plus global et plus international. Elle a continué à défendre les droits et les intérêts des avocats suisses en étant persuadée qu'un barreau fort et uni est nécessaire pour la protection du justiciable et dans l'intérêt public.

La FSA suit de près la modification de la loi sur la libre circulation des avocats et elle est intervenue à plusieurs reprises pour affirmer l'impérieuse nécessité pour les cantons de prévoir une formation universitaire complète jusqu'au master pour la délivrance par les cantons du brevet d'avocat, même si l'accès au stage devient possible dès la délivrance d'un bachelors. Dans ce contexte, il a été demandé aux parlementaires que le titre d'avocat soit réservé aux avocats inscrits dans un registre cantonal en rappelant que les avocats, à la différence de tous autres prestataires de services, sont assujettis à une surveillance étatique, sont tenus par des strictes règles professionnelles, sont obligatoirement assurés pour leur responsabilité civile et soumis à un contrôle étatique de leurs honoraires.

La structure juridique des études a fait l'objet d'une recherche approfondie en droit suisse. La conclusion est qu'une étude d'avocats peut être constituée sous la forme d'une société de capitaux, notamment d'une société anonyme. Il reste des différences extrêmement importantes d'approche entre les cantons sur la notion d'indépendance au regard des dispositions de la LLCA, plus particulièrement sur la composition de l'actionnariat et l'acceptation d'actionnaires qui ne seraient pas des avocats. Certains cantons acceptent la multi-disciplinarité et d'autres la rejettent fermement. Il y a lieu de craindre l'absence d'une réglementation uniforme en Suisse.

Dès lors qu'elle forme le cœur même de la profession la défense des droits humains sera au centre de la Journée des avocats qui aura lieu à Genève le 16 juin 2006.

Des contacts suivis ont eu lieu avec le Département fédéral de justice et police, et plus particulièrement l'Office fédéral de la justice ainsi qu'avec le Tribunal fédéral. Ont été discutés des thèmes tels que l'entrée en vigueur de la nouvelle loi fédérale sur le tribunal fédéral, la partie générale du code pénal, l'unification de la procédure pénale fédérale et de la procédure civile fédérale.

La FSA a été amenée à rappeler et à défendre le secret professionnel qui reste un élément cardinal de la profession et dans l'intérêt public général, quelles que soient les mesures souhaitées pour assurer la sécurité face aux périls qui menacent la société tels que le crime organisé ou le terrorisme.

La FSA, représentée par son président, a adhéré à une déclaration de principe le 19 novembre 2005 à l'occasion de la rentrée de l'Ordre des avocats de Paris. Cette déclaration rappelle que la profession d'avocat à travers le monde s'engage à faire respecter les principes fondamentaux suivants:

1. L'Etat de droit impose que les autorités judiciaires soient impartiales et indépendantes.
2. En l'absence d'une profession juridique indépendante, il n'y a pas d'Etat de droit, ni de liberté des citoyens.

3. L'accès à la justice pour tous à travers le monde n'est possible que grâce à une profession juridique indépendante et une autorité judiciaire impartiale et indépendante.

Ces principes ne peuvent être remis en cause quelle que soit l'urgence de la situation présente.

Le but de cette déclaration était de rappeler la nécessité pour les Etats de préserver l'indépendance des autorités judiciaires et des avocats pour éviter des restrictions que pourrait commander la volonté de lutter contre le terrorisme et de promouvoir la sécurité, mais qui pourrait à terme miner l'impartialité et l'indépendance de la justice et de ses auxiliaires.

La FSA est intervenue dans le débat sur l'organisation du Tribunal fédéral en rappelant qu'une diminution du nombre de juges pourrait être préjudiciable à une justice de qualité.

Les travaux pour la mise en œuvre du statut d'avocat spécialisé se sont poursuivis. Les premiers cours organisés d'entente avec les universités vont être dispensés dès l'automne 2006. Il est réjouissant de constater que finalement le projet se concrétise et répond à une attente, ce que prouve le nombre d'inscriptions.

La FSA a continué à promouvoir les contacts avec les ordres cantonaux et plus particulièrement elle a évoqué les problèmes de la profession lors des conférences de printemps et d'automne des bâtonniers.

L'adoption du Code suisse de déontologie n'a pas manqué de susciter plusieurs questions de principe qui seront examinées et devront être résolues d'entente avec les ordres cantonaux pour assurer une unification suggérée par le Tribunal fédéral pour une application dans toute la Suisse.

Aus dem Vorstand

Anwältkongress (Brenno Brunoni)

Der SAV kann erneut auf einen erfolgreichen Kongress zurückblicken. Mit 650 Teilnehmern konnte die Besucherzahl im Vergleich zu 2001 und 2003 mehr als verdoppelt werden. Dies entspricht nahezu 10% des Mitgliederbestandes des SAV; eine Verhältniszahl, die für diesen noch jungen Kongress beachtlich ist, auch im internationalen Vergleich. Trotz der Verlängerung der Weiterbildungsveranstaltung um einen Tag und des daraus resultierenden Mehraufwandes wurde das gleiche Resultat wie beim erfolgreichen Kongress 2003 erzielt. Das Defizit entspricht auch bei diesem Kongress den Ausgaben eines ordentlichen Anwaltstages. Dividiert man das Ergebnis durch die Anzahl Weiterbildungstage, ist es gar der erfolgreichste Kongress bislang. Dies trotz gleich bleibender Preise für die Weiterbildungskarte von CHF 220.– (SAV-Mitglieder ab 35 Jahre) bzw. CHF 150.– (SAV-Mitglieder bis 35 Jahre). Das von den Kollegen Walter Fellmann und Thomas Poledna erneut sorgfältig ausgewählte Weiterbildungsprogramm erfüllte die hohen Erwartungen. Geschätzt wurde auch die Möglichkeit, spontan vor Ort entscheiden zu dürfen, welchen Weiterbildungskurs man besuchen will. Die Organisation nahm sich dieser neuen logistischen Herausforderung gerne an und wird diese Dienstleistung für die Zukunft noch optimieren. Ein Highlight des sehr breiten und farbigen Rahmenprogramms war mit Sicherheit der Auftritt von Massimo Rocchi, welcher für viele Anwesende unvergesslich bleiben wird. Allen Beteiligten sei an dieser Stelle ein grosses Dankeschön für den Einsatz und die kompetente Unterstützung ausgesprochen. Ein herzliches Merci gebührt allen vorab den Referenten, welche zu diesem Erfolg einen grossen, ja den wesentlichen Beitrag geleistet haben. Der SAV dankt aber auch den zahlreichen Produktanbietern, Partnern und Sponsoren, ohne deren Mithilfe und Unterstützung diese Tagung nicht als «Kongress» durchgeführt werden könnte.

* Me Alain Bruno Lévy, Président SAV/FSA. – Der Jahresbericht 2005/2006 setzt sich zusammen aus den Teilrapporten des Präsidenten, der Vorstandsmitglieder (Ressortchefs) und der Leiter der verschiedenen Fachausschüsse.

PPK SAV (René Rall)

Bekanntlich hat sich die Paritätische Pensionskasse des Schweizerischen Anwaltsverbandes (PPK SAV) per 1. Januar 2005 von der Swisslife losgelöst und den Weg der Halbautonomie beschritten. Halbautonomie bedeutet, dass die Invaliditäts- und Todesfallrisiken rückversichert sind. Die Anlage der Guthaben dagegen obliegt der PPK SAV selber. Die organisatorische Überführung wurde erfolgreich abgeschlossen. Die neue Struktur steht auf einem gesunden Fundament. Die Stiftung vermag ein mehr als erfolgreiches erstes Geschäftsjahr vorzuweisen. Dank dem günstigeren Risikoversicherungsvertrag (neu mit der Mobiliar) konnte die PPK SAV die Risikoprämie auf den 1. Juli 2005 bis zu 30 % senken. Trotz des Fonds-Obligationenanteils von rund 50 % erzielten die Kapitalanlagen der PPK SAV eine Rendite von 9.2 %. Aufgrund der guten Rendite hat der Stiftungsrat beschlossen, die Altersguthaben im Geschäftsjahr 2005 mit 2.75 % zu verzinsen. Dieser Zinssatz gilt im Gegensatz zu anderen Angeboten im Markt sowohl für den obligatorischen wie auch für den überobligatorischen Teil. Der gesetzlich vorgeschriebene Zinssatz für den obligatorischen Teil beträgt dagegen nur 2.5 %. Der Rentenumwandlungssatz der PPK SAV beträgt für den obligatorischen und überobligatorischen Teil künftig 7 %. Die PPK SAV konnte bereits im ersten Jahr der Halbautonomie den Versicherten-Bestand gegenüber dem Vorjahr um knapp 10 % auf über 1100 erhöhen. Der Deckungsgrad per 31. Dezember 2005 beträgt knapp 108 %. Auf den 1. Januar 2006 führt die PPK SAV einen neuen Vorsorgeplan «Patron» ein, welcher speziell den Bedürfnissen der selbständig erwerbenden Anwältinnen und Anwälte Rechnung trägt, indem dieser Vorsorgeplan die Sparkomponente betont und deshalb auch für die Steuerplanung interessant ist. Mittels der Website konnte die Transparenz gegenüber den Vorjahren deutlich erhöht werden. Auch die direkten Dienstleistungen am Kunden und die Kommunikation konnten dank der eigenen Geschäftsstelle erheblich verbessert werden. Kurzum: Der Schritt in die Halbautonomie hat sich gelohnt.

Fachanwaltschaft (Beat von Rechenberg)

Dank der Initiative und umsichtigen Arbeit von Mirko Roš (Präsident), Anka Dietrich und Marc Labbé (Kommissionsmitglieder) und dem Einsatz der für die einzelnen Rechtsgebiete zuständigen Fachkommissionen ist das Projekt «Fachanwalt SAV» im Berichtsjahr in die Umsetzungsphase eingetreten. Mit den Universitäten Zürich/Luzern (Erbrecht), St. Gallen/Basel/Zürich (Arbeitsrecht) und Freiburg (Baurecht) konnten Vereinbarungen über die Durchführung von Spezialisierungskursen abgeschlossen werden. Der Inhalt dieser Spezialisierungskurse ist vom SAV vorgegeben und die Mehrheit der Referenten werden SAV-Mitglieder sein.

Die Kurse und die Anmeldebedingungen sind den SAV-Mitgliedern mit Direktmail, per Website (www.fachanwaltsav.ch, www.avocatspecialisefsa.ch) und mit Inseraten in der Anwalts-Revue zur Kenntnis gebracht worden. Der Spezialisierungskurs für Erbrecht wurde bei vorhandenen 25 Kursplätzen zweimal überzeichnet. Es besteht ein grosses Interesse am Fachanwalt SAV. Die Kurse werden im Herbst 2006 beginnen und im Jahre 2007 werden voraussichtlich die ersten Fachgespräche mit den Kandidaten geführt und daraufhin die ersten Titel «Fachanwalt SAV» verliehen werden. Der Spezialisierungskurs für den Fachanwalt Haftpflicht- und Versicherungsrecht ist in Vorbereitung (Universitäten Luzern und Zürich) und es scheint ein Ausbildungsstart noch vor Ende 2006 möglich zu sein. Bezüglich des Fachanwalts Familienrecht sind die Gespräche mit den Universitäten in der deutschen Schweiz weit fortgeschritten. Allerdings wird die Ausschreibung des Spezialisierungskurses erst im Jahre 2007 erfolgen. Spezialisierungskurse für den Fachanwalt SAV in französischer Sprache werden für das Baurecht im Herbst 2006 beginnen (Freiburg). Weitere Spezialisierungskurse in der Romandie werden frühestens im Jahre 2007 anlaufen.

Das Projekt Fachanwalt SAV entwickelt sich erfreulich und es ist die Hoffnung und das Ziel des SAV-Vorstandes, dass in absehbarer Zeit 10 % oder mehr SAV-Mitglieder als «Fachanwälte SAV» den Rechtssuchenden zur Verfügung stehen werden.

Anwaltsrevue (Theres Stämpfli)

Die Anwaltsrevue wurde 2005 in einer leicht gesteigerten Auflage von rund 8100 Exemplaren pro Heft und 10 Heften pro Jahr gedruckt. Wie bisher ist sie überdies für Mitglieder über die Website des SAV einsehbar. Es ist der Teamarbeit des Chefredaktors, Herr Kollege Peter von Ins, und des Verlags Helbing & Lichtenhahn zu verdanken, dass die Anwaltsrevue auch in diesem Jahr an Vielseitigkeit, fachlicher Qualität und Attraktivität nichts eingebüsst hat. Nicht nur als Publikationsorgan des SAV, sondern auch als Fachzeitschrift, die sich spezifisch an die praktizierende Anwaltschaft richtet, kann sich die Anwaltsrevue in der Flut von juristischen Publikationen behaupten.

Die Revue sollte unter anderem Platz bieten für Kontroversen, weshalb sich der Chefredaktor eine schreibfreudigere Anwaltschaft wünscht. Gesucht wird auch ein französischsprachiger Kolumnist fürs Editorial und ausländische Korrespondenten.

Domaine législation et jurisprudence (Cyrille de Montmollin)

La FSA a pris position sur les objets suivants:

- Juin 2005: modification de la Loi fédérale sur la libre circulation des avocats.
- Juin 2005: projet de loi fédérale sur les mesures contre la propagande incitant à la violence et contre les violences lors de manifestations sportives.
- Juillet 2005: 11^{ème} révision AVS.
- Août 2005: modification de la Loi fédérale sur l'aménagement du territoire.
- Octobre 2005: projet de circulaire de la Comco sur les PME.
- Octobre 2005: LF sur la réglementation légale de la surveillance du Ministère public de la Confédération.
- Octobre 2005: révision de la LF sur l'information des consommatrices et des consommateurs (LIC).
- Décembre 2005: mesures urgentes dans le domaine de l'imposition des couples mariés.
- Décembre 2005: ratification du Protocole facultatif à la Convention contre la torture et autres peines ou traitements cruels, inhumains ou dégradants (OP-CAT).
- Janvier 2006: avant-projet de loi fédérale sur la mise en œuvre du statut de Rome de la Cour pénale internationale.
- Avril 2006: révision du droit du bail.

Les textes des prises de position peuvent être consultés sur le site Internet de la Fédération. Il y a lieu de remercier ici, publiquement, les consoeurs et les confrères qui acceptent de consacrer un temps souvent considérable à l'étude des projets qui nous sont soumis et contribuent, par leurs compétences, au sérieux des prises de position de la FSA.

Kommunikation (Michael Hüppi)

Im Berichtsjahr 2005 wurden die Bestrebungen, die Mitglieder der Vorstände der Kantonalverbände über die Tätigkeiten und Projekte im SAV direkt und zeitverzugslos zu orientieren, weiter forciert. Neben der Information über das Info-Blatt dient auch die Präsidentenkonferenz als Plattform für Informationen aus erster Hand.

Die Resonanz in den Medien ist im vergangenen Jahr gegenüber dem Vorjahr unverändert ansprechend geblieben. Im Zusammenhang mit dem Wechsel im Präsidium SAV erschienen vor allem in der Westschweizer Presse verschiedene Berichte sowie Interviews mit unserem Präsidenten. Niederschlag fanden darin vor allem die Zielsetzungen des Präsidenten für seine Amtsdauer, insbesondere Ausführungen zum Thema «Menschenrechte».

Im Jahr 2005 standen die Anwältinnen/Anwälte wieder mal im Beobachter-Test. Zum «ernüchternden Fazit» des Beobachters zur Umfrage hat sich der SAV ausführlich vernehmen lassen und den Fragenkatalog des Beobachters zum Ergebnis des Tests ausführlich beantwortet. Auch die Umfrage bei Richterinnen und Richtern über die Qualität der Anwältinnen und Anwälte wurde vom SAV umfassend kommentiert (insbesondere auch in Bezug auf die Seriosität und Objektivität der Fragestellung; Kriterien, welche der Beobachter nach Dafürhalten des SAV nicht erfüllt hat). Beide Stellungnahmen des

SAV wurden durch den Beobachter nur punktuell veröffentlicht, was den SAV veranlasst hat, diese für die Mitglieder in der Anwaltsrevue 10/2005 vollständig zu publizieren.

Dienstleistungen (René Rall)

Das Augenmerk des Ressorts Dienstleistungen war auf die Betreuung der vier SAV-Internetplattformen (*swisslawyers.com*, *bgfa.ch*, *anwaltskongress.ch*, *fachanwaltsav.ch*) gerichtet. Die Überarbeitung der SAV-Website wurde bereits in Angriff genommen. Ein weiterer Schwerpunkt bildete auch die Förderung eines neuen Angebots im Bereich der Berufshaftpflichtversicherungen. Das entsprechende Angebot konnte in der letzten Nummer der Anwaltsrevue präsentiert werden. Der SAV hat die Entwicklung dieser neuen Lösung ange-regt, ohne mit ihr vertraglich verbunden zu sein. Der SAV erhofft sich damit etwas Leben in den aus seiner Sicht allzu festgefahrenen Markt zu bringen und ist gespannt, wieweit andere Anbieter ihre Produkte auf die spezifischen Versicherungsbedürfnisse der Anwälte ausrichten und optimieren werden.

Contacts internationaux (Olivier Freymond)

Le Congrès annuel de l'UIA a eu lieu au Maroc, à Fès, du 31 août au 4 septembre 2005. Ce forum mondial des avocats a été l'occasion de rencontrer des confrères du monde entier et de confronter avec eux nos points de vue sur les conditions d'exercice de notre profession. Et cette année, le thème principal s'y prêtait particulièrement bien puisqu'il s'intitulait: «Avocats du monde: une seule déontologie?». Et à l'image de ce que nous faisons en Suisse tous les deux ans, de nombreux ateliers ont été consacrés à des sujets les plus divers qui ont fait l'objet d'analyses de droit comparé ou d'études de droit international, tels que la défense des Droits de l'Homme ou l'arbitrage. Parfaitement organisé, ce Congrès a laissé aux centaines de confrères et accompagnants un souvenir lumineux d'une ville de culture d'une beauté fasci-nante.

L'année 2005 a été un grand millésime pour la Suisse dans le cadre de la Fédération des Barreaux d'Europe. Elle a en effet débuté par l'élection de Me Mirko Roš, ancien Bâtonnier du canton de Zurich, au poste de secrétaire gé-néral. Et elle s'est poursuivie par l'admission des barreaux de Bâle et de Ber-ne qui ont rejoint ceux de Genève, Valais, Vaud et Zurich.

Les échanges avec les barreaux de l'Est s'étant intensifiés depuis l'adhé-sion à l'Union Européenne de dix nouveaux pays en mai 2004, c'est à Dresde que s'est déroulé le Congrès de printemps du 19 au 21 mai 2005. Nous y avons écouté les représentants des barreaux de l'Europe de l'Est nous expo-ser les transformations auxquelles ils ont été confrontés depuis 1989 et les difficultés qu'ils ont rencontré pour faire reconnaître le principe de l'indépen-dance de l'avocat et le respect de son secret professionnel. Et il a été intéres-sant d'entendre nos confrères nous exposer leurs premières expériences au sujet de l'application de la Directive européenne concernant la libre circu-lation des avocats. Le Congrès d'automne a eu lieu à Marseille du 20 au 22 octobre 2005. Il a traité de la publicité institutionnelle des Ordres et indi-viduelle des avocats et de la formation continue, devenue obligatoire dans de nombreux pays.

Le projet de directive sur les services dans le marché intérieur de l'Union Européenne a été le sujet principal des travaux du CCBE au cours de l'année écoulée. Au terme de débats nourris, une majorité s'est dessinée pour deman-der que les avocats ne soient pas inclus dans cette directive, notre profession étant déjà régie de manière très libérale par les directives sectoriels avocats. Ce point de vue a été entendu par le parlement européen et un nouveau texte est en cours d'élaboration par la Commission.

Des modifications concernant les statuts du CCBE ont été adoptés lors de la Session plénière de novembre 2005 à Paris. Elles concernent des points secondaires, les réformes de fonds ayant été repoussées à plus tard sans qu'une date ait été arrêtée.

Une nouvelle présidence a été élue. Elle se compose du portugais Manuel Cavaleiro Brandao (Président), du britannique Colin Tyre (Premier Vice-Prési-dent) et du hongrois Peter Köves (Second Vice-Président).

Bologna-Modell, Änderung des BGFA (Ernst Staehelin)

Nach verschiedenen Vorarbeiten hat der Bundesrat die Botschaft zur Ände-rung des BGFA am 26. Oktober 2005 verabschiedet. Den Hauptanliegen des SAV ist darin Rechnung getragen worden; allerdings sind zum Leidwesen des SAV nicht alle Punkte aufgenommen worden. Neu wird als Voraussetzung zur Eintragung ins Anwaltsregister (neben dem Lizenziat) der Abschluss mit dem Diplom eines juristischen Masters verlangt; allerdings können Praktika, die für das Anwaltsexamen notwendig sind, bereits nach Bestehen eines juristi-schen Bachelors absolviert werden. Daneben wird die bisherige Praxis einer Vielzahl von Kantonen ins BGFA aufgenommen, wonach bereits für die Ein-tragung ins Anwaltsregister eine Berufshaftpflichtversicherung bestehen muss. Zusätzlich werden die eidgenössischen und kantonalen Behörden ver-pflichtet, nicht nur Verletzungen von Berufsregeln, sondern auch das Wegfal-len von persönlichen Voraussetzungen im Sinne von Art. 8 BGFA den Auf-sichtsbehörden zu melden.

Der Ständerat hat Ende März die Vorlage mit ganz kleinen Änderungen gegenüber der bundesrätlichen Vorlage verabschiedet. Es ist zu erwarten, dass der Nationalrat sich in der Sommersession 2006 mit der Materie be-schäftigen wird. Wird dieser Zeitplan eingehalten, so kann mit einer Inkraft-setzung der neuen Bestimmungen auf Anfang 2007 gerechnet werden.

Schweizerische Standesregeln (Ernst Staehelin)

Die Delegiertenversammlung 2005 hat mit ganz grosser Mehrheit die neuen Schweizerischen Standesregeln beschlossen und so (nach dem BGFA durch die staatlichen Behörden) einen weiteren Vereinheitlichungsschritt vollzogen. Die Schweizerischen Standesregeln sind auf den 1. Juli 2005 in Kraft getre-ten. Dem SAV steht kein Recht zu, eine Verletzung dieser Standesregeln zu sanktionieren. Diese Möglichkeit ist ausschliesslich bei den kantonalen Ver-bänden geblieben. Dennoch ist es ein Wunsch auch der Kantone, dass die An-wendung der Standesregeln gesamtschweizerisch in einheitlicher Weise er-folgt. Der Vorstand des SAV hat deshalb ein Massnahmenpaket beschlossen, um diesem Wunsch gerecht zu werden:

- Schaffung eines Konsultativgremiums für die Kantonalverbände auf Stufe SAV: Der SAV wird damit nicht zur Anlaufstelle für SAV-Mitglieder in Stan-desangelegenheiten. Diese haben sich nach wie vor direkt an ihren Kan-tonalverband zu wenden. Das Konsultativgremium des SAV setzt sich aus dem Präsidenten und beiden Vizepräsidenten des SAV zusammen, wel-ches im Bedarfsfall auf die Meinung des SAV-Fachausschusses Anwalts-recht zurückgreifen wird. Grundsatzfragen werden dem Vorstand SAV vorgelegt. Die Auskünfte des Konsultativgremiums sollen als Wegleitung dienen und haben keine bindende Wirkung.
- Auf der Website *bgfa.ch* wird die Rubrik «Standesregeln» (mit Auskünften, Stellungnahmen, Entscheiden) eingeführt. Die Kantonalverbände sind aufgerufen, dem SAV entsprechende Entscheide zuzustellen.
- Im Hinblick auf eine koordinierte Auslegungspraxis plant der SAV, eine Konferenz der kantonalen Aufsichtsbehörden zu organisieren.
- In einer späteren Phase (nach ersten Erfahrungen) ist zu den einzelnen Bestimmungen der Standesregeln ein Kommentar vorgesehen.
- Eine noch zu bildende SAV-Projektgruppe wird sich der Frage der Mög-lichkeiten von Kanzleizeichnungen und Domains annehmen.

Die meisten Bestimmungen der neuen Schweizerischen Standesregeln sind ohne Schwierigkeiten aufgenommen worden. Einige wenige Punkte haben in den Kantonen zu Unsicherheiten geführt (v. a. Zustellung von Kopien, Wer-bung, pactum de palmario). Es wird Aufgabe der Praxis sein, diese Unsicher-heiten auszuglätten.

Anwaltskörperschaften (Ernst Staehelin)

Im Zusammenhang mit der Beratung des BGFA in den Räten ist die Motion Cottier eingereicht worden, mit welcher der Bundesrat aufgefordert worden ist, die Schaffung gesetzlicher Grundlagen für die Zulassung von z. B. An-waltskanzleien in der Form einer AG oder einer GmbH zu prüfen. Die Bearbei-tung dieser Motion genießt leider eine sehr tiefe Priorität.

Eine Arbeitsgruppe aus Zürich und Genf hat es deshalb unternommen, die Frage der Zulässigkeit einer Anwaltskörperschaft de lege lata abzuklären. Sie

ist zum Schluss gekommen, dass schon unter den Regeln des BGFA eine Anwalts-AG oder eine -GmbH zulässig sein muss und dass die erforderlichen Rahmenbedingungen für die Aufrechterhaltung der Eintragungsvoraussetzungen ins Anwaltsregister und zur Erfüllung der Berufsregeln gemäss BGFA geschaffen werden können. Der SAV hat eine Koordinationsgruppe eingesetzt mit dem Auftrag, unter Beizug der kantonalen Verbände bei kantonalen Aufsichtsbehörden abzuklären, ob diese sich der Auffassung der Arbeitsgruppe anschliessen und eine Anwalts-AG oder eine Anwalts-GmbH für zulässig erklären können. Diese Bemühungen laufen derzeit in verschiedenen Kantonen. Die ersten Meinungsäusserungen sind eher positiv.

Im Kanton Zürich ist ein Gesuch um Erlass eines Vorbescheids auf Zulassung einer Anwalts-AG eingereicht worden; die zürcherische Aufsichtsbehörde bearbeitet derzeit dieses Gesuch. In mindestens einem andern Kanton sind ähnliche Gesuche hängig. Ein Entscheid ist noch nicht gefallen.

Der SAV wird seine Mitglieder orientieren, sobald weitere Erkenntnisse, insb. Vorentscheide, vorliegen. Es ist auch vorgesehen, Mustervorlagen zur Verfügung zu stellen, sobald die ersten Entscheide vorliegen.

Aus den Fachausschüssen

Versicherungsrecht (Gerhard Stoessel)

1. Gesetzgebungsvorhaben

Im vergangenen Jahr sind keine wesentlichen Aktivitäten des Fachausschusses Versicherungsrecht zu verzeichnen. Es sind diesbezüglich keine besonderen Themen aktuell geworden. Die kleine Revision des VVG, in deren Rahmen früher eine Vernehmlassung des SAV vorbereitet worden war, ist auf 1. 1. 2006 in Kraft getreten. Die Revision des Haftpflichtrechtes, die versicherungsrechtliche Fragen sowohl mit umfasst als auch beeinflusst, hat Bundesrat Blocher einstweilen schubladisiert. Für die bevorstehende grössere Revision des VVG dürfte in absehbarer Zeit mit einem Vernehmlassungsverfahren zu rechnen sein, und es ist vorgesehen, dann im Rahmen einer Arbeitsgruppe einen Vorschlag für die Stellungnahme des SAV auszuarbeiten.

2. Berufshaftpflichtversicherung

Im Hinblick auf einen möglichen Rahmenvertrag für die gemäss BGFA obligatorisch gewordene Berufshaftpflicht-Versicherung waren Meinungsäusserungen zu Händen des Sekretärs des SAV erfolgt und das Angebot eines ausländischen Versicherers (AIG) kritisch überprüft worden. Es hat den Anforderungen und Bedürfnissen auf dem Schweizer Markt nicht entsprochen. Kürzlich wurde den Mitgliedern ein Angebot von Lloyd's für eine auf kleinere und mittlere Kanzleien ausgerichtete Versicherungslösung vorgestellt, das den im Zusammenhang mit dem Angebot AIG geäusserten Bedenken Rechnung trägt. Es handelt sich aber nicht um einen Rahmenvertrag, und der Vorschlag wird den Mitgliedern ohne Verantwortlichkeit des SAV unterbreitet. In der Zwischenzeit haben weitere Broker mit zum Teil internationalem Renommée Interesse gezeigt, für SAV-Mitglieder Angebote auszuarbeiten zu lassen.

Steuerrecht (Jörg Bühlmann)

Der Fachausschuss Steuern (personell doch arg dezimiert) war im Verlaufe des Berichtsjahres erneut vornehmlich im Bereich Vernehmlassungen tätig. Daneben stellten sich wieder einmal Fragen aus dem Gebiet der Mehrwertsteuer. Schliesslich konnte der Ausschuss dem SAV resp. der SRO des SAV/SNV in Verhandlungen mit der Steuerverwaltung des Kantons Bern behilflich sein und dazu beitragen, dass im Bereich der Steuerpflicht der Mitgliederbeiträge an die SRO SAV/SNV eine Lösung erzielt werden konnte.

Bei der zu erstellenden Vernehmlassung ging es um die Sofortmassnahmen im Bereich der Ehepaarbesteuerung. Der SAV konnte hier ausführlich Stellung nehmen und hat – wie die überwiegende Zahl der Vernehmlasser – an der Vorlage keinen Gefallen gefunden. Das Projekt ist denn in der damals

vorgeschlagenen Form auch bereits wieder vom Tisch und die nächste Runde – in weit verbesserter Form – steht an.

Betreffend das letzte Pilotverfahren im Bereich der Mehrwertsteuer (Praxisgemeinschaften) ist zu berichten, dass dieses bald ebenfalls abgeschlossen sein dürfte und auch nicht mehr eine materiell-rechtliche Frage zu entscheiden ist. Entsprechend kann heute ein Fazit über all die geführten Pilotverfahren im Bereich der Mehrwertsteuer gezogen werden. Dabei kann glücklicherweise auf eine erfolgreiche Tätigkeit mit einigem Erfolg zurückgeblendet werden. Der Nachweis der Steuerfreiheit bei Leistungen ins Ausland, die Art der Anonymisierung bei Steuerkontrollen, die Steuerbarkeit resp. eben Steuerfreiheit von Verwaltungsratsentschädigungen und schliesslich die Art der Besteuerung von Praxisgemeinschaften vermögen hier gutes Zeugnis abzulegen. Zwar haben all diese Verfahren viel Aufwand und Geduld gebraucht, dennoch hat sich der Aufwand gelohnt und sollte als Leitbild für künftige Lobbying-Aktivitäten des Verbandes dienen.

Im Zusammenhang mit der Totalrevision des Bundesgesetzes über die Mehrwertsteuer dürfte sich hier bereits sehr bald wieder Bedarf ergeben. Daneben steht aber auch eine weitere Revisionsrunde bei der Unternehmensbesteuerung an, und auch bei der Ehepaar- und Familienbesteuerung wird noch in diesem Jahr ein weiteres Reformpaket in die Vernehmlassung geschickt werden.

Die Revision der Steuerexpertenprüfung konnte in der Zwischenzeit doch noch abgeschlossen werden, wobei sich schliesslich glücklicherweise eine recht moderate Anpassung durchzusetzen vermochte.

Schliesslich verfolgt der Fachausschuss sämtliche Revisionen und vorgesehenen Gesetzesänderungen auf der nationalen wie kantonalen Stufe mit Auswirkungen auf die Steuergesetzgebung sehr aufmerksam. Es ist dem Ausschuss ein stetes Anliegen, dem SAV die nötigen Informationen geben zu können, um nötigenfalls den angezeigten Einfluss auf die Gesetzgebung im Sinne der Interessen der Anwälte der Schweiz nehmen zu können.

Abschliessend sei wieder einmal darauf hingewiesen, dass sich das Interesse der Anwälte am Mitmachen im Fachausschuss in engen Grenzen hält und auch mit Unterstützung des Vorstandes und der Geschäftsleitung des SAV keine wesentliche Besserung zu erreichen war.

Procédure civile/arbitrage/LP (Jean-Marc Reymond)

1. Séance avec M. le Conseiller fédéral Christoph Blocher

Votre serviteur a eu l'honneur de représenter notre Fédération lors d'une séance présidée par le Conseiller fédéral Christoph Blocher («ZPO-Brainstorming») et qui s'est tenue à Berne le 25 octobre 2005. M. Blocher avait en effet décidé de réunir quelques magistrats, professeurs et représentants d'associations afin de procéder à un échange de vues sur des questions de principe relatives au projet de loi sur la procédure civile. Les représentants de l'Office fédéral de la justice étaient également présents.

Parmi les points discutés, on peut mentionner la conciliation préalable facultative ou obligatoire, la compétence de l'autorité de conciliation, l'introduction de la médiation dans la loi fédérale, les voies de droit contre les jugements rendus par les tribunaux de commerce, l'obligation pour les juges de délibérer en séance publique et la portée du secret professionnel de l'avocat.

2. Réunion de la commission «2005»

En raison d'une collision de dates avec d'autres réunions consacrées à la procédure civile et à l'arbitrage, la réunion annuelle de la Commission spécialisée «procédure civile/arbitrage/LP» a eu lieu à Berne le 3 février 2006 (plutôt qu'à la fin de l'année passée). Les thèmes suivants ont été abordés à cette occasion:

L'avant-projet de loi fédérale de procédure civile: le sujet est d'actualité puisque le message du Conseil fédéral à l'appui du projet devrait très prochainement paraître dans la Feuille fédérale.

Le dernier avant-projet de cette loi consacre l'institution de la **médiation** et celle-ci fera sans doute partie des nouveautés introduites par le nouveau droit. Il était donc important de mieux faire connaître cette méthode alter-

native de résolution des litiges aux membres de la commission. C'est notre confrère Hubert Rüedi, avocat et notaire à Lucerne, médiateur FSA/DAA (Anwaltmediator Deutsche Anwaltakademie), Président de la commission spécialisée FSA «Médiation», qui a eu la gentillesse d'accepter cette tâche et qui nous a gratifié d'une excellente présentation sur ce thème. L'exposé sur ce point particulier du nouveau droit a été suivi des explications de M. Dominik Gasser, Fürsprecher et Chef de la section «Procédure civile et Exécution forcée» de l'OFJ, sur les caractéristiques essentielles du projet.

L'arbitrage: Me Sébastien Besson, docteur en droit, LL. M., avocat à Genève, auteur de nombreuses publications en matière d'arbitrage, nous a présenté les changements jurisprudentiels en matière d'arbitrage international dans un exposé intitulé: «Jurisprudence du Tribunal fédéral en matière d'arbitrage international: où va-t-on?».

La Loi sur le Tribunal fédéral: M. Christoph Auer, chef du projet de révision totale de l'organisation judiciaire fédérale, a présenté cette loi dont l'entrée en vigueur a été fixée au 1^{er} janvier 2007.

Comme c'est la tradition, la réunion s'est poursuivie par un dîner pris en commun. C'est le lieu de remercier les représentants de l'administration fédérale de leur participation et de se réjouir de cette aimable collaboration qui se renouvelle chaque année.

3. Prochaine séance

La prochaine séance de la commission aura lieu à Berne, le matin du vendredi 17 novembre 2006. Que ceux qui s'intéressent aux matières traitées n'hésitent pas à demander de faire partie de la Commission «procédure civile/arbitrage/LP» qui reste bien entendu ouverte à de nouvelles adhésions.

Droit pénal et procédure pénale (Jacques Meyer)

Le 10 décembre 2004, le Département fédéral de justice et police a mis en consultation des avant-projets de modification du code pénal suisse et du code pénal militaire concernant la responsabilité pénale des prestataires et les compétences de la Confédération relatives à la poursuite des infractions commises par le canal des médias électroniques (cybercriminalité). La FSA a été invitée à déposer ses observations et une commission ad hoc a été constituée au sein de la commission spécialisée pour le droit pénal et la procédure pénale. Le projet ne posait pas de problèmes particuliers et était accompagné d'un rapport clair, précis et exhaustif établi par l'Office fédéral de la justice. La FSA a donc approuvé le projet tout en formulant quelques propositions d'améliorations. Sur le développement ultérieur de la législation en la matière, la FSA n'a pu se rallier aux options du Conseil fédéral. Elle a proposé à la Confédération de poursuivre des études devant conduire à une réglementation de droit privé et de droit international privé, d'examiner de manière approfondie l'opportunité et les modalités d'une réglementation de droit administratif et de prendre toutes les initiatives propres à permettre la conclusion de conventions internationales, qui ne devraient pas être limitées au droit pénal et à la procédure pénale.

Le 30 octobre 2005, la FSA a déposé ses observations sur le projet de loi sur la réglementation légale de la surveillance du Ministère public de la Confédération. Elle n'a pas tenu pour établie l'urgence de la réforme et elle a appelé à une réflexion approfondie sur l'institution. Sur le fond, l'indépendance du Ministère public n'était pas contestée pour ses réquisitions dans les cas particuliers. Tout en veillant à une pleine et entière garantie du contrôle juridictionnel des actes du Ministère public, la FSA a admis que la surveillance administrative soit confiée au Conseil fédéral. Elle a relevé que le Conseil fédéral, dans les affaires fédérales, est responsable de la politique criminelle et doit pouvoir donner des instructions générales au Ministère public.

La FSA a été invitée à se déterminer sur le projet de loi fédérale relative à la modification du code pénal, du code pénal militaire ainsi que d'autres lois fédérales en vue de la mise en œuvre du Statut de Rome de la Cour pénale internationale. Dans son rapport du 31 janvier 2006, elle a approuvé, dans ses grandes lignes, ce projet qui constituait la suite logique de la ratification du Statut de Rome. Là également, la commission ad hoc, comprenant un représentant de la commission spécialisée pour le droit pénal, un représentant de la commission spécialisée «droits de l'homme» et le délégué au barreau pénal international, avait à sa disposition un rapport d'un haut ni-

veau établi par l'Office fédéral de la justice. Se ralliant à l'opinion des experts et contre l'avis du Département fédéral, la FSA a proposé d'abandonner l'exigence d'un lien étroit entre la personne poursuivie et la Suisse, pour fonder la souveraineté pénale de la Confédération; elle a estimé suffisant que la personne en cause se trouve sur le territoire suisse, ce qui exclut les procédures par défaut. La FSA a demandé que le libellé des incriminations soit strictement repris du Statut de Rome et, au besoin, adapté en fonction de l'évolution des traités. Elle s'est opposée à une extension des incriminations par rapport à ce qui est prévu dans le Statut. Quant au cadre pénal, la FSA a contesté le système rigide prévu dans le projet, avec des peines minimum qui peuvent, selon les circonstances, être totalement disproportionnées. Elle a invité le Conseil fédéral à suivre l'exemple du Statut de Rome, dans lequel le cadre pénal est large et très souple.

Le 8 avril 2002, la FSA avait déposé une prise de position circonstanciée sur l'avant-projet d'un code de procédure pénale suisse. Tout en acceptant le principe de l'unification et le système général retenu, la Fédération avait émis de nombreuses et graves réserves. Elle avait notamment dénoncé l'incohérence qu'il y a à confier l'enquête au ministère public et à abandonner, très largement, le principe de l'immédiateté des preuves dans les débats principaux. Elle avait relevé les nombreuses insuffisances en matière de respect des libertés publiques et de droits de la défense. Le 21 décembre 2005, le Conseil fédéral a adopté et transmis à l'Assemblée fédérale le projet de code de procédure pénale suisse et de loi fédérale régissant la procédure applicable aux mineurs, avec un message. Ces documents ont été publiés dans la Feuille fédérale du 7 février 2006. Le premier examen des projets montre que les critiques de la FSA n'ont pas été entendues et que ses propositions n'ont été retenues que dans une faible mesure. On notera que le projet ne conserve le monopole des avocats que pour la défense du prévenu et non des autres parties. L'avocat est soumis à l'obligation de témoigner sur des faits relevant de son secret professionnel, autant qu'il soit délié par le maître du secret ou par l'autorité de surveillance compétente. La commission spécialisée se tient à la disposition du Comité de la Fédération pour l'appuyer dans les démarches qu'il jugera utiles d'entreprendre.

Anwaltsrecht (Vincenzo Amberg)

Der Fachausschuss Anwaltsrecht traf sich im letzten Berichtsjahr zu zwei Sitzungen, nämlich am 21. April und am 9. November 2005. An diesen beiden Sitzungen diskutierten wir in dem von uns vorgegebenen Rahmen (nämlich über ein umfassendes nationales Anwaltsgesetz nachzudenken und Grundsätze zu skizzieren) das Schwerpunktthema Anwaltsausbildung.

Zusammenfassend und ohne auf Einzelheiten eingehen zu wollen, ist unser Fachausschuss mehrheitlich zur Auffassung gelangt, dass der «Masterabschluss» (und nicht nur der «Bachelorabschluss») die Voraussetzung zur Eintragung in das schweizerische Anwaltsregister bilden soll. Bekanntlich wurde Art. 7 BGFA in der Zwischenzeit denn auch in diesem Sinne abgeändert. Bezüglich des Praktikums schlagen wir vor, dieses zeitlich auf mindestens ein Jahr zu beschränken und vorzuschreiben, dass mindestens sechs Monate bei einer Anwältin/einem Anwalt zu absolvieren sind; die Restzeit bei einem Gericht oder einer Verwaltungsgerichtsbehörde. Das Praktikum soll kantonsunabhängig in der ganzen Schweiz absolviert werden können. Am Ende des Praktikums soll eine Prüfung, welche insbesondere die praktische Seite der Eignung zum Anwaltinnen- bzw. Anwaltsberuf zum Thema haben soll, abgelegt und erfolgreich bestanden werden.

Sodann hat sich der Fachausschuss einige Gedanken über die Weiterbildung der Anwältinnen und Anwälte gemacht. In diesem Zusammenhang haben wir das Thema Pflichtausbildung diskutiert, welche zusammen mit der Fachanwaltsausbildung die Grundsäulen zur Erhaltung und Erweiterung unserer nachuniversitären juristischen Performanz bildet. Die Mehrheit des Fachausschusses ist gegen eine Pflichtausbildung, spricht sich aber für eine selbstverständliche, jedoch freiwillige Fortbildung aus mit der Möglichkeit, diese marketingmässig zu nutzen.

In Bezug auf das Weiterbildungsangebot soll dieses grundsätzlich naheliegenderweise nach wie vor bei den Universitätskantonen bleiben. Der SAV soll jedoch nicht abseits stehen, sondern die Initiative übernehmen, sei es, indem er selber Ausbildungseinheiten anbietet oder solche extern einkauft. Wünschenswert dabei ist jedenfalls, dass die Berufsverbände mit dem SAV

zusammenarbeiten und die Weiterbildung soweit möglich schweizweit koordiniert wird, ohne dass sich der SAV in ihre Ausbildungskonzepte einmischet.

Der Fachausschuss wird in diesem Jahr schwergewichtig je beide Themata Geltungsbereich des Berufsrechts und Unabhängigkeit diskutieren.

Europarecht (Guy Emmenegger)

Im Jahr 2005 stellten sich keine spezifischen Fragen, die ein Tag des Fachausschusses Europarecht zwingend geboten hätten. Wie aus den Versuchen der Vorjahre bekannt war, besteht innerhalb des Fachausschusses kein massgebliches Interesse, Sitzungen zu allgemeinen resp. theoretischen Fragen abzuhalten. Entsprechend wurde auf die Einberufung des Fachausschusses im Jahr 2005 verzichtet.

Der Unterzeichnende hat die Neuerungen im umliegenden EU-Ausland auch 2005 aktiv verfolgt. Insbesondere die EU-Informationen des deutschen Anwaltsvereins (Europa im Überblick) waren dabei sehr hilfreich.

Im laufenden Jahr zeichnet sich bereits heute ab, dass Themen anstehen, die durch den Fachausschuss zu behandeln sind. Dies betrifft z. B. die Mitgliedschaft der Schweiz im CCBE (Conseil des barreaux européens), der in der EU offiziell anerkannten Berufsorganisation für Rechtsanwälte, in welcher die Schweiz bisher lediglich Beobachterstatus hatte.

Weiter wurde auf den 15. Dezember 2005 die dritte Geldwäschereichtlinie in Kraft gesetzt, welche durch die Mitgliedstaaten der EU bis zum 15. Dezember 2007 umzusetzen ist. Der Fachausschuss wird sich mit der Frage zu befassen haben, ob diese Richtlinie Auswirkungen auf den schweizerischen Anwaltstand hat.

Bankenrecht (Hans Caspar von der Crone)

Im Bereich des Bankenrechts haben sich im Berichtsjahr keine wesentlichen Entwicklungen zugetragen. Insbesondere wurden keine Vernehmlassungen durchgeführt, die eine Stellungnahme des Fachausschusses Bankenrecht erforderlich gemacht hätten. Auf gesetzgeberischer Ebene wurden vom Bundesrat die folgenden bankenrechtlich interessanten Projekte vorangetrieben, die der Fachausschussleiter aktiv mitverfolgt hat:

02/06: Verabschiedung der Botschaft zum Bundesgesetz über die Eidgenössische Finanzmarktaufsicht (FINMAG). Mit dieser Vorlage sollen die bisherigen Aufsichtsbehörden über die Banken, Versicherungsunternehmen und weitere Finanzintermediäre in einer einzigen Behörde zusammengefasst werden. Mit dem Inkrafttreten des Gesetzes ist im Jahr 2008 zu rechnen.

09/05: Genehmigung der Botschaft zum Aufsichtsgesetz für kollektive Kapitalanlagen (KAG) und Erteilung des Auftrags zur Erstellung der Botschaft zum Bucheffektengesetz bis im Juni 2006. Mit dem KAG werden einerseits verschiedene neue Rechtsformen kollektiver Kapitalanlagen eingeführt, andererseits werden diese neu einem einzigen Aufsichtsgesetz unterstellt. Vermögensverwalter schweizerischer kollektiver Kapitalanlagen sollen zudem einer Bewilligungspflicht unterstellt werden. Die heute geltenden Vorschriften zur Verwahrung und Verwaltung von Wertpapieren datieren aus dem Jahr 1936, so dass die Ausarbeitung des Bucheffektengesetzes vorab deren Anpassung an die heutigen Verhältnisse dient.

Droit de la concurrence (Christian Bovet)

Une des activités habituelles de la commission spécialisée «droit de la concurrence» consiste à suivre les développements dans ce domaine à l'étranger en particulier dans l'Union européenne en relation avec la profession d'avocat mais aussi d'autres professions libérales, dont le statut et le traitement par les autorités de la concurrence se rapprochent de la première. Les organes de la Fédération suisse des avocats peuvent ainsi réfléchir à ces développements et, le cas échéant, échafauder leur stratégie en conséquence.

Sur le plan suisse, cette commission a participé activement à la consultation qui a abouti à la communication de la Commission de la concurrence (Comco) relative aux accords dont l'impact sur le marché est restreint (Communication PME), du 19 décembre 2005. Même si ce dernier document continue à souffrir d'un certain nombre de défauts, il faut reconnaître une sérieuse amélioration par rapport au projet initial.

La Comco a aussi publié durant cette période une «notice sur le déroulement des perquisitions». Ce document aurait certainement profité d'une mise en consultation, qui aurait vraisemblablement permis de réduire le nombre d'erreurs... sur moins de deux pages. Dans le cadre limité de ce rapport, on se bornera à indiquer que la Comco, tout en soulignant le droit à l'assistance d'un avocat, limite le rôle de ce dernier en indiquant notamment qu'il «ne sera pas considéré comme un interlocuteur du Secrétariat». Pourtant, l'art. 11 al. 1 de la loi fédérale sur la procédure administrative, applicable dans les procédures devant la Comco, rappelle que «dans toutes les phases de la procédure, la partie peut se faire représenter, à moins qu'elle ne doive agir personnellement, ou se faire assister, dans la mesure où l'urgence d'une enquête officielle ne l'exclut pas». Pour le surplus, la notice pose comme principe que les collaborateurs de la Comco n'attendront pas la venue d'un avocat avant de débiter la perquisition. S'inspirant de la doctrine et de la jurisprudence en matière pénale, elle réaffirme enfin que «la correspondance de la défense, soit la correspondance échangée entre l'avocat et l'entreprise, dont le contenu porte sur l'actuelle procédure [sic], ne peut pas être saisie.»

En raison des enquêtes ouvertes par la Comco en rapport avec les directives tarifaires de trois Ordres cantonaux, la commission essentiellement en l'état grâce au soutien remarquable de son vice-président, Me Franz Hoffet a fortement soutenu le Conseil de la FSA, plus particulièrement son président, dans ses contacts avec l'autorité de la concurrence. Une séance a eu lieu à la fin de 2005 et un argumentaire sera présenté durant le premier trimestre 2006. Selon les besoins de la cause, ce groupe de travail pourrait être augmenté en utilisant les compétences d'autres membres de la commission. Le président de la commission a notamment eu l'occasion de présenter ces questions de manière approfondie en rappelant au passage les travaux de la commission ad hoc de 1997 à la conférence des Bâtonniers de 12 avril 2005.

Mediation (Hubert Rüedi)

Im Juni 2005 und im Januar 2006 fand je eine SAV-Mediationsausbildung statt. Diese Mediationsausbildungen des SAV stehen im Zusammenhang mit der Erteilung der Berechtigung zur Führung des Titels «Mediator SAV/Mediatorin SAV». Der SAV will mit dieser Titelverleihung seine Mitglieder in der Betätigung als Mediatorin, Mediator unterstützen und zugleich die Einhaltung von Qualitätsstandards in der Mediation sicherstellen. Die nächste SAV-Mediationsausbildung wird im Oktober 2006 stattfinden. Rund 250 Mitglieder des SAV haben in den Jahren 2002 bis Anfang 2006 diese Ausbildung absolviert und den Titel «Mediator SAV/Mediatorin SAV» erworben. Im Mitgliederverzeichnis des SAV sind diese «Fachtitel» erwähnt.

Am 9. Juni 2005 wurde die dritte ganztägige «Fortbildung für Mediatorinnen/Mediatoren SAV», dieses Jahr zum Thema «Mehrparteien-Mediationen», durchgeführt. Und am 10. Juni 2005 – anlässlich des Anwaltskongresses 2005 – war ein Referat dem Thema «Rechtsanwälte in der Mediation» gewidmet. Dabei wurden sowohl Aspekte der Tätigkeit als Mediatorin/Mediator als auch Aspekte der Mitwirkung von Rechtsanwältinnen/Rechtsanwälten als Parteibegleiter in Mediationen besprochen.

Als weiterer Meilenstein in der Berichtsperiode kann die Erarbeitung neuer «Richtlinien SAV für die Mediation» bezeichnet werden. Diese Richtlinien wurden vom Vorstand SAV am 25. Januar 2005 genehmigt und per 1. Juli 2005 in Kraft gesetzt. Diese Richtlinien haben Gültigkeit für alle Mitglieder des SAV, die sich als Mediatorin/Mediator betätigen.

Nebst den mit den SAV-Mediationsausbildungen, den Titelverleihungen und den Fortbildungen zusammenhängenden Arbeiten stehen im Jahr 2006 für die Mitglieder des Fachausschusses Mediation – neu unter der Leitung der Präsidentin Frau Ursula Gross – insbesondere folgende Aufgaben im Vordergrund: die Konkretisierung der Anforderungen an die Aus-, Fort- und Weiterbildung, der Aufbau des Netzwerks unter den Mediatorinnen und Mediatoren SAV, Öffentlichkeitsarbeit im Allgemeinen sowie die personelle Ergänzung des Fachausschusses.

Sportrecht (Hans Roth)

Der Fachausschuss «Sportrecht» bestand im Jahre 2005 aus neun Mitgliedern, wobei sowohl die Deutschschweiz als auch die Westschweiz und die ita-

lienische Schweiz vertreten waren. Das Berichtsjahr stand im Zeichen der Vorbereitung des internationalen Sportrechts-Seminars, das der SAV, vertreten durch den Fachausschuss «Sportrecht», zusammen mit dem TAS (Tribunal Arbitral du Sport) am 27./28. Januar 2006 in Lausanne durchführte. Thema des Seminars war: «Das Verfahren vor dem Tribunal Arbitral du Sport». Die Veranstaltung war ein voller Erfolg. Die Reaktionen waren sehr positiv. Aus Kapazitätsgründen konnten nicht alle Anmeldungen berücksichtigt werden. Von den über 200 Teilnehmenden kam die Hälfte aus dem Ausland, aus Mexiko, Israel, Kanada, Trinidad, Neuguinea usw. Der grosse Zuspruch ist einerseits der wachsenden Bedeutung des Tribunal Arbitral du Sport zuzuschreiben, sicher aber auch der hohen Kompetenz der Referenten. Es wird ein Tagungsband erscheinen, in welchem die Referate abgedruckt sind. Der gesamte Anlass kann als äusserst gelungen bezeichnet werden. Der SAV hat sich damit vor einem internationalen Fachpublikum positiv in Szene gesetzt.

Im Weiteren hat der Fachausschuss «Sportrecht» erstmals die Gelegenheit gehabt, an einem Vernehmlassungsverfahren mitzuwirken. Es ging um die Vernehmlassung zum Bundesgesetz über Massnahmen gegen Gewaltpropaganda und Gewalt anlässlich von Sportveranstaltungen. Das Gesetz wird demnächst in Kraft treten, dies im Hinblick auf die EURO 2008.

Schliesslich hat der Fachausschuss einen neuen Anlauf unternommen, um auf der Website des SAV im Memberbereich für die interessierten Mitglieder einen juristischen Fundus im Bereich des Sportrechts bereitzustellen. Ein Unterfangen, das sich leider als sehr schwierig und zeitaufwendig erweist.

Droits de l'homme (Shahram Dini)

En préambule, la Commission rend hommage à son ancien président, Monsieur le Bâtonnier Pierre de Preux, pour le précieux engagement dont il a fait preuve au cours des précédents exercices.

Dans son éditorial de la Revue de l'Avocat parue en août 2005, Maître Alain Bruno Lévy indiquait que sous sa présidence, le Conseil de la FSA porterait une attention accrue à la défense et au respect des droits humains. C'est ainsi que la journée des Avocats suisses aura lieu le 16 juin prochain à l'hôtel Président Wilson à Genève, avec pour thème central les droits humains et plus précisément la procédure devant la Cour européenne.

Sous une nouvelle présidence, notre Commission a repris ses travaux et s'est réunie en séance plénière à Berne le 22 septembre 2005. Durant les mois écoulés, ses travaux ont porté sur les sujets suivants:

- examen du projet de réforme de la Commission des Droits de l'homme de l'ONU et suivi du processus;
- examen du rapport annuel de l'Organisation Internationale des Migrations, s'agissant de l'aggravation de la traite des êtres humains en Europe du Sud-Est, dossier suivi par Me Evelyne Fiechter-Widemann, membre de la Commission, auteur de plusieurs interventions;
- détermination sur la prise de position de la Commission Fédérale contre le racisme sur le durcissement des mesures en matière d'asile;
- proposition de détermination de la FSA relativement à la ratification par la Suisse du Protocole facultatif à la Convention contre la torture et autre peine ou traitements cruels inhumains ou dégradants (OP-CAT) du 18 décembre 2002;
- en collaboration avec la Commission de droit pénal, participation à l'élaboration de la détermination de la FSA sur l'avant-projet de loi fédérale sur la mise en œuvre du Statut de Rome de la Cour pénale internationale.

La Commission spécialisée FSA a suivi avec attention la réforme au sein des Nations Unies qui a donné lieu, le 15 mars 2006, à la constitution d'un Conseil des droits de l'homme avec siège permanent à Genève, en remplacement de la Commission des droits de l'homme, unanimement critiquée. La Commission spécialisée FSA se donne pour tâche d'établir des contacts avec ce Conseil en cours de constitution, en vue d'une concertation et d'une collaboration future.

Alors que l'on peut féliciter la diplomatie suisse, principal artisan de cette réforme majeure sur le plan international, il faut relever que paradoxalement, sur le plan interne, la Suisse accuse un sérieux retard en matière de défense des droits humains. En effet, depuis des années, les Nations Unies, le Conseil de l'Europe et l'Organisation pour la Sécurité et la Coopération en Europe

(OSCE) appellent les Etats à se doter d'institutions nationales des droits humains, sur la base d'un certain nombre de principes appelés «Principes de Paris», adoptés par l'Assemblée générale de l'ONU dans le cadre de la résolution 48/134. Alors que de nombreux pays européens ont répondu favorablement à cet appel et se sont dotés d'institutions indépendantes et autonomes chargées de veiller au bon respect des droits humains dans toute l'activité étatique, il est regrettable de constater que le législateur suisse, dans sa majorité, fait preuve d'un désintérêt poli en la matière. Pourtant, que ce soit dans l'application du droit d'asile, en matière de traitement des minorités ou en matière de détention, pour ne citer que quelques exemples, des problèmes existent ici comme ailleurs. Plus que jamais, après le rôle spectaculaire qu'elle a joué au sein des Nations Unies, la Suisse doit, pour rester crédible sur un plan international, balayer devant sa porte, voire montrer l'exemple.

Plusieurs ONG, préoccupées par cette situation, se sont regroupées pour constituer une association dont l'objectif est de sensibiliser le public et les milieux politiques jusqu'à la création, en Suisse, d'une institution nationale des droits humains (INDH). Sans être formellement membre de cette association qui sera constituée ces prochains mois, la FSA et plus particulièrement sa Commission spécialisée des droits humains, collabore activement avec ce groupe de travail. Les membres de la FSA seront bien entendu informés de l'évolution de ce dossier.

Enfin, le Président de la Commission a représenté la FSA à la 20^e Conférence internationale des barreaux de tradition juridique commune (CIB) qui s'est tenue à Ouagadougou du 9 au 13 décembre 2005, sur le thème: «Des rôles respectifs et des rapports entre le Juge et l'Avocat comme Sentinelles de défense de l'Etat de droit, de la Démocratie et des Libertés Individuelles et Collectives». L'idée sous-jacente étant que par leur exercice quotidien de l'administration de la justice, juges et avocats contribuent à un équilibre des forces et représentent les contre-pieds nécessaires à l'exercice de la puissance étatique, dans l'intérêt des citoyens. D'une manière générale, le niveau des interventions et des conférences était remarquablement élevé. Sur le plan des principes, il est apparu que d'où qu'ils soient, les avocats et les magistrats se fixent des exigences élevées en matière de séparation des pouvoirs, d'indépendance, d'impartialité et de prévention du système judiciaire contre toute forme de corruption. Mais comme le rappelait le Bâtonnier d'un Etat africain, au 3^e jour des débats, cette égalité sur le plan théorique et sur les principes, bien que saluante, s'effondre face à la réalité du terrain. En substance, il interpellait ainsi l'assemblée: «Mes chers Confrères venus d'Occident, lorsque nous aurons fini nos travaux et que chacun de nous sera rentré chez lui, satisfait d'avoir été en harmonie sur les grands principes martelés ici, je serai confronté à la question de savoir où et comment je trouverai le financement pour l'impression de la liste des membres de mon Ordre. Chez nous, un juge gagne 50 dollars par mois et un Avocat guère plus. Comment voulez-vous, dans une telle situation, prévenir efficacement les uns et les autres de ne pas céder à la corruption, au nom de ces principes?»

Le malaise ressenti par chacun des participants était à la mesure des abysses qui séparent nos mondes. Il devrait nous amener à nous interroger sur la manière d'apporter un soutien à nos Confrères africains qui, pétris des mêmes principes mais avec des moyens infimes, effectuent un travail remarquable pour l'amélioration du respect des droits humains dans leur système judiciaire.

Conclusion

La FSA veut faire face aux défis de la profession et son activité n'a été possible que grâce à une étroite collaboration entre les membres du conseil, avec les membres des commissions spécialisées et les ordres cantonaux. Elle ne saurait fonctionner sans un secrétariat efficace sous la direction experte de son Secrétaire général et de ses collaboratrices. Qu'ils en soient ici remerciés.

Notre reconnaissance va à tous ceux qui ont aidé le Président et son conseil dans leurs tâches quotidiennes de promotion de la profession et de représentation auprès des autorités fédérales et cantonales ainsi que des organisations internationales d'avocats. ■

Fachtagungen und Seminare/Conférences et séminaires

Zivilrecht/Droit civil

ab 26.06.2006	Spezialisierungskurs Erbrecht: Für die Mitglieder des SAV stellt die erfolgreiche Absolvierung dieses Kurses eine der Voraussetzungen dar, um den Titel Fachanwalt SAV / Fachanwältin SAV für Erbrecht zu erlangen. Weitere Infos erhalten Sie auf der Website des SAV unter der Rubrik Fachanwalt.	Zürich	Sekretariat des Schweizerischen Anwaltsverbandes, Marktgasse 4, Postfach 8321, 3001 Bern, Tel. 031 313 06 06, Fax 031 313 06 16, info@swisslawyers.com, www.swisslawyers.com
30.06.2006	Vortrag: Rechtsfragen des Konkubinats	Zürich	Europa Institut an der Universität Zürich, Hirschengraben 56, 8001 Zürich, Tel. 044 634 48 91, Fax 044 634 43 59, eiz@eiz.unizh.ch, www.eiz.unizh.ch
08./09.09.2006	Kinder in Konfliktfamilien bei Trennung und Scheidung – Risiken und Handlungsleitlinien	Freiburg	Weiterbildungsstelle, Universität Freiburg, Chemin du Musée 8, 1700 Freiburg, Tel. 026 300 73 47, Fax 026 300 96 49, formcont@unifr.ch
13./14.10.2006	Die Anhörung des Kindes in familienrechtlichen Verfahren	Freiburg	Weiterbildungsstelle, Universität Freiburg, Chemin du Musée 8, 1700 Freiburg, Tel. 026 300 73 47, Fax 026 300 96 49, formcont@unifr.ch
27.10.2006	Vortrag: Rechtsfragen zwischen Leben und Tod	Zürich	Europa Institut an der Universität Zürich, Hirschengraben 56, 8001 Zürich, Tel. 044 634 48 91, Fax 044 634 43 59, eiz@eiz.unizh.ch, www.eiz.unizh.ch

Handelsrecht/Droit commercial

01.06.2006	Das neue schweizerische GmbH-Recht	Zürich	Europa Institut an der Universität Zürich, Hirschengraben 56, 8001 Zürich, Tel. 044 634 48 91, Fax 044 634 43 59, eiz@eiz.unizh.ch, www.eiz.unizh.ch
14.06.2006	Rechnungslegung, Compliance und Revision	Zürich	Europa Institut an der Universität Zürich, Hirschengraben 56, 8001 Zürich, Tel. 044 634 48 91, Fax 044 634 43 59, eiz@eiz.unizh.ch, www.eiz.unizh.ch
19./20.06.2006	Internationale Steuerplanung	Pfäffikon	ZfU, Zentrum für Unternehmensführung AG, International Business School, Im Park 4, 8800 Thalwil, Tel. 044 722 85 85, Fax 044 722 85 86, info@zfu.ch, www.zfu.ch
14.09.2006	4. Zürcher Tagung zur Verantwortlichkeit im Unternehmensrecht	Zürich	Europa Institut an der Universität Zürich, Hirschengraben 56, 8001 Zürich, Tel. 044 634 48 91, Fax 044 634 43 59, eiz@eiz.unizh.ch, www.eiz.unizh.ch
03.10.2006	Die neue KMU-Bekanntmachung im Kartellrecht	Zürich	Europa Institut an der Universität Zürich, Hirschengraben 56, 8001 Zürich, Tel. 044 634 48 91, Fax 044 634 43 59, eiz@eiz.unizh.ch, www.eiz.unizh.ch
25.10.2006	Aktuelle Fragen des Handelsregisterrechts	Zürich	Europa Institut an der Universität Zürich, Hirschengraben 56, 8001 Zürich, Tel. 044 634 48 91, Fax 044 634 43 59, eiz@eiz.unizh.ch, www.eiz.unizh.ch

Strafrecht/Droit pénal

06.07.2006	Neuere Entwicklungen im schweizerischen und internationalen Wirtschaftsstrafrecht	Zürich	Europa Institut an der Universität Zürich, Hirschengraben 56, 8001 Zürich, Tel. 044 634 48 91, Fax 044 634 43 59, eiz@eiz.unizh.ch, www.eiz.unizh.ch
------------	---	--------	--

Vertragsrecht/Droit des contrats

ab 10.11.2006	Spezialisierungskurs Arbeitsrecht: Für die Mitglieder des SAV stellt die erfolgreiche Absolvierung dieses Kurses eine der Voraussetzungen dar, um den Titel Fachanwalt SAV / Fachanwältin SAV für Arbeitsrecht zu erlangen. Weitere Infos erhalten Sie auf der Website des SAV unter der Rubrik Fachanwalt.	Zürich	Sekretariat des Schweizerischen Anwaltsverbandes, Marktgasse 4, Postfach 8321, 3001 Bern, Tel. 031 313 06 06, Fax 031 313 06 16, info@swisslawyers.com, www.swisslawyers.com
---------------	---	--------	--

Haftpflicht- und Versicherungsrecht/Droit de la responsabilité civile et des assurances

20.09.2006	Haftpflicht des Rechtsanwaltes	Winterthur	Winterthur Versicherungen "Tagungs-Informationen" Sponsoring & Events, General Guisan-Strasse 40, 8401 Winterthur, Tel. 052 261 24 97, www.winterthur.com/ch/Tagung
28.09.2006	Arbeits- und Versicherungsrecht – Krankentaggeldversicherung	Zürich	Europa Institut an der Universität Zürich, Hirschengraben 56, 8001 Zürich, Tel. 044 634 48 91, Fax 044 634 43 59, eiz@eiz.unizh.ch, www.eiz.unizh.ch

Internationales Recht/Droit international

08./09.06.2006	Les principes unidroit 2004: Leur impact dans la pratique contractuelle, dans la jurisprudence et sur les efforts de codification nationaux, régionaux et supranationaux	Lausanne	Institut suisse de droit comparé, Dorigny, 1015 Lausanne, Tél. 021 692 49 65, fax 021 692 49 49, Pierre.Widmer@gmx.net, www.isdc.ch
29.06.2006	5. Zürcher Tagung zum europäischen und internationalen Steuerrecht	Zürich	Europa Institut an der Universität Zürich, Hirschengraben 56, 8001 Zürich, Tel. 044 634 48 91, Fax 044 634 43 59, eiz@eiz.unizh.ch, www.eiz.unizh.ch

Diverses/Divers

2006/2008	LL.M. – Internationales Wirtschaftsrecht	Zürich	Universität Zürich, LL.M. Lehrgang Internationales Wirtschaftsrecht, Hirschengraben 56, 8001 Zürich, Tel. 044 634 48 91, Fax 044 634 43 59, nds@nds.unizh.ch, www.unizh.ch/nds
Mai–Juli 2006	English Course for Lawyers	Zürich	Europa Institut an der Universität Zürich, Hirschengraben 56, 8001 Zürich, Tel. 044 634 48 91, Fax 044 634 43 59, eiz@eiz.unizh.ch, www.eiz.unizh.ch

01./02.06.2006	Mediation – Vom Konflikt zur Win-Win-Situation	Thalwil	ZfU, International Business School, Zentrum für Unternehmensführung AG, Im Park 4, 8800 Thalwil, Tel. 044 722 85 85, Fax 044 722 85 86, info@zfu.ch, www.zfu.ch
08./09.06.2006	Internationales Kolloquium über die Unidroit-Prinzipien für internationale Handelsverträge 2004	Lausanne	Swiss Institute of Comparative Law, Dorigny, 1015 Lausanne, Tel. 021 692 49 53/11, Fax 021 692 49 49, martine.do@iscd-dfjp.unil.ch, www.iscd.ch/unidroit2006
09./10.06.2006	Verhandlungstraining für Rechtsanwälte	Zürich	Egger, Philips + Partner AG, Fraumünsterstrasse 19, 8001 Zürich, Tel. 056 641 00 01, info@eggerphilips.ch, www.eggerphilips.ch
13.06.2006	Vermögensverwaltung und Anlageberatung – Aktuelle Rechtsfragen aus der Sicht der Banken und Vermögensverkehr	Zürich	Weiterbildungsseminare HSG, WBZ Holzweid, 9010 St. Gallen, Tel. 071 224 25 70, Fax 071 224 25 69, wbsmsg@unisg.ch, www.wbs.unisg.ch
16.06.2006	Anwaltstag	Genf	Schweizerischer Anwaltsverband, Marktgasse 4, Postfach 8321, 3001 Bern, Tel. 031 313 06 06, Fax 031 313 06 16, info@swisslawyers.com, www.swisslawyers.com
21.06.2006	Rechtliche Aspekte der Nachhaltigen Entwicklung – Auswirkung auf das Umweltrecht	Bern	Vereinigung für Umweltrecht (VUR), Association pour le droit de l'environnement (ADE), Postfach 2430, 8026 Zürich, Tel. 044 241 76 91, Fax 044 241 79 05, info@vur-ade.ch, www.vur-ade.ch
21.06.2006	Willensvollstreckung – Aktuelle Rechtsprobleme	Zürich	Weiterbildungsseminare HSG, WBZ Holzweid, 9010 St. Gallen, Tel. 071 224 25 70, Fax 071 224 25 69, wbsmsg@unisg.ch, www.wbs.unisg.ch
30.06.2006	Seminar: Persönliche Gesundheit als Grundlage der Leistungsfähigkeit	Zürich	Rütimann Coaching und Mediation, Limmatquai 50, 3. Stock, 8001 Zürich, Tel. 044 279 11 22, coaching@ruetimann.ch, www.ruetimann.ch
30.06.2006	Vortrag: Rechtsfragen des Konkubinats	Zürich	Europa Institut an der Universität Zürich, Hirschengraben 56, 8001 Zürich, Tel. 044 634 48 91, Fax 044 634 43 59, eiz@eiz.unizh.ch, www.eiz.unizh.ch
06.07.2006	Was bringt ein Executive MBA für Juristen/Rechtsanwälte? – Information und Diskussion mit Veranstalter und Absolventen	Bern/Zürich	Rochester-Bern Executive MBA, Engehaldenstrasse 4, 3012 Bern, Tel. 031 631 34 77, Fax 031 631 84 21, info@executive-mba.ch, www.executive-mba.ch Grüniger Hunziker Roth Rechtsanwälte, Bahnhofstrasse 64, 8023 Zürich, Tel. 058 356 50 00, Fax 058 356 50 09, ghr@ghr.ch, www.ghr.ch
17.–19.08.2006	Mediation – Wirtschaft, Arbeitsrecht und öffentlicher Bereich: Vertiefungsseminar III	Raum Luzern oder Zürich	Institut für Rechtswissenschaften und Rechtspraxis Universität St. Gallen, Bodanstrasse 4, 9000 St. Gallen, Tel. 071 224 24 24, Fax 041 244 28 83, irp-ch@unisg.ch, www.irp.unisg.ch
25.08.2006	Vortrag: Datenschutz im digitalen Umfeld	Zürich	Europa Institut an der Universität Zürich, Hirschengraben 56, 8001 Zürich, Tel. 044 634 48 91, Fax 044 634 43 59, eiz@eiz.unizh.ch, www.eiz.unizh.ch
25./26.08.2006	Verhandlungstraining für Rechtsanwälte	Zürich	Egger, Philips + Partner AG, Fraumünsterstrasse 19, 8001 Zürich, Tel. 056 641 00 01, info@eggerphilips.ch, www.eggerphilips.ch
05.09.2006	9. Zürcher Konferenz Mergers & Acquisitions	Zürich	Europa Institut an der Universität Zürich, Hirschengraben 56, 8001 Zürich, Tel. 044 634 48 91, Fax 044 634 43 59, eiz@eiz.unizh.ch, www.eiz.unizh.ch
ab 22.09.2006	Spezialisierungskurs Baurecht: Für die Mitglieder des SAV stellt die erfolgreiche Absolvierung dieses Kurses eine der Voraussetzungen dar, um den Titel Fachanwalt SAV / Fachanwältin SAV für Baurecht zu erlangen. Weitere Infos erhalten Sie auf der Website des SAV unter der Rubrik Fachanwalt.	Zürich	Sekretariat des Schweizerischen Anwaltsverbandes, Marktgasse 4, Postfach 8321, 3001 Bern, Tel. 031 313 06 06, Fax 031 313 06 16, info@swisslawyers.com, www.swisslawyers.com
23.–26.10.2006	Mediation – Wirtschaft, Arbeitsrecht und öffentlicher Bereich: Mediation in der Wirtschaft / Supervision/ Praxistransfer I	Raum Luzern oder Zürich	Institut für Rechtswissenschaften und Rechtspraxis Universität St. Gallen, Bodanstrasse 4, 9000 St. Gallen, Tel. 071 224 24 24, Fax 041 244 28 83, irp-ch@unisg.ch, www.irp.unisg.ch
27.10.2006	Vortrag: Rechtsfragen zwischen Leben und Tod	Zürich	Europa Institut an der Universität Zürich, Hirschengraben 56, 8001 Zürich, Tel. 044 634 48 91, Fax 044 634 43 59, eiz@eiz.unizh.ch, www.eiz.unizh.ch
31.10.2006	SAV-Mediationsausbildung	Bern	Schweizerischer Anwaltsverband, Marktgasse 4, Postfach 8321, 3001 Bern, Tel. 031 313 06 06, Fax 031 313 06 16, info@swisslawyers.com, www.swisslawyers.com
24.11.2006	Vortrag: Erste Lehren aus dem Fall Swissair	Zürich	Europa Institut an der Universität Zürich, Hirschengraben 56, 8001 Zürich, Tel. 044 634 48 91, Fax 044 634 43 59, eiz@eiz.unizh.ch, www.eiz.unizh.ch
07.–09.12.2006	Mediation – Wirtschaft, Arbeitsrecht und öffentlicher Bereich: Mediation in der Arbeitswelt	Raum Luzern oder Zürich	Institut für Rechtswissenschaften und Rechtspraxis Universität St. Gallen, Bodanstrasse 4, 9000 St. Gallen, Tel. 071 224 24 24, Fax 041 244 28 83, irp-ch@unisg.ch, www.irp.unisg.ch
22.–24.02.2007	Mediation – Wirtschaft, Arbeitsrecht und öffentlicher Bereich: Mediation im öffentlichen Bereich	Raum Luzern oder Zürich	Institut für Rechtswissenschaften und Rechtspraxis Universität St. Gallen, Bodanstrasse 4, 9000 St. Gallen, Tel. 071 224 24 24, Fax 041 244 28 83, irp-ch@unisg.ch, www.irp.unisg.ch
06.–08.06.2007	Mediation – Wirtschaft, Arbeitsrecht und öffentlicher Bereich: Supervision/Praxistransfer II	Raum Luzern oder Zürich	Institut für Rechtswissenschaften und Rechtspraxis Universität St. Gallen, Bodanstrasse 4, 9000 St. Gallen, Tel. 071 224 24 24, Fax 041 244 28 83, irp-ch@unisg.ch, www.irp.unisg.ch

Verschiedene Veranstaltungen/Autres manifestations

International

June 2006	Ninth Annual International Commercial Law Seminar	Cologne, Germany	International Law Programs, School of Law, UC Davis Extension Building, 1333 Research Park Drive, Davis, CA 95616-4852, Phone +1 530 757 85 69, Fax +1 530 757 85 96, law@unexmail.ucdavis.edu, www.extension.ucdavis.edu/international/law/
16./17.06.2006	Nouvelles tendances en matières de fusions et d'acquisitions à l'étranger – aspects juridiques commerciaux, fiscaux et financiers	Dublin, Irlande	Union Internationale des Avocats, 25, rue du jour, F-75001 Paris, Tél. +33 1 44 88 55 66, Fax +33 1 44 88 55 77, uiacentre@uianet.org, www.uianet.org
ab 21.06.2006	Interdisziplinäre Mediationsausbildung – Familien-Mediation, Wirtschaftsmediation und Mediation in Organisationen	München	IMS, Institut für Mediation, Streitschlichtung und Konfliktmanagement e.V., Schulstrasse 30, D-85586 Poing bei München, Tel. +49 8121 735 53, Fax +49 8121 97 39 55, info@mediation-ims.de, www.mediation-ims.de

23.–25.06.2006	Eltern-Jugendlichen-Mediation – Struktur, Prozess, Inhalte und Interventionen	München	IMS, Institut für Mediation, Streitschlichtung und Konfliktmanagement e.V., Schulstrasse 30, D-85586 Poing bei München, Tel. +49 8121 735 53, Fax +49 8121 97 39 55, info@mediation-ims.de, www.mediation-ims.de
30.06.–02.07.2006	Cours de droit anglais des contrats	Oxford, Royaume-Uni	UIA, Union Internationale des Avocats, 25 rue du jour, F-75001 Paris, Tél. +33 1 44 88 55 66, Fax +33 1 44 88 55 77, uiacentre@uianet.org, www.uianet.org
06.–08.07.2006	Paar-Mediation – Mediatives Vorgehen in der Paartherapie	München	IMS, Institut für Mediation, Streitschlichtung und Konfliktmanagement e.V., Schulstrasse 30, D-85586 Poing bei München, Tel. +49 8121 735 53, Fax +49 8121 97 39 55, info@mediation-ims.de, www.mediation-ims.de
09.07.–05.08.2006	Orientation in U.S.A. Law	Davis and Berkeley, California	International Law Programs, School of Law, UC Davis Extension Building, 1333 Research Park Drive, Davis, CA 95616-4852, Phone +1 530 757 85 69, Fax +1 530 757 85 96, law@unexmail.ucdavis.edu, www.extension.ucdavis.edu/international/law/
09.07.–19.08.2006	Summer Master of Arts Degree in International Commercial Law	Davis and Berkeley, California	International Law Programs, School of Law, UC Davis Extension Building, 1333 Research Park Drive, Davis, CA 95616-4852, Phone +1 530 757 85 69, Fax +1 530 757 85 96, law@unexmail.ucdavis.edu, www.extension.ucdavis.edu/international/law/
14.–15.07.2006	Strukturierte Angebote für hochkonfliktliche Familien	München	IMS, Institut für Mediation, Streitschlichtung und Konfliktmanagement e.V., Schulstrasse 30, D-85586 Poing bei München, Tel. +49 8121 735 53, Fax +49 8121 97 39 55, info@mediation-ims.de, www.mediation-ims.de
August 2006–May 2007	LL.M. Program	Davis, California	International Law Programs, School of Law, UC Davis Extension Building, 1333 Research Park Drive, Davis, CA 95616-4852, Phone +1 530 757 85 69, Fax +1 530 757 85 96, law@unexmail.ucdavis.edu, www.extension.ucdavis.edu/international/law/
22.–26.08.2006	44 ^e Congrès de l'AIJA	Genève	Comité Organisateur, c/o Me Jean-Louis Collart, Tél. 022 319 21 00, Fax 022 319 21 12, info@aijageneve.com, www.aija2006.ch
15.–17.09.2006	Mediation in beruflichen Kontexten – Struktur, Agenda und Interventionen	München	IMS, Institut für Mediation, Streitschlichtung und Konfliktmanagement e.V., Schulstrasse 30, D-85586 Poing bei München, Tel. +49 8121 735 53, Fax +49 8121 97 39 55, info@mediation-ims.de, www.mediation-ims.de
ab 22.09.2006	Gruppen-Supervision für Mediator(inn)en	Dresden	IMS, Institut für Mediation, Streitschlichtung und Konfliktmanagement e.V., Schulstrasse 30, D-85586 Poing bei München, Tel. +49 8121 735 53, Fax +49 8121 97 39 55, info@mediation-ims.de, www.mediation-ims.de
20.–22.10.2006	Familienberatung und Familien-Mediation im Schatten von Recht und Justiz – Setting, Strukturen, Agenda und Interventionen	München	IMS, Institut für Mediation, Streitschlichtung und Konfliktmanagement e.V., Schulstrasse 30, D-85586 Poing bei München, Tel. +49 8121 735 53, Fax +49 8121 97 39 55, info@mediation-ims.de, www.mediation-ims.de
31.10.–04.11.2006	50 ^e Congrès UIA	Salvador, Brésil	UIA, Union Internationale des Avocats, 25 rue du jour, F-75001 Paris, Tél. +33 1 44 88 55 66, Fax +33 1 44 88 55 77, uiacentre@uianet.org, www.uianet.org
09.–11.11.2006	Mediation der Wirtschaft – Mehr-Parteien-Mediation	München oder Umgebung	IMS, Institut für Mediation, Streitschlichtung und Konfliktmanagement e.V., Schulstrasse 30, D-85586 Poing bei München, Tel. +49 8121 735 53, Fax +49 8121 97 39 55, info@mediation-ims.de, www.mediation-ims.de
15.–18.11.2006	Mediation in der Wirtschaft – Spezialisierungskurs 2	München oder Umgebung	IMS, Institut für Mediation, Streitschlichtung und Konfliktmanagement e.V., Schulstrasse 30, D-85586 Poing bei München, Tel. +49 8121 735 53, Fax +49 8121 97 39 55, info@mediation-ims.de, www.mediation-ims.de
21.–24.11.2006	Mediation der Wirtschaft – Abschluss-Seminar mit Coaching und Zertifizierung	München	IMS, Institut für Mediation, Streitschlichtung und Konfliktmanagement e.V., Schulstrasse 30, D-85586 Poing bei München, Tel. +49 8121 735 53, Fax +49 8121 97 39 55, info@mediation-ims.de, www.mediation-ims.de
22.–25.11.2006	Mediation im Zwangskontext	Dresden	IMS, Institut für Mediation, Streitschlichtung und Konfliktmanagement e.V., Schulstrasse 30, D-85586 Poing bei München, Tel. +49 8121 735 53, Fax +49 8121 97 39 55, info@mediation-ims.de, www.mediation-ims.de
01.–03.12.2006	Die Stimme des Kindes – Das themenzentrierte Kinder-Interview in Scheidungsberatung und Mediation (Teil 1: Grundkurs)	München	IMS, Institut für Mediation, Streitschlichtung und Konfliktmanagement e.V., Schulstrasse 30, D-85586 Poing bei München, Tel. +49 8121 735 53, Fax +49 8121 97 39 55, info@mediation-ims.de, www.mediation-ims.de

PAGANINI SOFTWARE

PAGANINI SOFTWARE AG

Tel. 091 943 15 03

Fax 091 943 35 50

info@paganinisoftware.ch

www.paganinisoftware.ch

Professionelle Informatik-Lösungen für Anwälte und Notare

Wir stehen gerne für eine kostenlose Demo bei Ihnen zur Verfügung.